

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ludwig Schulte

Bundeswehr
und Friedenssicherung

Dieter Senghaas

Zur Analyse von Drohpolitik
in den
internationalen Beziehungen

B 26/70

27. Juni 1970

Ludwig Schulte, Dr. Phil., geb. 1922, Studium der Philosophie, Psychologie und Literatur in Münster, Bonn und Paris, z. Z. Dozent im Wissensch. Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften bei der Schule für Innere Führung in Koblenz.

Veröffentlichungen: Theorie der schöpferischen Freiheit (Dissertation), Meisenhain 1954; Gott und der Freie Mensch. Einführung in Probleme der Gegenwartsphilosophie, Düsseldorf 1958; Dynamik der freien Welt, Osnabrück 1961; Vom Blitzkrieg zum Nervenkrieg, Boppard 1964; Verteidigung im Frieden, Frankfurt 1968; Der Neomarxismus Herbert Marcuses, Sonderdruck des KMBA Bonn, 1969. — Zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften und anderen Publikationsorganen.

Dieter Senghaas, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Frankfurt/Main. Geb. am 27. 8. 1940 in Geislingen/Steige. Studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Tübingen und Frankfurt. Mehrere Studien- und Forschungsaufenthalte in den USA, u. a. am Amherst College, der University of Michigan und in den vergangenen zwei Jahren an der Harvard University, Cambridge (Mass.).

Veröffentlichungen u. a.: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt am Main 1969; Mitherausgeber von: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt am Main 1969. Zur Buchmesse 1970 erscheinen folgende vom Autor herausgegebene Sammelwerke: Friedensforschung und Gesellschaftskritik, München; Die Pathologie des Rüstungswettlaufes. Beiträge der internationalen Friedensforschung, Freiburg; Texte zur Technokratiediskussion (Frankfurt).

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Bundeswehr und Friedenssicherung

A. Die Diskussion über die Rolle der Bundeswehr in einer Zeit der Entspannung

Der Angelpunkt der gegenwärtigen Diskussion in der und um die Bundeswehr ist die Frage, was sie in einer Zeit der Entspannung zur Gestaltung des Friedens beitragen könne. In Zeiten, in denen eine kriegerische Aktion von der Gegenseite droht, ist *Kriegsverhinderung* ein hohes (politisches) Ziel. Umgekehrt kann man von *Friedenssicherung* sprechen, wenn ein gegnerischer Wille, politische Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, nicht erkennbar ist. Die Friedenssicherung umschließt hierbei die Methode, durch Entschärfung von Konfliktstoffen und Ermittlung gemeinsamer Interessen der gegnerischen Lager den friedlichen Zustand der Nationen positiv zu festigen. Damit geht Friedenssicherung weit über bloße Kriegsverhinderung hinaus, die in ihrer politischen Zielsetzung stets abwehrend bleibt, nämlich den Eintritt des Krieges zu verhindern sucht.

Man kann gegenwärtig den Akzent auf die Friedenssicherung legen, weil nach allgemeiner Auffassung der NATO-Partner keine unmittelbare kommunistische Aggressionsabsicht in Mitteleuropa erkennbar ist. Man sollte diesen Begriff aber nicht so mißdeuten, als habe der Osten nicht mehr die Fähigkeit, einen Krieg zu beginnen, und nicht mehr die ideologische Absicht, Differenzen im westlichen Lager durch Provokationen und militärische Aktionen zu seinen Gunsten auszunutzen, was möglicherweise eine kriegerische Aktion zur Folge haben könnte. Friedenssicherung setzt daher voraus, daß man die Mittel in der Hand hat, die einen Krieg verhindern. Die Strategie der Friedenssicherung kann nur dann wirksam sein, wenn die Abschreckung funktioniert und das Risiko für den Gegner unberechenbar bleibt¹⁾.

Im „Weißbuch 1970“ der Bundesregierung heißt es zu dieser Sicherheitspolitik: „So falsch es wäre, Sicherheitspolitik als reinen Selbstzweck zu begreifen und nicht zugleich als Voraussetzung einer gelassenen Politik des Ausgleichs, so töricht wäre es, auf Entspannung auszugehen und dabei die militärische Ab-

schirmung der eigenen Existenz zu vernachlässigen — und so unverantwortlich, die Risiken fortdauernden, ungebremsten Wettrüstens zu unterschätzen. Heute ist es möglich geworden, das zur Kriegsverhinderung militärisch Notwendige zu tun, ohne das zur Friedenssicherung politisch Mögliche zu unterlassen. In den sechziger Jahren hat sich im Zusammenhang mit einer Reihe gefährlicher Krisen — Berlin, Kuba, Vietnam — ein tiefgreifender

Dieter Senghaas:

Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen S. 22

Wandel in den Strukturen der Weltpolitik angebahnt. Noch sind Tempo und Tragweite dieses Wandels nicht abzuschätzen; noch ist die ‚Ära der Konfrontation‘ nicht verlässlich von einer ‚Ära der Verhandlungen‘ abgelöst worden. Aber zumindest fiel der Beginn der siebziger Jahre mit dem Anfang einer Phase intensiver Verhandlungen über Verhandlungen zusammen. Der Versuch zum Gespräch erschien nicht mehr von vornherein als aussichtslos.“

Es erscheint nun plausibel, der Bundeswehr ausschließlich jene negative, abwehrende Funktion zuzuordnen, nämlich das zu verhindern, was jeden Ansatz zu einer positiven Friedenssicherung zerstören würde: den Krieg.

Angesichts dieser Situation wird das Dilemma der Bundeswehr sichtbar: Während alle Welt von Frieden und Entspannung spricht, scheint

¹⁾ In dem Maße, wie die Bereitschaft der westlichen Völker nach Entspannung und Verständigung wächst und der Widersinn eines fortgesetzten Wettrüstens allgemein erkannt wird, erscheint vielen gerade die Abschreckung als Quelle des Unfriedens, ja als Hindernis einer Politik der Friedenssicherung. Manche sprechen von einer Pathologie der Abschreckung, von einer „organisierten Friedlosigkeit“ im Zeichen weltweiter Abschreckung; vgl. etwa D. Senghaas: Friedensforschung im Banne von Abschreckung, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 3, 9. Jg., Sept. 1968.

die Bundeswehr getreu ihrem Auftrag sich im Negativen zu erschöpfen. Als Instrument der *Kriegsverhinderung* kann sie nur abschreckend wirken, wenn Soldaten und Offiziere ständig von dem Willen beseelt sind, sich auf etwas vorzubereiten, was nicht eintreten darf. Wenn aber der Krieg immer unwahrscheinlicher wird, so wirkt der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr im Frieden „eigentümlich paradox“²⁾.

Gegen diese Einseitigkeit der Betrachtung wehren sich mit Recht Offiziere und Soldaten der Bundeswehr. So heißt es in den viel diskutierten Arbeitsthesen für den „Leutnant 1970“: „Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der nicht nur den Frieden erhalten, sondern auch gestalten will.“³⁾ Die Verfasser dieser Thesen wehren sich entschieden gegen den „funktionellen Nihilismus“ des Militärischen, der nach ihrer Ansicht darin bestehe, den Frieden ausschließlich durch Abschreckung und Schlagkraft zu erhalten, und das sei etwas Absurdes. Nun ist jede Anstrengung zur Er-

haltung des Friedens das Gegenteil des Absurden. Die Bilanz der Abschreckungsstrategie der vergangenen 20 Jahre kann sich sehen lassen. Alle aufkeimenden Konflikte konnten in Mitteleuropa entschärft werden. Abschreckung hat kriegsverhindernde Funktion. Damit dient sie dem Frieden.

Doch mit einer derartig beruhigenden Feststellung ist das Dilemma der Bundeswehr nicht ausgeräumt. Es zeigt sich stets von neuem in der Reflexion von Berufs- und Zeitsoldaten über ihren eigenen geistigen Standort in der modernen Gesellschaft. Der Konflikt läßt sich auf die einfache Formel bringen: Hat der Friedenswille in einer Armee Platz, da diese sich doch in ihren militärischen Funktionen am Kriegsfall orientiert und — einer verbreiteten Ansicht zufolge — eine „kämpferische Gesinnung“ anstrebt, ohne die bestimmte Funktionen (z. B. in der „gefechtsnahen Ausbildung“) nicht erfüllbar seien?

B. Bundeswehr und „positive Friedenssicherung“

Das oben beschriebene „Dilemma“ erweist sich bei genauerer Analyse als auflösbar. Unter mindestens drei Aspekten ist für die Bundeswehr eine Rolle bei der positiven Friedenssicherung, ein Beitrag zur Gestaltung des friedlichen Zusammenseins der Völker denkbar.

1. Die Entwicklung des Friedenswillens als eines moralischen Faktors in der Motivation des soldatischen Dienstes.

Dieser Aspekt betrifft die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Truppe und die Deutung des geistigen Standorts des modernen Soldatentums. Er knüpft an Wertmaßstäbe der modernen Gesellschaft an. Der Friede als Motiv des gesellschaftlichen und innerstaatlichen Lebens gewinnt eine immer größere Bedeutung für die Fortentwicklung der modernen Demokratie. In wachsendem Maße geht es darum, Konflikte nach demokratischen Spielregeln auszutragen, damit bessere Lösungen gefunden werden können, die wiederum den Frieden als Grundwert der Gesellschaft verwirklichen.

Eine Motivation soldatischen Dienstes, die vom Frieden als Grundmotiv geprägt ist, kann auf wichtige Entwicklungen in der modernen Gesellschaft zurückgreifen.

2. Die Herstellung eines menschlichen Klimas in der Truppe, das die aggressiven Kräfte reduziert, sofern sie latent in der modernen Gesellschaft vorhanden sind, wie es die Sozialpsychologie heute annimmt.

Die Erfüllung dieser Aufgabe hängt zusammen mit dem Führungsstil in der Bundeswehr. Ein menschlicher, das Kooperative betonender Führungsstil könnte einen Beitrag zur „Friedenspädagogik“ bedeuten, da auf diese Weise die aggressiven Kräfte zurückgedrängt würden⁴⁾. Auch dieser zweite Aspekt berührt Probleme, die in der gegenwärtigen Leistungsgesellschaft eine Rolle spielen. Die Bedeutung des Führungsstiles spielt hier eine wachsende Rolle.

²⁾ Baudissin, Soldat für den Frieden, 1969, S. 39 f. Vgl. Weißbuch 1970, S. 115.

³⁾ Erschienen in: Informations- und Pressezentrum BMVtdg, Mitteilung für Presseoffiziere 1/1970 vom 26. 1. 1970.

⁴⁾ In: Peace Research Review, 2/1968, werden als Gegenstand für eine „Friedenspädagogik“ die Haupttrends des Militarismus in der Welt untersucht und auf politische Vorurteile und rassistische Tendenzen zurückgeführt. Wichtiger in der Realität sind allerdings die Fragen der Ideologie und der Macht. Vgl. H. G. Assel, Friedenspädagogik als Problem politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/70 v. 11. 4. 1970.

Die Aufgabe der Entwicklung eines modernen militärischen Führungsstils verbindet also die Streitkräfte mit Aufgabenstellungen der modernen Gesellschaft.

3. Die Schaffung einer Sozialordnung in der Bundeswehr, die die Chancengleichheit von Soldaten und Bürgern respektiert und die in den Grundwerten einer demokratischen Friedensordnung verwurzelt ist. Damit würde den Soldaten die unmittelbare Erfahrung jener Werte zuteil, deren Bestand sie durch Abschreckung zu sichern hätten.

All dies ist eine Frage der Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit in der Bundeswehr als einer höchst komplexen Sozialordnung. Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Gesellschaft insgesamt hat die Aufgabe, die demokratischen Grundwerte zu verwirklichen. In der Rechtswissenschaft spricht man seit einiger Zeit von der „Drittwirkung der Grundrechte“. Man meint damit die Durchsetzung der Grundwerte auch im außerstaatlichen Bereich, also in jener Sphäre, die vom Staat nicht kontrolliert oder unmittelbar beeinflußt werden kann: Es sind die Bereiche von Familien, Vereinen, Gemeinschaften, Verbänden usw. In all diesen Gruppierungen geht es um eine möglichst überzeugende Transparenz demokratischer Grundrechte. Das kann menschenwürdige Erziehung in der Familie bedeuten oder persönliche Freiheit (z. B. Meinungsfreiheit) in Vereinen und Verbänden. Je mehr diese Aufgabe gelingt, um so leichter hat es die Bundeswehr mit ihrem Versuch, auch im militärischen Bereich den Grundrechten unserer Demokratie die nötige Geltung zu verschaffen.

Die bisher nur kurz skizzierten drei Aspekte einer „positiven Friedenssicherung“ innerhalb und durch die Bundeswehr sollen im folgenden eingehender erläutert werden.

I. Frieden als Motiv

Schon der erste Aspekt scheint alles andere als selbstverständlich zu sein. Denn es bestehen Bedenken in manchen Kreisen der Bundeswehr, daß auch die innere Einstellung des Soldaten, die Auffassung seines Dienstes, von der Aufgabe der Friedenssicherung durch Abschreckung bestimmt sein könnte. Dieses Zögern hängt damit zusammen, daß man den Willen des Soldaten, im Ernstfall mit der Waffe zu kämpfen, und das Bewußtsein, durch Erfüllung der dienstlichen Pflichten einen Beitrag zur Friedenserhaltung zu leisten, für sich

ausschließende Gegensätze hält. Auch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wird der Kampfwille ausschließlich im Zusammenhang mit dem Kriegsbild oder Kriegsfall gesehen, was durchaus der traditionellen Auffassung vom Kampfwillen entspricht. So verstanden erscheint aber ein schier unüberbrückbarer Gegensatz zwischen militärischen und zivilen Normen, sofern nämlich sich die Normen des militärischen

INHALT	
A.	Die Diskussion über die Rolle der Bundeswehr in einer Zeit der Entspannung
B.	Bundeswehr und „positive Friedenssicherung“
I.	Frieden als Motiv
1.	„Kampfwille“ und Friedensbereitschaft
2.	Streitkräfte und Gesellschaft — Parallelen und Gegensätze
3.	Eine falsche Alternative
4.	Wehrdienst — Friedensdienst
5.	Friedensdienst der Christen
II.	Militärischer Führungsstil und Reduzierung von Aggressivität
III.	Bundeswehr und Sozialordnung
C.	Transformation der Abschreckung

Bereichs ausschließlich am Kriegsfall orientieren. Es ist daher von Bedeutung, den Sinn des Kampfwillens in einer Streitkraft zu untersuchen, die einen Verteidigungsauftrag im Frieden hat.

Der „Kampfwille“ wird nach überkommener Auffassung als Bereitschaft, mit der Waffe zu kämpfen, gekennzeichnet. Doch es geht zunächst weniger um eine Frage der Definition. Wichtiger ist das Problem, auf welche Weise „Kampfwille“ (oder Einsatzbereitschaft) unter den gegenwärtigen politisch-strategischen Bedingungen heute noch begründet werden kann. Drei Gesichtspunkte sind hier maßgebend:

1. Soldatische Existenz ist durch den Konflikt gekennzeichnet, der durch die Spannung zweier Grundeinstellungen hervorgerufen wird: der Bereitschaft, notfalls zu kämpfen, und dem Friedenswillen. Dieser Konflikt löst sich in der ständigen Auseinandersetzung des einzelnen

a) mit dem militärischen Auftrag: Hat die militärische Verteidigung im Rahmen der NATO die Chance, den Frieden durch Abschreckung („flexible response“) zu erhalten?

b) Mit den Grundwerten der freiheitlichen Demokratie: Ist die gegenwärtige Demokratie in ihrem Wert so überzeugend, daß es sich lohnt, sie zu verteidigen?

c) Mit dem Kommunismus und der möglichen Bedrohung durch ihn: Bedeutet der Kommunismus trotz der gegenwärtigen Entspannungsbestrebungen in Ost und West noch eine akute Bedrohung für die freiheitliche Demokratie?

d) Ist der Einsatzwille in einer politischen Krisensituation und im militärischen Konflikt dadurch sinnvoll und gerechtfertigt, daß eine Begrenzung des Konfliktes mit politischen Mitteln möglich erscheint?

Eine Lösung dieses Konfliktes zwischen beiden möglichen soldatischen Grundformen ist nicht ein für allemal denkbar. Je nach der militärischen Funktion kann im Bewußtsein des Soldaten der Akzent mehr auf der Kampfschlossenheit oder mehr auf der Friedensbereitschaft liegen. Auch die Art einer ausgebrochenen politischen oder militärischen Krise kann im Bewußtsein des einzelnen Soldaten den Akzent von der einen auf die andere Einstellung verschieben. Generell läßt sich sagen: Kriegsnahe Funktionen wie routinemäßige Einsatzflüge entlang der Grenzen, bestimmte Funktionen der gefechtsnahen Ausbildung etc. fordern vom Soldaten stärker als etwa rein technische Funktionen die Vergegenwärtigung des Konfliktfalles und provozieren ihn zur Auseinandersetzung mit der Frage, wie der Einsatzwille mit den gegenwärtig vorherrschenden politischen Bedingungen von Entspannung und Verständigung vereinbar ist. Eine einheitliche, durch Indoktrinierung festgelegte Akzentuierung „von oben“ ist nicht möglich. Jeder einzelne muß den Konflikt selber austragen: durch Reflexion, durch Gewissensentscheidung oder durch Diskussion mit Kameraden, Offizieren und Vertretern der Gesellschaft. Den Massenmedien kommt hierbei eine große Bedeutung zu.

Diese Auseinandersetzung vollzieht sich in der Konfrontation mit der politischen Lage: Wogegen richtet sich der Einsatzwille? Wofür hat sich der Soldat einzusetzen? Sind die verfügbaren Mittel politisch wie moralisch legitim? Das Ergebnis dieser Reflexion kann eine Haltung sein, die sich auf einer intellektuellen

oder moralischen Entscheidung gründet, muß aber nicht unbedingt eine Gewissensentscheidung sein.

2. Die gekennzeichnete vierfache Auseinandersetzung mit Fragen der soldatischen Existenz heute führt bei einem gewissen Prozentsatz der Soldaten, dessen Höhe schwer abzuschätzen ist, zu einer Gewissensentscheidung über die Frage nach dem Sinn des militärischen Einsatzes im Kriege. Der einzelne konfrontiert sich mit dem Problem, ob er bereit sei, notfalls mit der Waffe zu kämpfen. In dieser Reflexion wird der Krieg vorweggenommen. Es kann aber festgestellt werden, daß nach allen Erfahrungen diese Reflexion selten vollzogen wird. Ein Vorwegnehmen des Krieges ist im Zeitalter der Entspannung nicht die normale Ausgangsposition, damit sich beim Soldaten „Kampfwille“ und Einsatzbereitschaft bilden.

3. In der Regel vollzieht sich die Reflexion über den Sinn militärischer Funktionen im Frieden nach folgendem gedanklichen Schema, das von jedem Soldaten nachvollzogen werden kann:

a) Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr setzt Funktionsfähigkeit der Streitkräfte voraus;

b) ohne Funktionsfähigkeit ist Abschreckung nicht denkbar;

c) Abschreckung bedeutet Friedenssicherung.

Diese Reflexion führt nicht zu einer Gewissensentscheidung des einzelnen, sondern zu einem plausiblen Verständnis der Streitkräfte, das weniger hohe Ansprüche an den einzelnen stellt als die erste Form der Reflexion. Der Einsatzwille artikuliert sich im Rahmen solcher Reflexion als Wille zur Erfüllung militärischer Funktionen im Frieden, damit die Abschreckung möglich wird. Somit wird „Kampfwille“ zur Einsatzbereitschaft des Soldaten, der sich auf die Erfüllung aller militärischen Funktionen richtet, die für die Abschreckung grundlegend sind. Hierbei orientiert sich der Einsatzwille am selben Ziel wie der Wille zur Friedenssicherung: Erhaltung der Friedensordnung und ihrer Rechtsgüter⁵⁾.

Damit zeigt sich, daß der „Kampfwille“ in einer Friedensarmee, das heißt in einer Armee, die einen Verteidigungsauftrag im Frieden

⁵⁾ Siehe § 8 des Soldatengesetzes (SG) und den Jahresbericht des Wehrbeauftragten 1968, S. 15.

hat, einen anderen Stellenwert besitzt: Es ist der Wille, sich im Frieden zu bewähren. Ein mögliches „Feindbild“ spielt hierbei insofern keine Rolle, als nicht ein „böser Feind“ mit erkennbaren Aggressionsabsichten in den Horizont der Betrachtung tritt, sondern ein „Gegner“, der zur Aggression und zur politischen Erpressung jederzeit aufgrund seiner Ideologie und seiner waffentechnischen Möglichkeiten fähig bleibt. Bemerkenswert an dieser Stelle ist die Verwendung der Begriffe „Feind“ und „Gegner“ im NATO-Sprachgebrauch sowie in den Nachrichtendiensten. Der Ausdruck „Gegner“ bezieht sich auf die kommunistischen Staaten, insbesondere auf die Sowjetunion als Führungsmacht unter den Warschauer-Pakt-Staaten. Der Ausdruck „Feind“ oder „potentieller Feind“ bezieht sich ausschließlich auf den Kriegsfall, der zum Gegenstand einer Analyse der „Feindlage“ gemacht werden kann.

Der Grundgedanke der Reflexion, die zur Aktualisierung der Einsatzbereitschaft führt, ist in der Regel die Vorstellung, daß der Gegner durch eine effektive Abschreckung gar nicht in die Lage kommt, Aggressionsabsichten zu entwickeln. Diese können ihm dann aber auch nicht in propagandistischer Weise unterstellt werden, da ja schon ihre Entstehung verhindert werden soll. Der Gegner erscheint demnach nicht in der Projektion eines „Feindbildes“, zu dem die Aggressivität wesentlich gehört⁶⁾. Der potentielle Gegner wird demgegenüber vorwiegend politisch gewertet. Dies ist der Unterschied zu einem Feindbild, das sich zur Ablenkung latenter Aggressionstendenzen eignet. Orwell hat in seinem Buch „1948“ in eindruckvoller Weise dargestellt, welche Bedeutung ein künstlich propagiertes Feindbild zur Manipulation der Massen hat, die nicht nur durch die Allgegenwart des „großen Bruders“ zusammengehalten werden, sondern auch durch den „bösen Feind“ außerhalb der Landesgrenzen. Denn wäre der Feind nicht, so ginge es allen besser und die Frustrationen in einer „repressiven“ Gesellschaft würden gegenstandslos. Die mannigfaltigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit werden somit größtenteils mit der Existenz eines bösen Feindes erklärt, der damit zum Sündenbock für innerstaatliche Probleme und Friktionen erklärt wird. Wenn im Bild des Gegners jedoch die Aggressionsabsichten wegfallen,

wenn der Gegner nur noch nach seinen Fähigkeiten gewertet wird, so ist er kein geeignetes Objekt ablenkungsbedürftiger Aggressionstendenzen mehr.

Der „Gegner“ stimuliert also nicht allein und ausschließlich den Einsatzwillen einer Armee, die einen Verteidigungsauftrag im Frieden hat. Denn dieser Einsatzwille orientiert sich an der Friedensordnung und ihren Rechtsgütern. Nur sie rechtfertigen letztlich den Verzicht auf individuelle Freiheitsrechte, denen der Soldat unterworfen ist.

„Kampfwille“ und Friedensbereitschaft

In einer Dienstvorschrift der Bundeswehr steht der Satz: „Immer aber stehen Kampfwille und Kampfmoral einer Truppe in enger Wechselbeziehung zur Verteidigungsbereitschaft des Volkes, von dem sie ein Teil ist.“⁷⁾

Wenn die moralischen Kräfte des Volkes auf den Frieden hin gerichtet sind und sie jede Aggression gegen andere Staaten als ein Relikt überholter Vergangenheit ablehnen, so kann man der Bundeswehr nicht unterstellen, daß „Kampfmoral“ und „Kampfwille“ die Intention ausschließen, der Friedensordnung und ihren Gütern zu dienen. Kritiker der Bundeswehr bestreiten jedoch, daß die Motivation moderner Streitkräfte in einem Staat etwas mit Friedenswillen zu tun haben könnte. Sie unterstellen den Streitkräften die Absicht, den auch in der gegenwärtigen Gesellschaft latent vorhandenen Aggressionstrieb der Menschen auszunutzen.

Dieser Unterstellung liegt ein tiefgreifendes Mißverständnis zugrunde. Der Ausdruck „Kampfwille“ bezieht sich streng genommen auf die Einsatzbereitschaft des Soldaten im Kriege, mit der Waffe zu kämpfen. Dieser ist nach der traditionellen Auffassung von Kampfmotiven getragen, die in der Gefechtssituation entstehen. Kampfmotive sollten allerdings auch in übergreifenden Wehrmotiven verwurzelt sein (z. B. „Recht“, „Freiheit“, „Heimat“, „Nation“ usw.). Kampfwille in diesem Sinne kann in einer Streitkraft, die einen Verteidigungsauftrag im Frieden zu erfüllen hat, nicht den militärischen Funktionen zugrunde liegen, von denen die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und ihre Abschreckungsfunktion abhängt. Der Kampfwille artikuliert sich äußerstenfalls als Grundeinstellung des Soldaten zum Waffendienst überhaupt. Er setzt die

⁶⁾ Vgl. J. B. Frank, *Muß Krieg sein?* New York, Toronto 1968. Deutsche Ausgabe: Darmstadt 1970 S. 167 ff.

⁷⁾ TF HdV 100/1.

Überzeugung voraus, daß eine technisierte Armee ohne die Bereitschaft der Soldaten, zu kämpfen, keinen Sinn hat⁸⁾. Diese Überzeugung als Grundeinstellung motiviert jedoch nicht die militärischen Funktionen selbst. Sie ist sozusagen eine Art „Hintergrundhaltung“, die im normalen Dienst gar nicht artikuliert wird. Als zugrunde liegende „Motivation“ der militärischen Funktionen kommt nur der Wille zur Friedenssicherung in Frage, so lange der Verteidigungsauftrag im Frieden besteht, das heißt, so lange die Abschreckung den Frieden sichert.

Vom „Kampfwillen“ nach der überkommenen Auffassung ist der Wille zu unterscheiden, wie er als Bereitschaft zur Disziplinleistung und als Erfüllung der vielfältigen militärischen Funktionen zum Ausdruck kommt. Dieser *Einsatzwille* kann bedeuten:

a) Wille zur geforderten Leistung, die den funktionsgerechten Normen entspricht, durch deren Erfüllung der Ablauf des täglichen Dienstes garantiert wird (Wartung von Waffen und Gerät usw.).

b) Bereitschaft zur Erfüllung von militärischen Funktionen, die kriegsnahen Bedingungen entsprechen (gefechtsnahe Ausbildung usw.).

c) Bereitschaft, für die Erhaltung der demokratischen Grundordnung einzutreten (§ 8 SG), was den Willen einschließt, Staat und Streitkräfte vor inneren Bedrohungen und Gefahren zu schützen.

Für die Erfüllung des militärischen Auftrages im Frieden, nämlich den Gegner vor einer möglichen Aggression abzuschrecken, ist der zweite Gesichtspunkt von grundlegender Bedeutung: Bereitschaft zur Erfüllung von militärischen Funktionen, die kriegsnahen Bedingungen entsprechen. Auch diese Bereitschaft schließt keineswegs notwendigerweise den „Kampfwillen“ ein (Bereitschaft, mit der Waffe zu kämpfen), sondern sie gründet in dem Willen zur Friedenssicherung und Abschreckung. An dieser Stelle läßt sich ein weiteres Miß-

⁸⁾ H. Große erklärt zum Unterschied zwischen „Soldaten“ und „Staatsbürgern in anderen gesellschaftlichen Verhältnissen“: „Der Offizier moderner Streitkräfte mit ihrem hohen Maß an technischem Aufwand ist dennoch nicht nur Ingenieur oder Technokrat. Als Führer von Soldaten, die Staatsbürger wie er sind, steht er unter dem existentiellen Druck, sie zum Kämpfen bereitzumachen und selbst zu kämpfen, wenn es das politische Gemeinwesen fordert.“ Die Bundeswehr in der Gesellschaft der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 4/1970, S. 24.

verständnis ausräumen: Die entscheidenden militärischen Funktionen der Abschreckung sind nicht bloß Einübungen des Kriegsfall, wie vielfach behauptet wird. Das trifft zwar in funktionalem Sinne zu. Jedoch ist das zugrunde liegende Motiv nicht der Wunsch, daß sich die erprobten Leistungen nicht im Kriege zu bewähren haben, sondern es ist etwas Positives, nämlich die Absicht, daß diese Funktionen ihren letzten Sinn als Mittel der Friedenssicherung erfüllen. Dies bedeutet: Der Soldat als Funktionsträger gewinnt die Überzeugung, daß die funktionsgerechte Erfüllung der geforderten militärischen Leistung dem Gegner im Frieden keine Chance läßt, aufgrund vermeintlicher militärischer Überlegenheit zu drohen, zu erpressen — oder gar Aggressionsabsichten zu hegen.

Wer als Soldat die Bedeutung der militärischen Funktionen nicht nur unter funktionalen Gesichtspunkten erfaßt, sondern auch unter politischen Bedingungen („Friedenssicherung“), dessen Leistungswille wird getragen vom Einsatzwille, der in moralischen und politischen Überzeugungen des Soldaten verwurzelt ist. Sofern ein solcher Einsatzwille vorhanden ist, läßt sich erwarten, daß in den Streitkräften mehr geleistet wird, als es die dienstlich geforderten Funktionen verlangen. Amerikanische Untersuchungen im Bereich der Militärsoziologie haben ergeben, daß die Effektivität der Streitkräfte im Kriege optimiert werden kann, wenn eine gute Motivation sich mit einer starken Gruppenkohäsion verbindet. Einsatzwille, der in politischen und moralischen Überzeugungen verwurzelt ist, bedeutet die Motivation des soldatischen Dienstes im Frieden. Diese Motivation wirkt sich ohne Frage auch im Frieden auf die Erhöhung der Effektivität moderner Streitkräfte aus, wenn die Einheiten der Streitkräfte über eine ausreichende innere Geschlossenheit verfügen (Gruppenkohäsion)⁹⁾.

Einsatzwille und Leistungswille stehen also in einem engen Zusammenhang, was die Effektivität der Streitkräfte angeht. Vielfach meint man in der Bundeswehr mit „Kampfwillen“ den Leistungswillen, und zwar als Voraussetzung militärischer Funktionen einer Kampfeinheit der Bundeswehr (z. B. in der gefechtsnahen Ausbildung, im Einzelkämpfertraining, im Manöver etc.). Wenn in der Bundeswehr Kampfwille gefordert wird, so heißt das also nicht unbedingt, daß allein der Wille,

⁹⁾ Vgl. Beiträge zur Militärsoziologie, hrsg. von R. König, Köln 1968, S. 227.

mit der blanken Waffe zu kämpfen, die soldatischen Funktionen im militärischen Bereich motivieren sollen. Vielfach geht es meistens um reinen Leistungswillen. Dieser kann viele Gründe haben: Sympathie zum Vorgesetzten, Prestigebedürfnis, sportlicher Ehrgeiz, Selbstbestätigung in der Leistung, Gruppenethos und dergleichen. Die dem Leistungswillen zugrunde liegende moralische Intention oder Motivation kann jedoch durchaus der Friedenswille sein, nämlich das Bewußtsein, daß das funktionale Einüben bestimmter Verhaltensweisen die Abschreckung stärkt und so dem Frieden dient.

Der Sinn vieler militärischer Funktionen, die den militärischen Ernstfall einüben, bliebe jedoch dunkel, wenn die Haltung, notfalls zum Kämpfen entschlossen zu sein, nicht vorhanden wäre. Wenn die Möglichkeit des militärischen Konfliktes nicht mehr ernst genommen wird und wenn schließlich der Sinn einer militärischen Verteidigung im Konfliktfall überhaupt nicht mehr gesehen wird, läßt sich von der Truppe bei diesen Funktionen auch nicht der nötige Leistungswille erwarten.

General de Maizière hat zum Einsatzwillen in Krisenlagen in einer Rede am 16. April 1970 in Düsseldorf folgendes gesagt: „Mit der fortschreitenden Spezialisierung auch in kleineren Einheiten dringt der Führungsstil, der Kooperation zu bewirken hat, tiefer in die Streitkräfte ein. Es bleibt jedoch — besonders in Krisenlagen — ein Bereich der militärischen Führung, in dem entschlossenes, schnelles und einheitliches Handeln, das nicht technisch vermittelt oder kontrolliert werden kann, erforderlich ist, wo der militärische Führer seine Entschlußkraft und das ihm durch Leistung und Charakter zugewachsene Vertrauen in die Waagschale zu werfen hat.“

In diesem Zusammenhang wurde zum „Bild des Offiziers in der Luftwaffe“ von General Steinhoff im Dezember 1969 hinsichtlich der Kampfmoral des Luftwaffenoffiziers folgendes festgestellt: „In einer modernen Luftwaffe tritt das speziell Militärische immer mehr zurück, während die zivilen Entsprechungen in den militärischen Aufgaben deutlicher hervortreten. Die technischen Dienstleistungen nehmen einen immer größeren Umfang ein. Eindeutig kämpferische Eigenschaften im Sinne des Durchhaltens und moralischer Standhaftigkeit werden von allen Soldaten bei der Durchführung ihres Auftrages verlangt. In diesen Bereichen ähneln die Anforderungen denen, die an diejenigen zu stellen sind, die im zivilen

Bereich unter Feindeinwirkung die Funktionsfähigkeit des Verkehrs, die Energieversorgung, kurz die Lebensfähigkeit der Nation sicherstellen.“

Der Friedenswille bleibt indessen die *Grundintention* der soldatischen Existenz heute. Das heißt, es handelt sich hier um die eigentliche Motivation des soldatischen Dienstes. Eine Intention steht — im Gegensatz zu einer *Grundhaltung* — in unmittelbarem Zusammenhang mit der geforderten Handlung oder Leistung. Intention ist gleichbedeutend mit der Absicht und dem Motiv einer Handlung oder Entscheidung. Haltungen, dagegen lassen viele Handlungen, Handlungsmodelle und Entscheidungsentwürfe zu. Was schließlich entschieden wird, welcher Handlung der Vorzug gegeben wird und welches Handlungsmodell sich durchsetzt, hängt von den Gegebenheiten der Situation ab und ist Sache der Intention.

Das soldatische Verhalten braucht Motive. Und das Grundmotiv ist der Wille zum Frieden. Immer dann, wenn der Wille, mit der Waffe zu kämpfen, zum eigentlichen Motiv erhoben wird, wird der Friedenswille als Intention verdrängt. Die Konsequenz wäre, daß man in der Truppe beispielsweise ein „Feindbild“ erzeugt, das den Gegner als aggressionslüsternd darstellt, unabhängig davon, ob gegenwärtig Aggressionsabsichten erkennbar sind oder nicht. Die Konsequenz einer solchen Interpretation wäre ferner die Erzeugung einer kämpferischen Gesinnung in den Streitkräften, die sich am „Kriegerethos“ vergangener Militärepochen orientiert. In der NVA werden bekanntlich die aggressiven Kräfte der Soldaten entwickelt, indem der „Imperialismus“ als kriegslüsternd dargestellt wird. In dieser Armee kennt man noch die Haßerziehung. Die grundlegenden Motive des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr, nämlich Recht und Freiheit zu verteidigen, schließen jede Form von Haßerziehung aus.

Die Bundeswehr sollte ihre Bemühung auf die Entwicklung eines Einsatzwillens konzentrieren, der den Leistungswillen auf allen Gebieten einschließt und auf das politische Ziel der Friedenssicherung hingerichtet ist. Jede Art von „Kämpferideologie“ ist obsolet und stellt eine Ideologisierung der Streitkräfte dar. Die Entwicklung einer Bereitschaft, notfalls mit der Waffe zu kämpfen, kann in einer Armee, die einen Verteidigungsauftrag im Frieden hat, nur auf dem Wege über einen Einsatzwillen angestrebt werden, der sich auf die Friedenssicherung ausrichtet.

2. Streitkräfte und Gesellschaft — Parallelen und Gegensätze

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß dem soldatischen Dienst der Streitkräfte zwei Voraussetzungen zugrunde liegen:

a) Die geistig-moralische Grundhaltung:

Der Soldat ist sich bewußt, daß durch die Präsenz und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte die Aggressionsabsichten des Gegners verhindert werden, so daß Konflikte zwischen Ost und West die Form politischer Herausforderungen annehmen müssen.

b) Das funktionale Verhaltensmuster

Zur Funktion der Abschreckung sind bestimmte militärische Funktionen notwendig, die sich am Kriegsfall orientieren (Tiefflüge, gefechtsnahe Ausbildung etc.). Das Paradoxe des soldatischen Dienstes liegt darin, daß bestimmte militärische Funktionen eingeübt werden mit dem Wunsch, sie im Ernstfall nicht erproben zu müssen. Das Paradoxe bezieht sich ausschließlich auf das Verhaltensmuster, nicht auf die Grundhaltung.

Im Bereich der *Gesellschaft* begegnet man bei den Austragungen von Konflikten der gleichen Grundhaltung wie im militärischen Bereich, jedoch unterscheidet sich das Verhaltensmuster grundsätzlich von dem militärischen:

a) Grundhaltung:

Reduzierung von Aggressionen zwischen Kontrahenten, Interessengegnern usw., soweit sie in der Gesellschaft als Folge von Frustrationen oder Interessengegensätzen vorhanden sind, die in Konflikten sich hemmend auf deren Lösung auswirken. Diese Grundeinstellung zielt auf die Kooperation bzw. auf die Auseinandersetzung der Gegner im Konfliktfall, und zwar so, daß nach demokratischen Spielregeln jede Aggression nach Möglichkeit vermieden wird.

b) Das Verhaltensmuster

Entwicklung von Möglichkeiten friedlicher Auseinandersetzung zwischen politischen und gesellschaftlichen Kräften. Dazu gehören bestimmte demokratische Spielregeln, wie Bereitstellung von neutralen Verhandlungsräumen, Schiedsrichter, gleiche Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen usw., damit Konflikte als Form politischer, kultureller oder wirtschaftli-

cher Konkurrenz ausgetragen werden können, ohne daß Aggressionsabsichten verwirklicht werden.

Die Grundhaltung im gesellschaftlichen Bereich hat also gewisse Ähnlichkeiten mit der Grundhaltung im militärischen Bereich:

aa) Reduzierung vorhandener Aggressionstendenzen,

bb) Austragung der Konflikte auf der Ebene politischer und geistiger Herausforderung, ohne daß Formen des Anarchismus entstehen können.

Der Unterschied betrifft ausschließlich das Verhaltensmuster. Dieses ist im militärischen und zivilen Bereich verschieden. Im militärischen Bereich besteht es in der Einübung von militärischen Funktionen, die am Kriegsfall orientiert sind und die Vergegenwärtigung des Krieges einschließen, wobei der Soldat die Erprobung dieser militärischen Funktionen im Kriegsfall nicht anstrebt. In der Gesellschaft orientiert sich das Verhaltensmuster an den Möglichkeiten friedlicher Auseinandersetzung, und zwar so, daß die vorweggenommenen Möglichkeiten auch realisiert werden können.

3. Eine falsche Alternative

Vertreter der gegenwärtigen Militärsoziologie haben dazu beigetragen, daß der Sachgehalt des Problems „Bundeswehr und Friedenssicherung“ verdunkelt wurde. Eine Tendenz zur geistigen Isolierung des Militärischen ist etwa bei v. Heiseler anzutreffen, der „die Tötung feindlicher Soldaten“ als „Produkt“ soldatischen Handelns betrachtet¹⁰⁾. Diese Argumentation bewegt sich im Grunde genommen auf der gleichen Ebene wie die Kritik von Vertretern der APO, die mit Hartnäckigkeit die These verfechten, daß in der Bundeswehr jeder Soldat auf das Töten gedrillt würde.

Es handelt sich hier um einen Irrtum. Es kann nicht die Aufgabe der Bundeswehr sein, Tötungstabus der Gesellschaft hinwegzuräumen¹¹⁾. Die Beseitigung solcher Tabus übersteigt den Kompetenzbereich der Streitkräfte. Es ist auch ein Mißverständnis, anzunehmen, daß militärische Funktionen, sofern sie sich am

¹⁰⁾ A. von Heiseler, Militär und Technik, in: Studien zur gesellschaftlichen und politischen Situation der Bundeswehr, Bd. II, S. 149; siehe auch H. Karst, Die verkannte Armee, in: Hochland, Okt./Nov. 1967, S. 32.

¹¹⁾ Vgl. M. B. Frank, a. a. O., S. 57 ff.

Kriegsfall orientieren, wie beispielsweise Einsatzflüge, gefechtsnahe Ausbildung usw., automatisch Tötungstabus beseitigen. Das ist nicht einmal der Fall beim Schießen auf Pappscheiben. Tötungstabus entstehen aufgrund eines komplizierten psychologischen Mechanismus, der nicht durch den Vollzug einfacher militärischer Funktionen außer Kraft gesetzt werden kann. Schließlich haben diese „Tabus“ mit moralischen Werten zu tun, die zum unverzichtbaren Bestand der zivilisierten Welt gehören. Tötungshemmungen, die letztlich im Moralischen verwurzelt sind, beseitigt man nicht dadurch, daß man lediglich bestimmte Funktionen einübt. Denn diese Funktionen setzen nicht die Normen außer Kraft, die möglicherweise einer Tötungshemmung zugrunde liegen. Normen lassen sich nur überwinden, indem andere Normen gesetzt werden, die mehr begründet und besser legitimiert erscheinen oder zumindest den Anschein dafür erwecken. Das bedeutet: Nur eine andersartige Normierung bzw. Wertorientierung ist in der Lage, eine Tötungshemmung zu beseitigen, sofern diese in letzten moralischen Grundlagen verankert ist.

Die Bundeswehr hat wie jede moderne Streitkraft innerhalb der NATO weder die Möglichkeit noch die Berechtigung, moralische Grundsätze außer Kraft zu setzen, die für die Tötungshemmung innerhalb unserer Gesellschaft verantwortlich sind. Ausschließlich die Notwehrsituation des Individuums schafft eine Lage, in der möglicherweise Tötungshemmungen aufgehoben werden. Etwas ähnliches ist der Fall im Gefechtsraum, wo sich der Soldat dem Feind gegenüber sieht, um sein Leben und das seiner Kameraden zu verteidigen. In dieser Situation befindet sich aber weder die Bundeswehr noch eine andere Streitkraft innerhalb der NATO, wenn man vom Vietnam-Konflikt absieht. Simulierte Gefechtslagen sind Mittel der Ausbildung und nicht identisch mit dem Kriegsfall. Tötungshemmungen lassen sich hier also nicht beseitigen.

Es genügt zur Zurückweisung dieser Ansicht jedoch nicht, mit Karst darauf aufmerksam zu machen, daß viele militärische Funktionen im Krieg und Frieden alles andere zum Zwecke haben als die Tötung feindlicher Soldaten. Beispielsweise haben die Verminung eines Hafens, die Bombardierung von Betonpisten auf Flugplätzen usw. mit Tötenwollen gar nichts zu tun, ebensowenig der Aufmarsch von Streitkräften in Spannungszonen als Maßnahme zur Krisenbeherrschung. Gerade im Zeichen einer Strategie der Krisenbeherrschung und Kon-

fliktbegrenzung ist es eine fruchtlose Einseitigkeit der Betrachtung, wenn man das Töten und Tötenwollen als eigentliches Produkt oder als den Hauptzweck militärischen Handelns hinstellt. Damit wird man weder der heute geforderten Motivlage des Soldaten gerecht, noch der gegenwärtigen militärischen Aufgabe der Streitkräfte. Hier ist es unerlässlich, zwischen Funktionen und Intentionen zu unterscheiden. Zu den militärischen Funktionen im Kriege gehört u. a. auch das Vernichten des Gegners. Doch Funktionen sind keine Intentionen. Diese allein haben mit der Motivation des soldatischen Dienstes zu tun.

Es ist daher eine falsche Alternative zu behaupten, „Wehrdienst ist Kriegsdienst“ und „Entwicklungsdienst ist Friedensdienst“. Nach diesem Slogan hätte die Bundeswehr keine Funktion der Friedenssicherung. Doch das Denken in Alternativen ist zu allen Zeiten einfacher gewesen als das Klären von Problemen, die nie ohne Rest aufgehen. Gegner der Bundeswehr und gewisse Gruppen der Kriegsdienstgegner bedienen sich seit einiger Zeit dieser scheinbar plausiblen Alternative, die eine Selbstbestätigung derjenigen zu sein scheint, welche den Wehrdienst unter allen Umständen ablehnen wollen.

4. Wehrdienst — Friedensdienst

Thom Kerstiens hat in seinem Vortrag auf dem Weltkongreß für Laienapostolat im Oktober 1967 in Rom erklärt: „Könnten wir nicht langsam, aber sicher einen Zustand erreichen, wo der obligatorische Militärdienst durch einen zwangsweisen Sozialdienst für Männer wie für Frauen ersetzt wird? Wo Männer bereit sind, die Armut im eigenen Land oder in Übersee zu bekämpfen und wo Mädchen bereit sind, einen sozialen Dienst an alten Leuten, an Geisteschwachen und an allen Arten von gestrandeten Menschen, die am Rande des Lebens stehen, zu leisten? Ist es eine törichte Utopie, zu glauben, daß, wenn wir nur den Anfang machen würden, eine Situation entstehen könnte, in der unsere Kinder auf die Frage: Wo hast Du gedient? — nicht mehr zu antworten brauchen: In der 15. Division oder in der Königlichen Marine, sondern antworten könnten: Ich diene in einem Krankenhaus im Kongo, in einer Schule in Cochabamba oder beim Straßenbau in Cambodien.“

Hier wird das Phänomen der Gesinnungsethik deutlich, das Max Weber so eindringlich beschrieben hat. Dieses Phänomen zeigt sich auch

in dem folgenden Leserbrief¹²⁾: „Mir scheint, die Kriegsdienstverweigerer wissen, was sie wollen, und ihre Ansichten über Kriegsdienstverweigerung und gewaltlosen Widerstand der Lächerlichkeit preisgeben, heißt, einen Mahatma Gandhi und einen Dr. Martin Luther King verunglimpfen. Die Ideen dieser Männer und ihr Lebenswerk haben der Menschheit mehr gegeben, als alle Heere der Welt. Das grausame Wechselspiel Angriff—Verteidigung und Verteidigung—Angriff ist der schlechteste Weg, den ein Volk gehen kann, denn Gewalt gebiert immer wieder Gewalt... Aber eine Welt voller Vietnams, voller Biafras, eine Welt voller Haß und Terror schreit nach Gewaltlosigkeit. Gebe Gott, daß die Zahl ihrer Verfechter immer größer werde in allen Ländern der Erde.“

Der mehr oder weniger laute Vorwurf der Gesinnungsethiker gegenüber der Bundeswehr läßt sich auf die einfache Formel bringen, daß durch Erziehung und Bildung in der Bundeswehr notwendigerweise ein Kriegerethos entwickelt wird, das sich immer wieder am Kriegsfall zu orientieren hat. Dieses Kriegerethos ist am radikalsten von Nietzsche fixiert worden: „Ihr sollt den Frieden lieben als Mittel zu neuen Kriegen. Und den kurzen Frieden mehr als den langen... Ihr sagt, die gute Sache sei es, die sogar den Krieg heilige? Ich sage euch: Der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt... So lebt euer Leben des Gehorsams und des Krieges! Was liegt am langen Leben! Welcher Krieger will geschont sein!“¹³⁾

Für manche Gesinnungsethiker läßt ein solch radikales Kriegsethos eine Fülle von Variationen zu, wobei der Bundeswehr unterstellt wird, sie predige zwar nicht den Krieg, aber sie entwickle eine wenn auch sublimen Form des Kriegerethos, da sie jedem Soldaten im „Kriegshandwerk“ einübe.

Dieser Einwand übersieht, daß der sogenannte „Kampfwille“ der Bundeswehr, der identisch ist mit der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, im Rahmen eines Verteidigungsauftrages im Frieden keineswegs ausschließlich am Feindbild orientiert ist, wie das spezifische Kriegerethos vergangener Zeiten, sondern — wie schon erwähnt — denselben Bezugspunkt hat wie der Wille zum Frieden, nämlich die Rechtsgüter der demokratischen Friedensordnung. Die Ge-

sinnungsethiker übersehen den Unterschied zwischen militärischen Funktionen und soldatischen Intentionen und Motivationen. Indem durch Funktionen ein bestimmter Fall eingeübt wird, sind sie keineswegs von diesem Fall als einem angenommenen Faktum her motiviert. Das funktionale Einüben bestimmter Lagen und Gefechtssituationen kann sehr wohl Ausdruck einer „Verantwortungsethik“ sein, die in den fundamentalen Gütern der demokratischen Friedensordnung verwurzelt ist.

Als im Jahre 1919 die politischen Unruhen das Deutsche Reich erschütterten, baten linksorientierte Studenten Max Weber um ein klärendes Wort. Damals hielt Max Weber seinen Vortrag „Politik als Beruf“, der seitdem berühmt geworden ist¹⁴⁾. Max Weber gab damals den Studenten zu bedenken, daß sie zu sehr „im Rausch der Revolution“ befangen seien, um „die hochgetürmten Ideale reiner Demokratie auszudenken, ohne Rücksicht auf die politische Realität des geschichtlichen Augenblicks“¹⁵⁾. Er kennzeichnete diese Art Utopie als Ausdruck einer abstrakten „Gesinnungsethik“. Dieser stellte er die „Verantwortungsethik“ gegenüber, die in einer bewußt kritisch prüfenden Haltung besteht und sich an den konkreten Möglichkeiten der gegebenen Situation orientiert, wobei die Frage des Realisierbaren und Durchsetzbaren ausschlaggebend ist.

Auf der Ebene der Friedenssicherung bedeutet die Unterscheidung Max Webers, daß Instrumente zur Friedenssicherung oder auch Modelle zur Friedenssicherung nur dann tauglich sind, wenn sie sich auch als durchsetzbar erweisen. Sofern Streitkräfte die unverzichtbare Voraussetzung eines Gleichgewichts der Kräfte bilden, von denen die künftige Sicherung des Friedens abhängt, bleibt Friedenssicherung als Aufgabe kalkulierbar und ist damit einer Gesinnungsethik entzogen, die jedes rationale Kalkül ablehnt.

Werner Schöllgen hat in seiner „Strategie des Friedens“¹⁶⁾ darauf hingewiesen, daß ohne Frage „ein moderner Krieg unendlich kostspielig ist und der Gewinn scheinbar in keinem Verhältnis zu den Opfern und Verlusten steht“. Schöllgen fährt fort: „Kurzschlüssig und bedenkenlos folgern aus dieser Tatsache die radikalen Pazifisten, das Militär und die für sei-

¹²⁾ Auszug eines Leserbriefes in der Rhein-Zeitung vom 5. 3. 1970.

¹³⁾ Nietzsche, Also sprach Zarathustra.

¹⁴⁾ Max Weber, Schriften zur theoretischen Soziologie, hrsg. von Max Graf zu Solms, 1947.

¹⁵⁾ Ebenda.

¹⁶⁾ Erschienen in: Militärseelsorge, Heft 1, 1969, S. 24 f.

ne Kraft aufzuwendenden Geldmittel hätten ihre Funktion und ihren Sinn verloren. Ist aber nicht leider das Gegenteil der Fall? So wie auf den Erdbebenwarten die Seismographen kommende tektonische Erdbeben als Zusammenbrüche innerer Hohlräume in der Erdkruste anzeigen, wie sie an anderen Stellen die Anzeichen von Vulkanausbrüchen feststellen können, so besteht die Gefahr der Kriege aus den analogen beiden Ursachen: Wo ein Staat, ein Kultursystem hohl wird und die Zeichen innerer Schwäche deutlich werden, dort wird die Gewaltanwendung geradezu provoziert; die Nachbarn pflegen nach Nietzsches Rezept zu handeln: Was fällt, soll man noch stehen!"¹⁷⁾

Damit weist Schöllgen auf den Zusammenhang hin, daß der Sinn der Wehrbereitschaft u. a. darin liegt, politische und geistige Hohlräume in den westlichen Demokratien nicht entstehen zu lassen, die den Gegner psychologisch provozieren könnten, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte zu seinen Gunsten zu verändern. Das Ergebnis könnten politische Erpressungsversuche sein oder politische Krisen, die irgendwann die Schwelle des militärischen Konfliktes überschreiten. In diesem Sinne ist der Wille zur Friedenssicherung des Soldaten als Ausdruck einer nüchternen Reflexion zu betrachten, die die Chancen des Durchsetzbaren und Realisierbaren in unserer Welt kalkuliert.

5. Friedensdienst der Christen

Der Soldat hat eine Spannung zwischen zwei verschiedenen Grundeinstellungen auszutragen, die für ihn zum Gewissenskonflikt werden kann. Diese Spannung wird jedoch nicht nur im militärischen Bereich empfunden, sondern beispielsweise auch im kirchlichen Raum. Die letzte Denkschrift der EKD „Der Friedensdienst der Christen“ hat den evangelischen Christen zwei komplementäre Entscheidungen vorgelegt, zwischen denen sie eine persönliche Wahl zu treffen haben: die Entscheidung, dem Frieden mit der Waffe zu dienen oder den Waffendienst abzulehnen. Das eine wie das andere wird jedoch als „Dienst am Frieden“ bezeichnet.

Von beiden Entscheidungen heißt es, daß sie sich im Blick auf das gemeinsame Ziel des Friedens ergänzen. Das Unbefriedigende die-

ser These liegt aber darin, daß nicht genügend betont wird, daß beide Entscheidungen in der existentiellen Haltung des Individuums unvereinbar sind. Für den einzelnen Soldaten können diese Entscheidungen nicht komplementär sein.

General a. D. W. Heß meint dazu in seinem Aufsatz: „Wehrdienst und Friedensaktivität als Gewissensfragen in den Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils“¹⁸⁾: „Auch die Kirchen können kein Rezept für Gewissensentscheidungen geben, keine Schwarz-Weiß-Regeln und kein Entweder-Oder verkünden. Sie setzen aber mit sehr ernsthaften Überlegungen immerhin höchst wesentliche Richtlinien.“ Heß zitiert in seinem Artikel Kardinal Döpfner, der in seiner Rede vom 1. Januar 1969, dem Weltfriedenstag, im Bayerischen Rundfunk folgendes gesagt hat: „Wir sind sicher alle mit dem Satz des Konzils einverstanden, daß wir alle mit allen unseren Kräften jene Zukunft vorbereiten müssen, in der auf der Basis einer Übereinkunft zwischen allen Nationen jeglicher Krieg absolut geächtet werden kann. Aber in der Beurteilung des soldatischen Dienstes als Friedensdienstes überhaupt gehen die Meinungen auseinander. Ein Soldat oder Offizier der Bundeswehr kann mit der gleichen inneren Überzeugung Mitglied der Pax Christi sein wie jener, der den Dienst mit der Waffe aus Gewissensgründen ablehnt.“ Nach dieser Deutung Kardinal Döpfners wird der Soldat, so W. Heß, „erstmalig in Beziehung zum Frieden gesetzt, nicht oder nicht nur zum Begriff des Krieges oder der Gewalt, wie man ihn bisher zu sehen gewohnt war“¹⁹⁾. Hier wird eine ähnliche Deutung soldatischer Existenz sichtbar wie nach den Aussagen der Schrift „Der Friedensdienst der Christen“ der EKD.

Das Motiv der Friedenssicherung ist im militärischen Bereich genauso legitim wie im gesellschaftlichen Bereich. Wer immer es aus dem militärischen Bereich verbannen wollte, verurteilt die Bundeswehr zur geistigen Isolierung. Denn dies hätte zu bedeuten, daß der „Bürger als Soldat“ nur auf den Kampf und Krieg eingestellt sei und daß nur der Bürger in Zivil die Vorzüge einer friedlichen Welt genießt, daß nur er es wünscht, die Entspannung möge fortschreiten und die militärischen Konflikte ein Ende nehmen.

¹⁸⁾ In: Militärseelsorge, Heft 1, 1969, S. 14.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 18.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 35.

II. Militärischer Führungsstil und Reduzierung von Aggressivität

Seit Jahren liegt ein Schwerpunkt der Friedensforschung in der Klärung der Voraussetzungen und Methoden der „Friedenspädagogik“. Ein wichtiges Forschungsobjekt ist hierbei die Untersuchung der politischen und rassistischen Vorurteile gegenüber Völkern und Gesellschaftsgruppen, die immer wieder eine Quelle von Aggressionen sind.

Aggressionstendenzen entstehen im zwischenmenschlichen Bereich und im gesellschaftlichen Raum. Sie erhöhen möglicherweise die Empfindlichkeit der Menschen für Aggressivitäten im Politischen: Wer als Mensch zur Aggression fähig ist, läßt sich auch politisch zur Aggression provozieren und manipulieren²⁰). Die Richtigkeit dieser These erweist sich durch eine Fülle von Beispielen aus der NS-Zeit. Abbau von Aggressivität ist stets ein Beitrag zum Frieden, da auf solche Weise die Friedensbereitschaft der Menschen allgemein gefördert wird. Dies gilt auch für den militärischen Bereich.

Theoretisch sind zwei Möglichkeiten denkbar: Aggressionstendenzen können vom zivilen Bereich etwa durch die Rekruten in die Bundeswehr hineingetragen werden. Sie entstehen an den Reibungsflächen zwischen den Individuen und der sozialen Umwelt, wie etwa in der modernen Arbeitswelt, in den gesellschaftlichen Gruppierungen usw. Jede Form von Frustration kann als Reaktion eine Aggression auslösen. So ist es denkbar, daß ein Soldat in seinem Zivilberuf häufig gegenüber Abiturienten zurückgesetzt wurde. Setzt man ihn in der Bundeswehr als Gruppenführer ein, so wird er möglicherweise versuchen, seine im zivilen Bereich erlebten und nicht verarbeiteten Frustrationen gegenüber Abiturienten seiner Einheit durch aggressive Verhaltensweisen abzureagieren.

Es kann aber auch sein, und das ist die zweite Möglichkeit, daß Frustrationen in der Bundeswehr selbst entstehen, und zwar durch eine be-

stimmte Art des Führungsstils. Wenn ein militärischer Führer ausschließlich die Intelligen ten seiner Einheit für eine bestimmte Aufgabe heranzieht, um eine bestimmte Leistung zu erreichen, fühlen sich die weniger Intelligen ten frustriert. Sie reagieren dann möglicherweise in einer gewissen Aggressionstendenz in be zug auf den militärischen Führer oder die in telligenzmäßig stärkere Gruppe der Einheit. Denkbar ist es auch, daß der militärische Füh rer die physisch Stärkeren zum Maßstab be stimmter Leistungsnormen macht, so daß sich die Schwächeren übervorteilt fühlen. Hier liegt ein weiteres Betätigungsfeld des Führungsver haltens. Baudissin hat auf diesen Zusammen hang hingewiesen.

Ein Führungsstil, der auch den Unterlegenen und Schwächeren in seiner Eigenart respek tiert, kann dazu beitragen, jene Einstellungen in der Truppe zu stärken, die die Vorausset zung des Friedenswillens sind.

In der Bundeswehr besteht nun die Möglich keit, durch die Entwicklung eines kooperati ven Führungsstiles die latent vorhandenen Frustrationen zu reflektieren. Wenn beispiels weise ein junger Angestellter, der im zivilen Beruf immer wieder frustriert wurde, in der Bundeswehr unerwartet die Möglichkeit er hält, eine selbständige Aufgabe durchzuführen, die ihm der Vorgesetzte anvertraut, so wird ihm bewußt, daß sein Selbstgefühl bisher zu kurz gekommen ist. Er genießt dabei die Möglichkeit, in seiner eigenständigen Leistung respektiert zu werden. Auf diese Weise kann die Bundeswehr durch Entwicklung eines ko operativen Führungsstiles wesentlich zum Ab bau von Spannungsverhältnissen beitragen und damit Aggressionstendenzen zurückdrän gen. Dies ist um so eher möglich, als der ein zelne aus den zivilen Verhältnissen herausge löst wird, in denen immer wieder Frustratio nen entstanden. Die sozialen Verhältnisse in der Bundeswehr schaffen neue kooperative und partnerschaftliche Möglichkeiten, die la tent vorhandene Aggressionstendenzen neu tralisieren können.

Die Neue Linke und eine von ihr beeinflusste Soziologie bestreiten allerdings, daß militäri sche Kräfte zur Reduzierung aggressiver Ten denzen beitragen könnten. Im Gegenteil: Der Militärapparat sei ein Instrument der Mani pulation in der Hand einer Führungsclique und bedürfe eines sogenannten „Feindbildes“, das den angestauten Aggressivitätsenergien er laubt, sich abzureagieren. So werden diese

²⁰) Mit Recht vertritt Kabel die Ansicht, daß im zwischengesellschaftlichen Verkehr „eine Verstärkung von gegenseitigen Verdächtigungen und Fehleinschätzungen zur Verschärfung der internationalen Spannungen und zur wachsenden Kriegsbereitschaft der Bürger“ führen kann. Denn nach Kabel sind nicht nur „die unaufgeklärten Massen diesem Mechanismus unterworfen, sondern auch die herrschenden Eliten“. Rainer Kabel, Friedensforschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/1970, S. 13.

auf einen äußeren Feind abgelenkt und wirken sich im innerstaatlichen Bereich nicht in ihrer Dynamik aus.

Für Marcuse ist der Verteidigungsapparat untrennbar mit einem System zur Manipulierung der öffentlichen Meinung verbunden. So wird nach seiner Auffassung bewußt ein Feindbild entwickelt, das künstlich aufgebläht wird, da andernfalls der gesamte Verteidigungssektor mit der dazugehörigen Industrie mangels hinreichender Motive dem Untergang geweiht wäre: „Freie Institutionen wetteifern mit autoritären darum, den Feind zu einer tödlichen Kraft *innerhalb* des Systems zu machen. Und diese tödliche Kraft regt Wachstum und Initiative an — nicht infolge der Größe und ökonomischen Auswirkung des Verteidigungssektors, sondern infolge der Tatsache, daß die Gesellschaft als Ganzes zu einer Verteidigungsgesellschaft wird. Denn der Feind ist permanent. Er existiert nicht in einer Notsituation, sondern im Normalzustand. Er droht im Frieden wie im Krieg (und vielleicht noch mehr im Frieden); er wird so ins System als eine Bindekraft eingebaut. — Weder die wachsende Produktivität noch der hohe Lebensstandard hängen von der äußeren Bedrohung ab, wohl aber der Umstand, daß sie benutzt werden, gesellschaftlichen Wandel einzudämmen und die Knechtschaft zu verewigen. Der Feind ist der gemeinsame Nenner alles Tuns und Lassens. Und der Feind ist nicht identisch mit dem gegenwärtigen Kommunismus oder gegenwärtigen Kapitalismus — er ist in beiden Fällen das reale Gespenst der Befreiung.“²¹⁾

Marcuse versteigt sich zu der Auffassung, daß selbst die Abschreckung von manipulativer Bedeutung ist: „Das Abschreckungsmittel dient auch dazu, Bemühungen abzuschrecken, das *Bedürfnis* nach dem Abschreckmittel zu beseitigen.“²²⁾

Fritz Vilmar knüpft in seinem Artikel „Funktionen des Militarismus im Spätkapitalismus“²³⁾ an diese Gedanken Marcuses an. Er geht von der Vorstellung aus, daß angesichts der „niedergehenden Tendenzen“ des spätkapitalistischen Gesellschaftssystems“ der Staat dazu herhalten muß, „... gewaltige Rüstungen und Kriege zur Eroberung und Verteidigung kolonialer Wirtschaftsräume zu organisieren; hinzu trat die Funktion einer überdimensionalen staatlichen Rüstungsnachfrage zur Schlie-

Bung konjunkturpolitischer Nachfrangelücken — rüstungswirtschaftliches Deficit spending, da man den Übergang zu einer konstruktiven staatlichen Wohlfahrtsplanung gesellschaftspolitisch ablehnte. Imperialistische Rüstung wie konjunkturpolitische und auch technologisch motivierte Rüstungsausgaben wurden so Bestandteile dieser Spätphase des kapitalistischen Systems.“²⁴⁾

Vilmars Artikel gipfelt in der Behauptung, daß die „niedergehende Klassengesellschaft“ ein „Bedürfnis ... nach überdimensionalem Machtapparat“ hat: „Sie bedarf zu ihrer Aufrechterhaltung militärischer oder quasimilitärischer Unterdrückungsapparate, da sie im Verlauf der vergangenen fünfzig Jahre in der ganzen Welt in eine Rückzugsposition geraten ist, hinter die sie sich nicht weiter zurückdrängen lassen will. So wird versucht, eine bestimmte welt- und gesellschaftspolitische Machtkonstellation als unabänderlichen Status quo zu etablieren und — wo nötig — mit militärischer oder polizeistaatlicher Gewalt zu zementieren.“²⁵⁾

Diese Kritik Vilmars rennt mit den stumpfen Waffen des vorigen Jahrhunderts gegen ein „spätkapitalistisches“ Gesellschaftssystem an, dessen Tatsachen nicht zur Kenntnis genommen werden, weil sie nicht in das Vokabular einer Gesellschaftskritik passen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung aufruft. Es ist daher nur konsequent, wenn Vilmar die Bundeswehr als „autoritäre Schule der Nation“ bezeichnet: „Militär- und Polizeiapparate verhindern aber nicht nur vermöge ihrer Fähigkeit zur physischen Liquidierung von oppositionellen Bürgern aller Orten ‚drohende‘ Demokratisierungsprozesse, sie sind auch — und nicht zum geringsten — antidemokratische Erziehungsanstalten.“²⁶⁾

Als Beweis dient Vilmar eine längst überholte Umfrage über die Einstellung der Bundeswehrsoldaten zu Parteien der Bundesrepublik, aus der er auf die „politisch konservative Einstellung von drei Vierteln des Offizier- und Unteroffizierkorps“ glaubt schließen zu können.

Vilmar knüpft an Marcuse an, indem er die Notwendigkeit eines Feindbildes als Mittel zur Manipulation der Nicht-Besitzenden betont: „Der äußere Feind absorbiert Aggressivität. Die ‚Schaffung‘ eines äußeren Feindes, an dem

²¹⁾ Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, S. 71 f.

²²⁾ A. a. O., S. 72 f.

²³⁾ In: *Atomzeitalter*, Heft 10/1967.

²⁴⁾ A. a. O., S. 566.

²⁵⁾ Ebenda.

²⁶⁾ A. a. O., S. 645.

die aufgestaute Aggressivität des Nicht-Besitzenden emotionell, gedanklich oder gar in Militärformationen und -aktionen physisch abreagiert werden kann, wird zu einer paradoxen Form der ‚Befriedigung‘ in einer repressiven Gesellschaft. Man nimmt seinerseits an auf einen äußeren ‚Feind‘ abgelenkten Repressionen teil. Marcuse hat auf diese Dialektik hingewiesen, die die Unterdrückten zu Handlangern der Unterdrücker macht.“²⁷⁾

Diesseits solcher einseitigen Fixierungen hat die Friedensforschung das Problem der Aggressionsbereitschaft zu einem ihrer grundlegenden Themen gemacht. Eine große Zahl von Forschern knüpft an die Ergebnisse der Untersuchung des tierischen Verhaltens an, wobei besonders die Forschungen von Konrad Lorenz²⁸⁾ herangezogen werden. Anderen erscheint die Interpretation des Todestriebes durch Sigmund Freud als Weg zur Klärung der psychologischen Ursachen des Krieges. Einige Autoren gehen so weit, daß sie unter Anlehnung an die Freudsche Interpretation des Todestriebes einen Zusammenhang erkennen zwischen der Selbstmordziffer eines Landes und der Aggressionsbereitschaft, die zum Kriege führen kann²⁹⁾. Neben dem Problem, ob Aggression ein Wesensmerkmal des Menschen überhaupt ist, erscheint die Frage von besonderem Gewicht, ob ein Zusammenhang zwischen der individuellen und der kollektiven Aggressivität besteht.

Allgemein nimmt man an, daß in der modernen Gesellschaft ein konstantes Maß an Aggressionsbereitschaft vorhanden ist, das sich aber in ihr nicht hinreichend äußern kann und sich daher besonders leicht auf einen äußeren Feind ablenken läßt. Nach Bouthoul setzt jeder kriegerische Impuls die Wahl eines Sündenbocks voraus. Bouthoul sagt hierzu: „Er zieht alle Feindseligkeiten auf sich, auf ihn projizieren sich unsere inneren Dämonen. Er ist für unser Übel verantwortlich. Seine Vernichtung bringt sowohl die materielle als auch die mytische Heilung.“ Für Bouthoul ergibt sich im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland die Situation, „neue Ansatzpunkte für die kollektive Aggressivität zu suchen“, da Deutschland die territorialen Forderungen der Vergangenheit preisgegeben hat und so eines Erbfeindes ermangelt, der mit negativen Angriffs-

energien besetzt werden könnte. So müssen nach Bouthoul neue Projektionsmöglichkeiten gefunden werden. Bouthoul sagt hierzu: „Die alten Dämonen sind — für den Augenblick — gebannt. In Ermangelung von traditionellen äußeren Sündenböcken schafft man Kriegsziele (oder wenigstens Anlässe zu Unruhen) im Inneren.“³⁰⁾

Nach Ansicht einiger Friedensforscher ist es gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben, die Aggression als eine natürliche Komponente des Menschen so zu lenken, daß sie sich auf Objekte richtet, die nicht gefährlich werden können. Man denkt z. B. an die Sublimierung des Aggressionstriebes durch internationale Begegnungen und sportliche Wettkämpfe und dergleichen. Aufs Ganze gesehen liegt hier eine Popularisierung der Lorenzschen Verhaltensforschung und ihre Übertragung auf den Bereich kollektiver Beziehungen vor. Allerdings läßt sich deutlich die Gefahr des Biologismus erkennen, der die persönliche Verantwortung der Menschen und Politiker unter Hinweis auf die Verhaltensforschung weitgehend einschränkt.

In jedem Fall sind weitere empirische Studien über die Entstehung von Aggressivität notwendig, und man muß Frank („Muß Krieg sein“) zustimmen, daß es Aufgabe der Forschung sei, mit speziellen Analysen und Testreihen die Frage zu klären, wie sich Aggressivität im Menschen entwickelt. Denn nur so könne geprüft werden, auf welche Weise Aggressivität auf einen äußeren Feind abgelenkt wird. Es ist bemerkenswert, daß im Buch Franks verschiedene Testreihen und Analysen den Schluß zulassen, daß Aggressivität nur unter der Voraussetzung auf den äußeren Feind gerichtet werden kann, daß das Bewußtsein des Menschen im Spiel bleibt. Das Vorhandensein rein emotional begründeten aggressiven Verhaltens gegenüber äußeren Feinden scheint sich nach den von Frank vorgelegten amerikanischen Untersuchungen dem exakten wissenschaftlichen Nachweis zu entziehen³¹⁾.

Bei der Frage der Ablenkung von Aggressivität auf einen äußeren Feind müssen offenbar zwei verschiedene Erscheinungsformen deutlich voneinander abgehoben werden:

²⁷⁾ Ebenda, S. 650.

²⁸⁾ Konrad Lorenz, Das sogenannte Böse, Wien 1964.

²⁹⁾ Ekkehart Krippendorff, Friedensforschung, Köln-Berlin 1968, S. 45—67.

³⁰⁾ Zitiert nach den Materialien des 4. Salzburger Humanismusgesprächs; vgl. Herder-Korrespondenz, April 1969, S. 192.

³¹⁾ Vgl. Arno Plack, Vermeidung ‚unvermeidbarer‘ Aggression? In: Neue Zürcher Zeitung v. 8. April 1970.

1. Die Frustrationen in der Gesellschaft werden als Folge von Repressionen dargestellt, z. B. infolge von Freiheitsbeschränkungen, die durch die Bedrohung von außen, und zwar durch einen personifizierbaren Feind, erklärt werden (wie etwa durch die „bösen, aggressionslüsternen“ Russen). Ein Beispiel hierfür ist die von allen Diktaturen her bekannte Sündenbocktheorie, die u. a. auch Chruschtschow angewandt hat, indem er den Mangel an Gebrauchsgütern durch die fortwährende Konfrontation des internationalen Kommunismus mit dem Imperialismus erklärte.

In all diesen Fällen gelingt es mühelos, Aggressionsenergien, die durch fortwährende Frustration entstanden sind, auf den äußeren Feind abzulenken. Es bedarf hierzu nur einer geschickt angewandten Manipulation der Massen.

Diese Art von Ablenkung bzw. Abreaktion von Aggressivität ist aber dann nicht möglich, wenn ein künstlich propagiertes Feindbild nicht existiert. Dies ist der Fall, wenn dem potentiellen Gegner faktisch vorhandene Aggressionsabsichten, die die notwendig negativen Attribute „des bösen Feindes“ sind, nicht unterstellt werden. Dieser Sachverhalt kennzeichnet die Situation seit dem Zustandekommen der „Gegenschlagkapazität“. Der potentielle Gegner wird primär nach seinen militärischen Fähigkeiten bewertet, die ihn zur Anwendung seines militärischen Potentials als Drohmittel veranlassen könnten, falls er ein militärisches Übergewicht gewinnt. Das Stabilisieren des Kräftegleichgewichts seitens des Westens hat dann die Aufgabe, Aggressionsabsichten oder Drohtendenzen beim Gegner gar nicht erst aufkommen zu lassen. Also könne diese ihm auch gar nicht unterstellt werden. Ein solcher potentieller Gegner eignet sich nicht zur „Besetzung“ mit Aggressionsenergie, da er nicht als personifizierbares Substrat böser Absichten gelten kann.

Ein Beispiel für erkennbare Aggressionsabsichten des Gegners ist das Berlin-Ultimatum des Jahres 1958. Chruschtschow hatte damals erklärt, daß er äußerstenfalls die Anwesenheit der Alliierten in West-Berlin noch ein halbes Jahr lang dulden werde. Dann sollten sie ihre Truppen abgezogen haben, anderenfalls werden Konsequenzen folgen, die diesen Abzug erzwingen würden. Das war eine massive Drohung, hinter der die Absicht der Aggression stand.

Auch die Kuba-Krise läßt eine deutliche Aggressionsabsicht der Sowjets erkennen. Durch

die Stationierung von Mittelstreckenraketen suchte die Sowjetunion das Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern, um mit Offensivwaffen jederzeit die Vereinigten Staaten politisch oder militärisch erpressen zu können. Hinter dieser Drohdiplomatie stand das Bewußtsein der sowjetischen Militärstrategen und Politiker, in der Raketentechnik den Vereinigten Staaten überlegen zu sein. Doch dieses Verhältnis hat sich mit Beginn der 60er Jahre entscheidend verändert. Die Patt-Situation ist eingetreten. Die Drohdiplomatie der Sowjets ist in den letzten Jahren nicht mehr angewandt worden. Aggressionsabsichten sind auf seiten des potentiellen Gegners z. Z. nicht erkennbar.

2. Der zweite mögliche Fall betrifft eine Form von Aggressivität, die im zwischenmenschlichen Bereich entsteht und mit gelenkter Repression im System keinen unmittelbaren Zusammenhang hat. Diese Aggressionstendenzen können sich dann stauen, wenn sie in der Beziehung zum Mitmenschen nicht geäußert werden können, sei es, weil die eigene Potenz nicht ausreicht aufgrund von Unterlegenheitsverhältnissen, sei es, weil die natürlichen Gegebenheiten von Zeit und Ort daran hindern. Die Umlenkung solcher Aggressionstendenzen auf einen äußeren Feind ist nur möglich, wenn angenommen wird, daß der Feind in einem vermeintlichen Kausalzusammenhang mit den Frustrationen im zwischenmenschlichen Bereich steht. In diesem Falle wäre es für ein Regime erforderlich, einen irrationalen Zusammenhang herzustellen und den Feind zum allgemeinen „Buhmann“ zu erklären, an dem sich jeder gedanklich und emotionell abreagieren kann, wenn irgendwelche Frustrationen die persönlichen Bedürfnisse beschneiden. Diese Möglichkeit konstruiert Orwell in seinem Roman „1984“. Seine These bleibt jedoch insofern fragwürdig, als die Übertragung von Aggressionen des individuellen Bereichs auf die Ebene kollektiver Beziehungen eine Annahme bleibt, die einen gewissen biologischen Determinismus voraussetzt, der die menschlichen Verantwortlichkeiten nur gering einstuft.

Wenn von der Bundeswehr behauptet wird, sie habe ein Feindbild nötig, damit die Spannungen in der Gesellschaft nach außen abgelenkt werden können, so schließt das die These ein, die Bundeswehr sei auf die negativen Kräfte der Gesellschaft angewiesen, um ihren Auftrag zu erfüllen. Sie bedarf angeblich der Aggressivität als eines unentbehrlichen Kräftereservoirs zur Verwirklichung ihrer Funk-

tionen. Dies ist eine Unterstellung ohne ausreichende Begründungsmöglichkeit: Denn die Funktion der Friedenssicherung im Rahmen moderner Streitkräfte bedeutet ja, daß der Verteidigungsauftrag nicht ein Feindbild zum Bezugspunkt hat, zu dem notwendigerweise aggressive Tendenzen gehören, das heißt, die Bundeswehr hat es nicht nötig, den Feind zu diabolisieren.

III. Bundeswehr und Sozialordnung

Der dritte Aspekt zur Friedenssicherung hängt mit der Integration von Armee und Gesellschaft zusammen. Je mehr die Bundeswehr zu einem durchlässigen System wird, sei es durch gute Personalpolitik, moderne Methoden der Fürsorge oder durch weitgehende Chancengleichheit zwischen Bürgern in Zivil und Bürgern als Soldaten, wird dem einzelnen in der Truppe ein unmittelbares Erlebnis der Güter und Werte einer demokratischen Friedensordnung zuteil. Auf diese Weise entwickelt sich ein Bewußtsein der Wertschätzung, das die Grundlage des Friedenswillens ist. Dem Soldaten wird klar, daß er sich in all seinen militärischen Funktionen immer wieder an den Maßstäben und Werten der demokratischen Friedensordnung zu orientieren hat.

Die Integration der Streitkräfte in der modernen Gesellschaft hat drei Aspekte:

a) Die *geistig-gesellschaftliche Integration* folgt aus der Identität der ideellen und moralischen Grundlagen für Armee und Gesellschaft. Sie verlangt von jedem Soldaten die ständige Auseinandersetzung mit den Normen, Leitbildern und Werten der Gesellschaft seiner Zeit.

b) Die *politisch-staatsrechtliche Integration* bedeutet insbesondere die Geltung der Grundrechte in der Bundeswehr. Durch sie wird der Soldat zum grundrechtsfähigen Bürger in Uniform.

c) Die *funktionale Integration* strebt nach einer Anpassung militärischer Verhaltensmuster an Leistungsnormen und Verhaltensformen in vergleichbaren Leistungsgruppen des gesellschaftlichen Bereichs. Nur so läßt sich eine möglichst hohe Effektivität der Streitkräfte erzielen³²⁾.

³²⁾ Vgl. L. Schulte, Innere Führung als dynamisches Prinzip, in: Wehrkunde 5/69; ders. Verteidigung im Frieden, 1968, S. 184 f.

All diese Aspekte der Integration erfordern eine Entfaltung und Verwirklichung demokratischer Grundwerte. Damit sind diese drei Aspekte an den Rechtsgütern demokratischer Friedensordnung orientiert. Auch die funktionale Integration, die insbesondere für den technischen Bereich von großer Wichtigkeit ist, geht in ihrer Bedeutung weit über die Effektivität der Streitkräfte hinaus. Sie hat letztlich auch zum Ziel die Verbesserung der beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten in der Bundeswehr im Vergleich zum zivilen Bereich. Je mehr es gelingt, in der Bundeswehr eine hohe fachliche Qualifikation in allen technischen und handwerklichen Bereichen zu erzielen, um so größer ist die Chancengleichheit von Soldaten und Bürgern, vorausgesetzt, daß der militärische Bereich für die Gesellschaft durchlässig bleibt. Wenn Soldaten und Offiziere nach Ableistung ihrer Dienstzeit in den zivilen Bereich zurückkehren, finden sie vergleichbare Chancen vor.

Nach dem „Weißbuch 1970“ der Bundesregierung ist Berufsförderung der Bundeswehr in erster Linie eine Verbesserung der Chancen von Zeitsoldaten bei ihrem Wiedereintritt in das zivile Berufsleben (S. 131): „Es genügt nicht, daß die Soldaten auf Zeit nach ihrer Rückkehr in das zivile Berufsleben nur dort wieder anfangen können, wo sie vor ihrem Eintritt in die Bundeswehr aufgehört haben. Für den Soldaten auf Zeit, der als fachberuflicher Voll- oder Halbspezialist eingesetzt wird, ist der „Arbeitsplatz“ in der Bundeswehr nur einer unter mehreren in seinem Berufsleben. Die Bundeswehr als Arbeitgeber muß ihn rechtzeitig und umfassend auf seine Rückkehr in den Zivilberuf vorbereiten. Sie muß ihm die Voraussetzungen für einen beruflichen und sozialen Aufstieg nach seinem Ausscheiden schaffen. Der Gesetzgeber hat dem Rechnung getragen, indem er im Soldatenversorgungsgesetz die Berufsförderung zum Schwerpunkt der Versorgung der Soldaten auf Zeit machte.“

Je mehr der Mensch in der Bundeswehr als ein entwicklungsfähiges Wesen ernst genommen wird, dessen künftige Chancen in der Gesellschaft und innerhalb der modernen Arbeitswelt respektiert werden, um so mehr entwickelt sich in der Bundeswehr ein ‚Betriebsklima‘, das dem einzelnen die Erfahrung der Rechtsgüter vermittelt, für die er sich im Frieden wie im Kriegsfall einzusetzen hat. Dieses Bewußtsein ist die Grundlage für das Engagement für den Frieden.

C. Transformation der Abschreckung

Rainer Kabel betont in seinem Aufsatz über Anfänge und Tendenzen der Friedensforschung die Bedeutung der Abschreckung für die Friedenssicherung: „Da die höhere Instanz fehlt und das Gewaltmonopol bei den jeweils einzelnen Staaten oder Staatenverbindungen liegt, kann der Friede nur durch einen allgemeinen Gewaltausgleich aufrechterhalten werden. Gleich schwache oder gleich starke Gegner werden von einem Krieg absehen, von dem sich keiner der Kontrahenten einen Sieg versprechen kann. Das Gleichgewicht des Schreckens, das sich im Zusammenleben der hochentwickelten Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, eingependelt hat, ist die eine Möglichkeit eines Gewaltausgleichs. Die andere ist ein Gleichgewicht des waffenlosen Vertrauens — bisher eine bloße Utopie.“³³⁾

Kabel fährt in diesem Zusammenhang fort: „Als bisher wirksamstes Mittel der Friedenssicherung hat die Aufrüstung auf der Erde einen größeren Krieg verhindert. Die Weltpolitik der letzten Jahrzehnte scheint die Frieden-durch-Kriegsandrohungs-These zu stützen, denn die Hochrüstung der Erde hat nukleare Kriege verhindert, die nach dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im Sommer 1945 technisch möglich gewesen wären. Konventionelle Kriege wurden unter dem Eindruck der nuklearen Bedrohung zur Deeskalation und zum Waffenstillstand geführt, wie der Korea-Krieg zeigt und die weitere Entwicklung des Vietnam-Krieges erweisen dürfte.“³⁴⁾

Demgegenüber stellt Dieter Senghaas das gegenwärtige System als einen Zwangsmechanismus dar. Richtig an dieser Überlegung ist die Tatsache, daß der Zug des Gegners den Gegenzug auf der anderen Seite auslöst, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Ein neues Waffensystem der einen Seite löst auf der anderen die Entwicklung eines ähnlichen Waffensystems aus.

Auf diese Weise kommt es immer wieder zur Eskalation der Rüstungsanstrengungen. Senghaas ist der Meinung, daß dieser Mechanismus im Rahmen einer Rüstungsspirale notwendigerweise mit einer Verteufelung des Feindes verbunden ist, dem Aggressionsabsichten unterstellt werden. Denn nur auf diese Weise

könne das eigene Abschreckungspotential gerechtfertigt werden. Friede wird damit zum Terrorfrieden: „Während im herkömmlichen System, bedingt durch vergleichsweise harmlose Dimensionen von Gewalt und einer relativ maßvollen Gestalt von Politik, ein Friedenszustand ... sich zeitweilig aufrechterhalten ließ, die Unterscheidung von zivilem und militärischem Bereich streckenweise sinnvoll und realistisch war, läßt sich heute nicht nur diese Unterscheidung nicht mehr treffen, Frieden und Krieg gehen über in den Zustand des Terrorfriedens. Terrormodelle sind der ihm adäquate Ausdruck.“³⁵⁾ Für Senghaas führt die Abschreckung zu einem System „organisierter Friedlosigkeit“, welches eine Symbiose von Gewalt und Angst zur Folge hat: „Die Menschheit durchlebt heute eine Epoche intensivierten kollektiven Unfriedens. Zwar gibt es verschwindend wenige Oasen des Friedens und immer noch Grade des Unfriedens, doch bestimmt sich der Gang der Geschichte in diesen Jahrzehnten und auf absehbare Zukunft durch Gesellschaften, deren gegenseitiges Verhalten sich zu einem System organisierter Friedlosigkeit zusammengeschlossen hat. Es ist eine Welt des Terrorfriedens, eine Welt, die sich in permanenter Angstspannung reproduziert: eine Welt, in der Gewalt und Angst eine Symbiose eingegangen sind.“³⁶⁾

Gegenüber Senghaas' Auffassung ist jedoch zu sagen, daß die Menschheit in den 50er Jahren weit mehr in Angst und Schrecken lebte als heute. Die positive Veränderung ist der Tatsache zu verdanken, daß beide Seiten über die Gegenschlagkapazität verfügen. Ferner hat die politische Konsolidierung der NATO und die Erhöhung der Kampfkraft ihrer Streitkräfte dazu beigetragen, daß die Sowjets die Drohdiplomatie der 50er Jahre nicht mehr anwenden konnten. Senghaas übersieht den Tatbestand, daß die Verbindung zwischen Abschreckungspotential und Drohdiplomatie historisch für die Sowjetunion nachweisbar ist, nicht jedoch für die NATO. In den zurückliegenden ernstesten Konflikten der Weltpolitik (Berlin-Ultimatum 1958, Kuba-Krise 1962 etc.) haben die Vereinigten Staaten mit Vergeltung nur im Gegenzug gedroht. Sie waren jedoch nicht

³³⁾ R. Kabel, Friedensforschung, a. a. O., S. 20.

³⁴⁾ Ebenda.

³⁵⁾ Dieter Senghaas, Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit. In: Friedensforschung, hrsg. von E. Krippendorff, Köln-Berlin 1968, S. 245.

³⁶⁾ Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1969, S. 228.

die ersten, die ihr Abschreckungspotential als Drohinstrument eingesetzt haben. Dies zeigt, daß die Verbindung zwischen Drohdiplomatie und Abschreckungspotential keine automatische ist, keinen Zwangsmechanismus darstellt, wie es Senghaas behauptet.

Abschreckung hat in der multipolaren Welt ihren Stellenwert verändert. Die bisherige Form der Abschreckung stützte sich auf die physischen Faktoren des Waffenpotentials und der nuklearen Kapazität der Großmächte. Für sie war das Spiel von Wirkung und Gegenwirkung maßgebend, so daß die eine Seite stets nachzog, wenn die andere einen für sie erfolgreichen Zug gemacht hatte. Der Gewinn der einen Seite war stets der Verlust der anderen. Dieses psychologische Spiel von Wirkung und Gegenwirkung hat in der Mathematik seinen Ausdruck in der sogenannten Nullsummentheorie gefunden, die von der amerikanischen Militärstrategie vielfach zur Lösung strategischer Probleme herangezogen wurde. Abschreckung galt in der Regel als atomare Vergeltung.

Im Rahmen einer Strategie der Friedenssicherung, die mehr bedeutet als bloße Kriegsverhinderung, könnte dieses Prinzip der Abschreckung verändert werden, falls es zu einer größeren politischen Solidarität der kleineren Nationen kommt. Ein großer Krieg zwischen den Supermächten wird immer unwahrscheinlicher, solange das Atompatt bestehen bleibt. Abschreckung in den ‚grauen‘ Zonen stützt sich daher mehr und mehr auf politische Faktoren, das heißt auf die politische Solidarität der Nationen, die ihren Verteidigungswillen bekunden, indem sie vor allen wichtigen politischen Entscheidungen sich gegenseitig konsultieren, um gemeinsame Interessenlagen zu finden. Dies stärkt die Glaubwürdigkeit der Verteidigung in den kritischen Zonen und unterstreicht die Nutzlosigkeit von Drohungen, ohne daß zugleich die Glaubwürdigkeit der Abschreckung als atomarer Vergeltung — die Sache der Supermächte bleibt — bemüht werden müßte. Das bedeutet zugleich eine Abkehr von der Abschreckung als Drohsystem der 50er Jahre, das einseitig auf den Machtinteressen der Atomkräfte beruhte.

Dies ist die politische Situation in Mitteleuropa seit dem Beginn der Entspannungskampagne, deren Akteure vor allem die kleineren Nationen sind, wie England, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland. Die auf Friedenssicherung gerichtete politische Anstrengung der Nationen Mitteleuropas bedeutet für das

Abschreckungspotential, daß es eine Funktion für die Politik der Friedenssicherung gewinnt³⁷). Es kann nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt einer „organisierten Friedlosigkeit“ (Senghaas) gesehen werden. Abschreckung gewinnt vielmehr die Funktion, den Rückfall in die Politik der Drohungen zu verhindern.

Die enge Verzahnung von Sicherheits- und Entspannungspolitik der NATO-Länder wird von dem Vorschlag der NATO-Konferenz in Rom (28. Mai 1970) zur gegenseitigen Truppenverminderung unterstrichen. Die Deklaration dieser NATO-Konferenz, in der „exploratische Gespräche über eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung“ von seiten der NATO-Pakt-Länder geführt werden wollen, ist eine verstärkte Fassung der Beschlüsse von Reykjavik, wo der NATO-Rat im Dezember 1969 seine erste Erklärung über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung veröffentlichte. Die Erklärung des NATO-Ministerrates von Rom zur gegenseitigen Truppenverminderung enthält u. a. folgende Vorschläge: „Beiderseitige Truppenverminderungen müssen mit den lebenswichtigen Sicherheitsinteressen des Bündnisses vereinbar sein und sich nicht zum militärischen Nachteil einer Seite auswirken ... Truppenverminderungen müssen auf Gegenseitigkeit beruhen ... Um die Einhaltung von Abkommen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung zu gewährleisten, müssen ausreichende Kontrollen vorgesehen werden.“ Leider ist ein Echo auf die Erklärung der NATO-Konferenz von Rom seitens des Ostblocks bisher ausgeblieben.

In einem ähnlichen Sinne äußerte sich Verteidigungsminister Helmut Schmidt in einer Rede vor der WEU-Versammlung in Paris am 10. Dezember 1969 über „Perspektiven der atlantischen Allianz“: „Sicherheitspolitik ist freilich nur die eine Seite der Allianz-Medaille. Die andere Seite ist die Entspannungspolitik nach Osten. Entspannung ist dabei allerdings kein Ersatz für Sicherheit, sondern ihre Ergänzung. In diesem Sinne hat die NATO ja auch längst ihren ursprünglichen militärischen Auftrag erweitert. Neben die Aufgabe, den Westen zu verteidigen, ist in immer stärkerem Maße die Suche nach einem stabilen Frieden mit dem Osten getreten. Sowohl bilateral als auch multilateral haben sich die westlichen Staaten daran gemacht, Möglichkeiten eines

³⁷) Vgl. L. Schulte, Politische Konsultation und Friedenssicherung, in: Außenpolitik, 1/1970.

Ausgleichs oder mindestens doch einer Annäherung mit dem Osten zu erkunden . . . Wir werden darum bemüht sein, daß die beiden Hauptsäulen des Bündnisses — Verteidigung und Entspannung — im Gleichgewicht bleiben. Die Möglichkeit dazu haben wir einmal durch Leistung eines ausreichenden westeuropäischen Verteidigungsbeitrages und zum anderen durch bilaterale Konsultationen mit den USA, durch multilaterale Konsultationen innerhalb der NATO sowie durch bilaterale Kontakte mit dem Osten.“

Im Falle fortschreitender europäischer Einigung im politischen und wirtschaftlichen Bereich kommt den westeuropäischen Ländern eine wachsende Bedeutung zu für ihren Beitrag zur Entspannung und Friedenssicherung. Drei Aspekte sind hier maßgebend:

1. Nach der Ansicht von Johan Galtung, dem Direktor des Instituts für Friedensforschung in Oslo, werden gerade die kleineren Länder in dem Prozeß der Verflechtung und gegenseitigen Durchdringung der Welt, die eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg künftiger Entspannungspolitik bildet, eine große Rolle spielen. Für die kleineren Länder besteht ein Zwang zur Konföderation und Integration, da die Mindestgröße für die Lebensfähigkeit einer Nation mit dem technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand abnimmt. Das führt nach Galtung bei gleichbleibenden Grenzen der nationalen Volkswirtschaften notwendigerweise zur Bildung von assoziativen Verflechtungen, um den relativ hohen „Inkompatibilitätspegel“ der kleineren Nationen auszugleichen³⁸⁾. Die größeren Nationen haben demgegenüber den geringeren Nachholbedarf und begreifen sich weithin als Konkurrenten, da sie wenig Neigungen haben, integrativen Zusammenschlüssen beizutreten. Indem die kleineren Länder bereit sind zur Integration, verstärken sie ihr politisches Gewicht im Verhältnis zu den Großmächten. Dadurch werden sie fähig zur Vermittlerrolle im Konkurrenzverhältnis der Großmächte.

³⁸⁾ Johan Galtung, Über die Zukunft des internationalen Systems, in: *Futurum*, Bd. 1, 1968, S. 73 ff.

2. Die zunehmende Integration der westeuropäischen Länder reduziert die Möglichkeit zur nationalen Machtpolitik. Je geschlossener Westeuropa ist, desto geringer ist die Möglichkeit, daß das Abschreckungssystem als Drohsystem zur Einschüchterung des Gegners verwandt werden kann. Dies würde nämlich einen Konsens aller Staaten eines Integrationsystems über die Ziele einer Drohdiplomatie voraussetzen. Außerdem wäre es in diesem Falle unmöglich, daß Nationen, die über ein großes wirtschaftliches Potential verfügen, wie die Bundesrepublik, England und Frankreich, ihre Macht ausnützen, um auf dem Wege nationaler Machtpolitik ein kommunistisches Land gegen ein anderes auszuspielen, was die internationale Atmosphäre vergiftet.

3. Die Integration der kleineren Staaten erweitert die Möglichkeiten zur Kommunikation mit dem Osten über Fragen der Abrüstung, Entspannung und Truppenreduzierung. Integrative Zusammenschlüsse erfordern das Zurücktreten nationalorientierter Prioritäten zugunsten gemeinsamer Ziele und Werte. Dies erleichtert die Abstimmung im westeuropäischen Lager über alle Fragen der Entspannung und Abrüstung. Damit ist eine günstige Voraussetzung zur Kooperation und Kommunikation mit der östlichen Seite gegeben.

Auf dem Wege fortschreitender Integration in Westeuropa, die schließlich auch ein so wichtiges Gebiet wie die Außenpolitik umfassen würde, könnten Konflikte der 70er Jahre in erster Linie zu politischen Herausforderungen werden, die seitens des Gegners auf einer Fehleinschätzung eben dieser politischen Geschlossenheit Westeuropas beruhen. Die politische Geschlossenheit westeuropäischer Nationen bewirkt also ein zweifaches: Das Herunterspielen der Konflikte auf die Ebene politischer Herausforderungen, wie es mit der letzten Berlin-Krise 1969 deutlich wurde, und die Veränderung der Abschreckung, die sich vom Drohsystem in eine strategische Barriere verwandelt, die den Rückfall in die Politik der Drohungen und Erpressungen verhindert. Wenn die Außenpolitik friedlich gesonnen ist, ist auch die Abschreckung eine Grundlage zur Politik der Friedenssicherung und Entspannung.

Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen

Wie Krieg so wird auch Drohpolitik von vielen Autoren zu jenen politischen Praktiken gerechnet, die vor allem die internationale Politik kennzeichnen sollen¹⁾. Noch in den fünfziger Jahren war diese Vorstellung in den meisten „klassischen“ Einführungen in die internationale Politik und die Theorie internationaler Beziehungen zu finden. Wenn jedoch heute Drohpolitik nicht mehr als eine gegebene, gleichsam fixe Größe internationaler Politik erscheint und wenn sie zumindest in einigen wissenschaftlichen Abhandlungen nicht mehr als unumstößliches Merkmal der Politik zwischen Staaten und Gesellschaften einfach hingenommen wird, dann ist dies sicher zum Teil ein Verdienst der Friedensforschung, in der Drohpolitik nicht nur registriert, sondern vielmehr unter verschiedenen Gesichtspunkten im Detail analysiert wird²⁾. Die Untersuchung von Drohpolitik hat sich dabei für die Friedensforschung als besonders ergiebig erwiesen, weil die Thematik sich über verschiedene Ebenen der Analyse erstreckt und

damit die Expertise mehrerer Disziplinen erforderlich macht. Darüber hinaus zeigt sich immer deutlicher, daß nicht nur die allgemeine Theorie internationaler Beziehungen von seiten der Friedensforschung neue Impulse erhalten hat³⁾, sondern daß die Beschäftigung mit Drohpolitik auch für Gegenstandsbereiche von Bedeutung ist, die nicht unmittelbar mit internationalen Beziehungen etwas zu tun haben. Zu denken wäre hier an eine Vielzahl von innenpolitischen Konflikten, in denen Drohungen und Gegendrohungen zum Teil eine beachtliche Rolle spielen. Ich werde mich im folgenden jedoch auf die Analyse von Drohpolitik beschränken, insoweit sie sich auf außenpolitische und international relevante Bedrohungsvorstellungen, Drohstrategien und auf Interaktionserscheinungen der internationalen Politik bezieht. Doch werde ich auf andere Bereiche, die nicht unmittelbar der internationalen Politik zuzurechnen sind, zurückgreifen, sofern sich in ihnen für das vorliegende Thema wichtige Erkenntnisse auffinden lassen.

I. Drei Grundfragen für die Untersuchung internationaler Beziehungen

Ehe ich mich mit der Analyse von Drohpolitik im allgemeinen und besonders mit Abschreckungspolitik beschäftige, möchte ich zu Beginn wenige allgemeine Überlegungen zur Analyse von internationaler Politik formulieren, die sich später für eine differenzierte Untersu-

chung von Drohpolitik noch als wichtig erweisen werden.

Ich möchte vorschlagen, daß wir bei der Analyse von internationaler Politik, gleichviel mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wenigstens immer drei Grundfragen anfangs stellen:

¹⁾ Die vorliegende Studie wurde als Diskussionsbeitrag für den ersten Kongreß der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ in München am 30./31. Mai 1970 geschrieben. Ich greife dabei auf Themen zurück, die ich ausführlicher in meinem Buch „Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit“ (im folg. zitiert als „Abschreckung und Frieden“), Frankfurt 1969 behandelt habe. Ich versuche, die dort erläuterten Thesen in einer für den Kongreß wesentlich relevanten Weise weiterzuentwickeln. In der vorliegenden Studie beschränke ich mich in den Anmerkungen auf die wichtigsten und — mit Vorzug — jüngsten einschlägigen Publikationen.

²⁾ Siehe zum Beispiel den instruktiven Sammelband von Dean Pruitt und Richard Snyder (Hrsg.), *Theory and Research on the Causes of War*, Englewood Cliffs 1969.

1. Wie groß ist der Anteil realer Austauschprozesse an den sogenannten internationalen oder transnationalen Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Staaten? Wir fragen hier also nach den an den einzelnen Staatsgrenzen — wenigstens prinzipiell — meßbaren Transaktionsströmen wie beispielsweise den Warenströmen (Import/Export/Handel; Kapitalverkehr), den Menschenströmen (Ein- und Auswanderung; Besuche und Tourismus; Studentenaustausch) und den Informationsströmen (diplomatische Beziehungen; Geheimdienste;

³⁾ Vgl. James Rosenau (Hrsg.), *International Politics and Foreign Policy*, New York 1969.

Teilnahme an internationalen Organisationen; Patente; Lizenzen u. a.). Für bestimmte analytische Zwecke kann es nützlich sein, solche Austauschprozesse in öffentliche und private zu unterteilen, was — wenn man darauf Wert legt — einer Unterscheidung von internationalen und transnationalen Beziehungen gleichkäme⁴⁾. Wir nennen diese Art von Austauschbeziehungen wirklich, realistisch oder besser einfach real, weil es sich bei ihnen um Transaktionen handelt, die erkennbar Grenzen überschreiten und deren Einzel- und aggregative Bewegungen sich in Statistiken zu Buche schlagen⁵⁾. Ihr Ursprungsland läßt sich meist genau bezeichnen; und nach erfolgter Transaktion sind sie greifbar in einem zweiten oder schließlich n-ten Land⁶⁾.

2. Wir sollten immer die Frage stellen, welchen Anteil an internationalen Beziehungen Freund- und Feindbilder haben, also psychologische Prozesse, die internationale Beziehungen beeinflussen, ohne daß sie sich — dem Handel vergleichbar — an den Grenz-

⁴⁾ Der Transaktionsansatz ist vor allem von Karl Deutsch und seinen Mitarbeitern seit den fünfziger Jahren praktiziert worden. Siehe u. a. jetzt Karl Deutsch, *Nationalism and its Alternatives*, New York 1969, S. 93 ff. und passim.

Zu dieser Unterscheidung und ihrer analytischen Relevanz siehe Karl Kaiser, *Transnationale Politik*, in Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität*, Köln und Opladen 1969, S. 80 bis 109.

⁵⁾ Zur Analyse siehe u. a. Steven Brams, *Transaction Flows in the International System*, in *American Political Science Review*, Bd. 60, 1966, S. 880 bis 898 (worin der Autor die Muster diplomatischen Austauschs, von Handel und der Mitgliedschaft von Nationen in internationalen Organisationen untersucht). Dort weitere Literaturangaben. Über die Ausmaße realistischer Austauschprozesse in den internationalen Beziehungen der vergangenen 70 Jahre siehe Simon Kuznets, *Modern Economic Growth*, New Haven 1966, S. 285—358, wo der Autor vor allem Wanderung, Handel und Kapitalverkehr behandelt.

⁶⁾ Um die Größenordnung eines der wichtigsten Austauschprozesse, des Welthandels, zu illustrieren: Im Jahre 1967 betrug das Weltbruttosozialprodukt (in lfd. Preisen) circa 2500 Mrd. Dollar; der Weltexport (in lfd. Preisen) circa 178 Mrd. Dollar oder 7,1 % des Welt-BPS; die Militärausgaben der Welt beliefen sich gleichzeitig auf 182 Mrd. Dollar, was circa 7,3 % des Welt-BSP entspricht. Bei diesen Daten muß man bedenken, daß etwa 55 % des Weltexports von hochindustrialisierten Nationen in hochindustrialisierte läuft; die beiden Machtblöcke bestreiten ihrerseits allein 90 % der Rüstungsausgaben. Diese Daten allein schon deuten darauf hin, wie sehr das Transaktionsmodell internationaler Beziehungen mit einem Schichtungsmodell gekoppelt werden muß, wenn es wesentliche Charakteristika internationaler Politik erfassen soll.

übergängen von Staaten ohne weiteres immer messen ließen⁷⁾. Auch solche psychologischen Prozesse sind prinzipiell meßbar, obgleich es bis heute kein UNO International Image Yearbook gibt, so wie es beispielsweise ein UNO International Trade Statistics Jahrbuch gibt. Doch die Frage, ob es sich bei diesen psychologischen Prozessen um Transaktionen im strengen Sinne handelt und ob sie nicht ‚Beziehungen‘ eigener Art darstellen, ist schwieriger zu beantworten. Auch ihr Ursprungsland läßt sich bezeichnen; doch ist ihre Transaktion in einen zweiten oder n-ten Staat weniger leicht faßbar und ihre Ankunft in einer Bezugsgruppe jenseits der Grenzen oft noch schwieriger greifbar, wenn auch — wie erwähnt — diese Prozesse einer detaillierten Analyse durchaus zugänglich sind⁸⁾. Wie immer man sie analysiert, so sind doch psychologische Prozesse in den internationalen Beziehungen nicht mit den realen Austauschprozessen auf eine Stufe zu stellen.

3. Wir sollten uns bei der Analyse von internationalen Beziehungen immer die Frage nach der Symmetrie oder Asymmetrie von solchen Beziehungen stellen. Die meisten Theorien und Theoreme über internationale Beziehungen haben in den vergangenen Jahrzehnten diese grundlegende Differenzierung kaum berücksichtigt. Unsere analytischen Konzeptionen enthalten, meist implizit, die Annahme der Symmetrie von wechselseitigen Beziehungen (eine Neigung, die wahrscheinlich ein Über-

⁷⁾ Zur Analyse psychologischer Prozesse siehe vor allem J. K. Zawodny (Hrsg.), *Man and International Relations*, San Francisco 1966, 2 Bde.; Herbert Kelman (Hrsg.), *International Behavior*, New York 1965; Jerome Frank, *Muß Krieg sein?*, Darmstadt 1969; Ross Stagner, *Psychological Aspects of International Conflicts*, Belmont (Kal.) 1967.

⁸⁾ Klaus Faupel hat inzwischen diese Eigentümlichkeit, dem später noch zu diskutierenden Autismus-Theorem nicht unähnlich, durch die paradoxen Begriffe „einsinnige Zweierbeziehungen“ und „zweisinnige Zweierbeziehungen“ treffend charakterisiert. Siehe Faupel, *Internationale Politik und Außenpolitik*, in Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), Anm. 4, S. 23—47, bes. S. 28—35 und die dort in Fülle genannte, einschlägige Literatur. Wenn ich ihn recht verstehe, charakterisiert er alle Beziehungen, die eine unmittelbare Abfolge von Handlung und Antwort darstellen als „zweisinnig“ (was also beispielsweise für Verhandlungen zwischen zwei Staaten gilt), während — wie er zu Recht betont — die meisten Perzeptionen in den Beziehungen zwischen Staaten weder in irgendeiner Weise symmetrisch sein müssen, noch einer Abfolge gleichen, sondern durch die in detaillierter Analyse des jeweiligen einzelnen Akteurs erfassbaren Determinanten bestimmt werden. Diese Art von Beziehungen nun wird als „einsinnige Zweierbeziehung“ bezeichnet.

bleibsel des Völkerrechts in der allgemeinen Analyse internationaler Beziehungen ist). Die politische, militärische, ökonomische und wissenschaftlich-technologische Diskrepanz zwischen den Nationen ist aber heute so groß, daß wir ohne die bewußte und ausdrückliche Berücksichtigung symmetrischer und/oder asymmetrischer Beziehungen zwischen Nationen nicht mehr auskommen⁹⁾, wenn wir nicht ent-

scheidende politische Realitäten in den internationalen Beziehungen verkennen wollen. Wir werden in der Beschäftigung mit internationalen Beziehungen in der Zukunft deutlicher erkennbar machen müssen, wann wir uns mit „topdog-topdog“- , mit „topdog-underdog“- , mit „underdog-topdog“- und schließlich mit „underdog-underdog“-Erscheinungen auseinandersetzen¹⁰⁾.

II. Eine einfache Typologie internationaler Beziehungen

Es ist nun meine These, daß Drohpolitik — wie im übrigen auch andere Formen internationaler Politik — verschiedenartige Entstehungsgründe und besonders Verlaufsformen je nach der Kombination der drei genannten Dimensionen internationaler Beziehungen annimmt. Um diese These zu verdeutlichen, scheint es mir sinnvoll, einige denkbare Kombinationen von realen Austauschprozessen und psychologischen Prozessen (in der Art einer Kreuztabelle) aufzuzeigen. Ich gliedere dabei die realen Austauschbeziehungen in solche, die eine beachtliche Größe annehmen (*hohe*), und jene, die weniger relevant sind (*niedrige*), und schließlich solche, die nur in einem ganz *minimalen* Ausmaße oder gar nicht existieren. Diese Bestimmungen ließen sich in einer empirischen Untersuchung durchaus operationalisieren, beispielsweise indem man einheitliche oder nach der Größe von Nationen differenzierte Schwellenwerte des Anteils des Außenhandels am Bruttosozialprodukt oder der Außeninvestitionen an den gesamten Inneninvestitionen und dgl. festlegen würde¹¹⁾.

⁹⁾ Als einen typologischen Versuch siehe Karl Deutsch, *The Probability of International Law*, in Karl Deutsch und Stanley Hoffmann (Hrsg.), *The Relevance of International Law*, Cambridge 1969, S. 57—83, bes. S. 70.

¹⁰⁾ Zu diesen Begriffen und zur Theorie internationaler Schichtung siehe Johan Galtung, *International Relations and International Conflicts. A Sociological Approach*, in *Transactions of the Sixth World Congress of Sociology*, Bd. 1, Genf 1966, S. 121 bis 161.

¹¹⁾ Ein früher Vorschlag zur Typologisierung der Grade solcher Außenbeziehungen findet sich in Karl Deutsch, *The Propensity to International Transactions*, in Louis Kriesberg (Hrsg.), *Social Processes in International Relations*, New York 1968, S. 246 bis 254 (Tabelle 1). Was den Außenhandel eines Landes wie der BRD angeht, so würden der Einteilung folgende Werte eventuell entsprechen: „hohe“ = 1 % und mehr am eigenen Export (und evt. auch am Import, vor allem bei symmetrischen Beziehungen); „niedrige“ = 0,2 bis 0,99 % am eigenen Export; „minimale“ bis „keine“ = alle Größen unter 0,2 %.

Gleichermaßen sollen die psychologischen Prozesse in drei Intensitätsgrade (die manchmal mit Häufigkeitsgraden übereinstimmen können) unterteilt werden: in *intensive*, *schwache* und *keine* Feindbilder und dazu parallel in *keine*, *ambivalente* und *schwache* Freundbil-

INHALT

- I. Drei Grundfragen für die Untersuchung internationaler Politik
- II. Eine einfache Typologie internationaler Beziehungen
- III. Elemente einer Analyse von Abschreckungspolitik
- IV. Autismus und gesellschaftliche Wirklichkeit
- V. Abschreckungspolitik und autistische Feindschaft
- VI. Autismus, Realitätsprüfung und internationale Beziehungen
- VII. Aggressivität und Realitätsverlust
- VIII. Entscheidungsprozesse in Drohpolitik und Eskalation
- IX. Der Übergang von dissoziativer zu assoziativer Friedenspolitik
- X. Instrumentelle Drohpolitik in kooperativen Systemen
- XI. Chronische und instrumentelle Drohpolitik
- XII. Vier Empfehlungen für eine Übergangsstrategie

der. Die Bezeichnung des Intensitätsgrades der Freundbilder entspricht nicht — jeweils im umgekehrten Sinne — präzise derjenigen der Feindbilder, da es in der internationalen Politik zwar intensive Feindbilder gibt, jedoch kaum vergleichbar intensive Bilder der Zusammengehörigkeit und Loyalität. Die Loyali-

Tafel 1: Typen internationaler Beziehungen

REALE BEZIEHUNGEN
(Ausmaß von Transaktionsströmen)

		hohe	niedrige	minimale — keine
INTENSITÄT VON PSYCHOLOGISCHEN PROZESSEN		keine	inten- sive	Konflikt- trächtige Verflechtung
		ambi- valente	schwache	"Friedliche" Koexistenz
		schwache	keine	Kooperation
				Abschreckung
				"Aufmerksame" Indifferenz
				("Leerpaare" der internationalen Beziehungen)

Feindbilder
Freundbilder

Anmerkung:

Der Tafel liegt die Annahme *symmetrischer*
Beziehungen zwischen Staaten zugrunde

tät zwischen Nationen scheint, bestenfalls, eher korrekt als besonders innig zu sein¹²⁾.

Wenn wir nun den besonderen Fall von einigermaßen gleichgewichtigen und symmetrischen Beziehungen unterstellen, so erhalten wir aus der Kombination der in drei Stufen geteilten realen und psychologischen Beziehungen formal neun, in Wirklichkeit acht Typen von internationalen Beziehungen, die sich nach dem Mischungsverhältnis von realen und psychologischen Komponenten unterscheiden. Tafel 1 verdeutlicht die neun bzw. acht kombinatorischen Möglichkeiten. Würden wir die realen Austauschbeziehungen in symmetrische und asymmetrische unterteilen, so würden sich schon insgesamt 18 denkbare Typen ergeben; sollten wir auch die Feind- und Freundbilder

in symmetrische und asymmetrische unterteilen, so hätten wir schon eine — ganz und gar nicht unrealistische Zahl von 36 Typen internationaler Beziehungen erreicht. Eine solche Aufgliederung wäre jedoch für die nachfolgende Analyse wenig fruchtbar.

Wenn man Tafel 1 unter dem Aspekt von Drohpolitik betrachtet, so zeigen sich zwei Extremtypen¹³⁾. Der eine Typ internationaler Beziehungen *Kooperation* enthält nur wenige Elemente von Drohpolitik (als Beispiel können

¹³⁾ Vgl. zu meiner Tabelle auch Abbildung 1 in Karl Deutsch, *Macht und Kommunikation in der internationalen Gesellschaft*, in Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln 1969, S. 471—483, bes. S. 473. Ich habe diese Abbildung für den vorliegenden Artikel nicht übernommen, da in ihr der „Abschreckungstyp“ internationaler Beziehungen gar nicht auftaucht.

¹²⁾ Zur Literatur siehe die reichlichen Angaben bei Faupel, a. a. O., (Anm. 8), S. 42—43.

die Beziehungen zwischen den nordischen Staaten gelten), während der zweite Extremtyp *Abschreckung* Drohpolitik in einem übersteigerten Sinne repräsentiert (wie die Abschreckungskonstellation zwischen den USA und der Sowjetunion illustrieren mag). Die verbleibenden sechs Typen (*Routine*, *Indifferenz*, zwei Typen von *Koexistenz*, *Kompetition* und *konfliktträchtige Verflechtung*) enthalten je nach dem Mischungsverhältnis von realen Austauschbeziehungen und der Intensität von Feind- bzw. Freundbildern verschiedene Intensitätsgrade von Drohpolitik. Die verbleibende Größe „*Leerpaare der internationalen Politik*“ repräsentiert zwar gerade keine Beziehungen, doch verkörpert sie einen guten Teil dessen, was das System internationaler Beziehungen ausmacht. Das mag paradox erscheinen, doch ist darin ein wichtiges Merkmal dieses Systems zu sehen ¹⁴⁾.

Wenn man nun die verschiedenartigen Entstehungsgründe, Verlaufs- und Ausdrucksformen von Drohpolitik untersuchen möchte, vor allem den Stellenwert, den Drohpolitik in den einzelnen Typen von internationalen Beziehungen einnimmt, so erweist sich die Analyse einer der Extremsituationen, nämlich der Abschreckungskonstellation, als besonders aufschlußreich. Denn aus ihrer Analyse lassen sich nicht nur — wie ich zeigen möchte — Er-

¹⁴⁾ Um einen Einblick in die Ausmaße der „Leerräume“ zu geben, seien hier folgende Daten exemplarisch angeführt: In einer ‚Weltmatrize‘ der Exportbeziehungen von 106 Staaten miteinander, was also $n(n-1) = 11\,130$ Beziehungsmöglichkeiten schafft, waren im Jahre 1964 nur 4 232 besetzt. (Für frühere Jahre sind die Daten 1890: 504; 1913: 954; 1928: 2347; 1935: 2082; 1938: 2635; 1954: 4243; 1964: 4232; selbst bei unvollständiger Berichterstattung oder Erfassung der Daten sowie der Berücksichtigung der wachsenden Zahl von Staaten dürfte die Größenordnung der bestehenden zu den nicht bestehenden Beziehungen nicht wesentlich von den hier gegebenen Daten verschieden sein). Für eine genauere Diskussion siehe Karl Deutsch, Richard Chadwick und Dieter Senghaas, *Regionalism, Trade and International Community* (im Entstehen).

Über den „rhetorischen“ Charakter internationaler Politik siehe jetzt Charles McClelland und Gary Hoggard, *Conflict Patterns in the Interactions among Nations*, in: Rosenau (Hrsg.), a. a. O., Anm. 3, S. 711—724. McClellands Daten aus dem Jahre 1966 deuten darauf hin, daß — wenigstens, was die Berichterstattung über internationale Politik angeht —, das Verhältnis rhetorischer Interaktion zu tatsächlicher Interaktion (Konflikt und/oder Kooperation) sich wie 66:33 verhält. Obgleich die Größen schwer zu vergleichen sind, gibt diese Verhältniszahl doch einen Einblick in Eigenart der internationalen Politik und der von ihr geförderten Neigung zur Selbstdarstellung.

kenntnisse über Abschreckungspolitik im engeren Sinne gewinnen, sondern auch Einblicke in spezifische Merkmale der internationalen Politik überhaupt. Während das Abschreckungssystem, wie es heute zwischen den beiden Großmächten sowohl aus ideologischen als auch aus waffentechnologischen Gründen eine — fast könnte man sagen — idealtypische Grenzkonstellation darstellt, so kann uns doch gerade die Analyse einer solchen, in vieler Hinsicht extrem auf Drohpolitik und Konflikt angelegten Beziehungsstruktur über weniger extreme Konstellationen, in denen also das Mischungsverhältnis von Konflikt und Kooperation ausgewogener ist, wichtige Informationen und Einsichten vermitteln. In diesem Sinne hat eine solche Analyse einen allgemeinen heuristischen Wert.

Im übrigen kommt der Analyse der gegenwärtigen Abschreckungspolitik eine bleibende Bedeutung zu, solange eine solche Politik mit hoher politischer Priorität von beiden Großmächten und ihren Verbündeten — bei aller Auflockerung der Bipolarität — weiterhin verfolgt wird. Dabei wäre folgendes zu bedenken: Beschäftigen wir uns heute mit Abschreckungspolitik, dann nicht zuallererst, um einzelne tagespolitische Aspekte dieser Politik noch einmal zu diskutieren, sondern um langfristig wirksame Kräfte zu erfassen, die, je länger Abschreckungspolitik verfolgt wird, um so mehr die oft wechselvollen tagespolitischen Ereignisse mitprägen. Wir fragen uns also heute eher nach den *allgemeinen Merkmalen* dieser Politik und ihren *Folgeerscheinungen*, um ein realistisches Bild über sie zu erhalten, als daß wir uns mit den Details ihrer Modalitäten beschäftigen. In einer umfassenderen Analyse müßten natürlich beide Arten der Analyse: jene, die sich mit einigermaßen dauerhaften Merkmalen und Ausprägungen dieser Politik auseinandersetzt, und jene, die sich mit der oft wechselvollen Ausübung von Abschreckungspolitik beschäftigt, zusammenfallen.

In der nachfolgenden Diskussion möchte ich überdies auf eine zentrale kritische Größe internationaler Politik aufmerksam machen: die Probleme der *Realitätsprüfung* in internationalen Beziehungen, die bisher wenig systematisch analysiert worden sind. Die Ausmaße und Formen von Realitätsprüfung in der internationalen Politik variieren nicht nur hinsichtlich der in Tafel 1 dargestellten Typen internationaler Beziehungen (d. h. also je nach dem Mischungsverhältnis von realen Transaktionen und psychologischen Komponenten); sie

stellen auch einen analytischen Schlüssel zum Verständnis von Drohpolitik in ihren extremen wie auch gemäßigten Ausdrucksformen dar.

Doch beginnen wir mit der Diskussion einiger Elemente einer Analyse von Abschreckungspolitik und von extremer Drohpolitik im allgemeinen ¹⁵⁾.

III. Elemente einer Analyse von Abschreckungspolitik

1. Das erste Merkmal, mit dem sich Abschreckungspolitik charakterisieren läßt und das ihre gesamte Programmatik heute durchzieht, besteht in dem grundlegenden Paradoxon, daß mit Abschreckungspolitik offene Gewaltanwendung und Kriege gerade durch die laufende Vervollkommnung der Kriegsmittel verhindert werden sollen. Es ist eine Politik, die ständig mit dem Ernstfall — dem Ausbruch von kriegerischen Konflikten — rechnet und in der die Vorbereitungen auf den Krieg zu einem Dauerzustand werden. Der Krieg überschattet in dieser Politik alles gesellschaftliche Leben, weil ja gerade seine politisch-propagandistische Vorwegnahme und die für die Glaubwürdigkeit von Abschreckungspolitik erforderlichen organisatorischen und psychischen Konsequenzen aus einer solchen Antizipation als Bedingung seiner Eindämmung begriffen werden ¹⁶⁾. Der Versuch, mit Abschreckungspolitik den Krieg zu verhindern, führt nicht nur möglicherweise, oder mit hoher Wahrscheinlichkeit, sondern notwendigerweise zu dessen umfassender Vorbereitung ¹⁷⁾. Die seit spätestens dem Ersten Weltkrieg problematische Trennung von Krieg und Frieden wird mit der Entwicklung von Abschreckungspolitik vollends hinfällig, da angespannte Kriegsvorbe-

reitung als Grundlage der Effizienz dieser Politik erscheint. Wird Friedenspolitik unter den Prämissen angestrebter Kriegspolitik betrieben, so ist die Herausbildung von starren Feindschaftskonstellationen kaum vermeidbar. Doch deutlicher wird dies noch in den folgenden Merkmalen von Abschreckungspolitik:

2. *Glaubwürdige* Abschreckungspolitik ist nur praktikabel im Rahmen eines einigermaßen umfassenden Gewaltspektrums, das heißt auf der Grundlage von nach Intensitätsgraden abgestuften und differenzierten Gewaltapparaten. Die Geschichte der Abschreckungspolitik ist begleitet von dem ständigen Hinweis auf mögliche katastrophale Lücken in den Abschreckungsdoktrinen und Abschreckungsapparaten, die, sollten sie bestehen bleiben, der potentielle Gegner für sich ausbeuten könne, wenn er nur wolle. Diese Doktrin zukünftiger katastrophaler Lücken beruht auf der ständig wiederholten Unterstellung der schlechtesten aller möglichen Absichten beim Gegner und gleichzeitig seiner besten Fähigkeiten in der Entwicklung von neuen militärischen Strategien und Waffentechnologien. Für die Abschreckungspolitik, wie sie sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, sind die beispiellosen Differenzierungen in den politischen und kriegerischen Konflikterwartungen nicht zufällig.

Der Zwang zur Suche nach immer neuen möglichen Lücken in den eigenen Apparaten, nach immer neuen möglichen Entwicklungen auf der Gegenseite, nach möglichen Gefahren in zehn und zwanzig Jahren kann nicht nur durch die tatsächlich fortschreitenden technologischen Entwicklungen der subkonventionellen, der konventionellen und der nuklearstrategi-

¹⁵⁾ Ich werde auch im folgenden nur neuere, wichtige Literatur anführen. Bibliographische Hinweise finden sich in Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden*, a. a. O., Anm. 1, S. 295—316; sowie in Dieter Senghaas (Hrsg.), *Die Pathologie des Rüstungswettlaufes. Beiträge der internationalen Friedensforschung*, Freiburg 1970. Immer noch wichtig ist John Raser, *Deterrence Research*, in *Journal of Peace Research*, Bd. 3, 1966, S. 297—327; Philip Green, *Deadly Logic. The Theory of Nuclear Deterrence*, Columbus 1966.

¹⁶⁾ Wie sehr nicht nur manifeste, sondern auch latente Gewalt zum Kern einer Friedensforschung gehört, hat Johan Galtung jüngst überzeugend dargelegt in: *Violence, Peace and Peace Research*, in *Journal of Peace Research*, Bd. 6, 1969, S. 167—191. Siehe auch verschiedene Beiträge in Ekkehart Krippendorff (Hrsg.): *Friedensforschung*, Köln 1968 und in Dieter Senghaas (Hrsg.): *Friedensforschung und Gesellschaftskritik*, München 1970.

¹⁷⁾ Über die Ausmaße dieser Vorbereitungen gibt jetzt Auskunft das vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI herausgegebene Year-

book of World Armaments and Disarmament 1968/69, Stockholm 1969. Zur theoretischen Relevanz von Rüstungsdaten siehe auch Alan Newcomb, *Initiatives and Response in Foreign Policy*, in *Peace Research Reviews*, Bd. 3, 1969, Heft 3, vor allem S. 74/75 und 78. Dort heißt es: „In a world in which the intent is usually assumed to be hostile, unless proven otherwise over a period of years, one should be able to measure Threat Perception by measuring Capability.“

schen Waffenarsenale und Waffensysteme erklärt werden¹⁸⁾, auch nicht allein durch den technologischen Zwang zur frühzeitigen und vorbeugenden Planung für denkbare Ernstfälle¹⁹⁾, sondern zu einem guten Teil nur durch die Art und Weise, in der Abschreckungspolitik als eine politische Handlungsorientierung selbst wirksam werden kann. Denn eine Abschreckungspolitik, würde sie sich nur auf einen Ausschnitt des politisch denkbaren und technisch möglichen Konfliktspektrums konzentrieren — also beispielsweise nur auf konventionelle Waffenpotentiale und nicht auf taktische oder strategische Waffensysteme und nicht auf nukleare —, würde leicht *nach ihren eigenen Prämissen* unglaubwürdig werden²⁰⁾. Noch im August 1969 rechtfertigte der amerikanische Verteidigungsminister Laird beispielsweise die amerikanische Produktion von chemischen und bakteriologischen Waffen eben mit Gründen angemessener Abschreckung²¹⁾.

Der Grund hierfür ist einfach. Würde in einem nur teilweisen Abschreckungssystem der Gegner die ausgesparten Konfliktstufen — also beispielsweise auf der Ebene konventioneller Kriegsführung — nicht für sich ausbeuten, würde der Gegner sich in jenen Bereichen friedfertig zeigen, in denen er nicht mit Waffenapparaten abgeschreckt wird, so würde die Glaubwürdigkeit der Abschreckungspolitik, die von der Existenz eines immer potentiell aggressiven Gegners abhängt, untergraben. Das heißt, auf der Entwicklungshöhe der heute bestehenden und denkbaren Waffenpotentiale erscheint Abschreckungspolitik nur als glaubwürdig, wenn sie in einem breiten Spektrum angedrohter Vergeltung betrieben wird. Ein teilweises Abschreckungssystem, das sich konzentriert auf die Abschreckung eines einzigen Konflikttyps beschränkte, könnte leicht dazu beitragen, die Legitimation oder auch nur die Plausibilität von Abschreckungspolitik insgesamt zu untergraben. Ein leidlich umfassendes Abschreckungssystem garantiert demgegenüber, daß der Gegner immer in der Rolle des potentiellen Aggressors fixiert bleibt. In

einem wechselseitig umfassenden Abschreckungssystem wie dem zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten erscheint gewissermaßen symmetrisch der eine dem andern ständig als *möglicher Aggressor*.

Den besten Ausdruck findet diese Situation in der Doktrin der Eskalation, in der in einer Version 44 Intensitätsstufen internationaler Konflikte unterschieden wurden, inklusive 20 Typen von Nuklearkriegen²²⁾. Diese Eskalationsleiter reicht von diplomatischen Aktionen im herkömmlichen Stil über subversive oder propagandistische Manöver, den verschiedenen Formen konventioneller und taktisch-nuklearer Kriege bis zu den heute für möglich und denkbar gehaltenen vielfältigen Spielarten thermonuklearer-strategischer sowie chemischer und biologischer Kriegsführung. Obgleich diese Vielfalt von Kriegstypen und die ihnen zugeordneten, in ihrer Zerstörungskapazität auf allen Ebenen ungeheuerlichen Waffenapparate „nur“ zur Abschreckung des potentiellen Gegners dienen sollen, darf doch nicht übersehen werden, daß die strategische Diskussion der vergangenen 20 Jahre dazu geführt hat — wie einer ihrer prominentesten Vertreter, Herman Kahn, formulierte —, wieder über das Undenkbare denken zu lernen, das heißt nicht nur konventionelle Kriege als immer noch sinnvoll und praktikabel zu propagieren, sondern auch eine Reihe von Typen nuklearer Kriege als nicht nur denkbare und mögliche, sondern *gegebenenfalls* sinnvolle politische Gewalthandlungen zu begreifen²³⁾.

Was also vor zwanzig Jahren, angesichts des ersten gezielten punktuellen Einsatzes nuklearer Waffen, für die zukünftige politische Praxis für undenkbar galt: die Definition dieser neuen Waffen als Instrumente der Politik, ist heute dem Bereich des Undenkbaren entrissen. Das Bild des zivilisationsvernichtenden Nuklearkrieges gilt heute in der strategischen Diskussion als veraltet. Nukleare Kriege wie konventionelle erscheinen als auffächerbar

²²⁾ Siehe Herman Kahn, *Eskalation*, Berlin 1966.

²³⁾ So abwegig eine solche Charakterisierung der Abschreckungspolitik im Zeichen der „Entspannung“ zu sein scheint, so treffend bleibt sie: man darf nur einen Blick in die Rüstungsliteratur der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rüstungslobbyisten Amerikas werfen, um die Ausmaße von Kontinuität zu begreifen. Zu tief sind hier die Lehren der fünfziger Jahre aus der Feder prominenter ziviler Strategen verstanden worden! Zur pragmatischen Kritik dieser Lehren siehe Hans Morgenthau, *Vier Paradoxien der Nuklearstrategie*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15.

¹⁸⁾ Vgl. u. a. Nigel Calder, *Eskalation der neuen Waffen. Friede oder Untergang*, München 1969.

¹⁹⁾ Das heißt aus lead-time Erfordernissen.

²⁰⁾ Von bleibender Bedeutung sind hier die Arbeiten von Charles Osgood, *An Alternative to War or Surrender*, Urbana 1962 und Erich Fromm, *May Man Prevail?*, New York 1961.

²¹⁾ Im Herbst 1969 hat dann die amerikanische Administration diese Position zum Teil wieder aufgegeben.

und als mögliche Mittel der Politik. Nach Herman Kahns abwegigen Vorstellungen werden bei entsprechenden Vorbereitungen die Überlebenden eines solchen Krieges die Toten nicht beneiden!

Nun mag es sein, daß man solche Überlegungen wie die Kahns und anderer Strategen weniger ernst nehmen und vielleicht als Hirngespinnste übersehen sollte, vor allem, wenn man den beschränkten Realismus eines solchen Denkens und Planens berücksichtigt. Doch es bleibt eine nicht weg zu diskutierende Tatsache, daß auf der Grundlage dieser und ähnlicher — innenpolitisch wirksamer — Überlegungen die Militärplanung der fünfziger und sechziger Jahre beruhte, und im Augenblick hat es nicht den Anschein, daß solche phantastischen Prämissen etwa einer kritischen Überprüfung unterzogen würden; schon gar nicht steht ihre Revision in Aussicht.

3. Eng verklammert ist mit den schon erwähnten Merkmalen die der Abschreckungspolitik eigentümliche Tendenz, mehr Konfliktmöglichkeiten wahrzunehmen als wahrscheinlich sind (overperception), übermäßig auf diese Wahrnehmung in den eigenen Vorbereitungen auf mögliche Kriegsfälle zu reagieren (overreaction) und immer konservativ für den schlimmsten Fall zu planen (overdesign). Die politische Denk- und Handlungsstruktur ist so einfach wie folgeschwer: In der politischen Analyse und in der Praxis erscheint der Gegner nicht nur mit technisch fortgeschrittenen Waffensystemen ausgestattet; man unterstellt ihm überdies den Willen und die Absicht, Risiken einzugehen, die man selbst — würden sie von der eigenen politischen Führung verfolgt — für wahnsinnig halten würde. Man neigt von einer solchen Prämisse her dazu, nicht auf Tatsachen zu reagieren, sondern auf Eindrücke und Meinungen, die dann alsbald in einer Weise die Wirklichkeit gestalten, so als ob die „Reaktion“ anfänglich auf reale und nicht nur auf vorgestellte Tatsachen sich bezogen hätte. Dieser folgeschwere Mechanismus ist in seiner ganzen Tragweite beispielsweise von McNamara am Ende seiner Amtszeit eingestanden worden, und inzwischen haben viele Analysen, die im Zusammenhang der ABM- und MIRV-Diskussion entstanden sind, auf ihn wieder und wieder aufmerksam gemacht²⁴⁾.

²⁴⁾ Siehe hierzu vor allem George Rathjens, Die Zukunft des strategischen Rüstungswettlaufes. Optionen für die siebziger Jahre, in Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15; sowie George Rathjens und G. B. Kistiakowsky, The Limitation of Strategic Arms, in Scientific American, Bd. 222,

4. Die Abschreckungspolitik ist in diesem Sinne eine Politik umfassender präventiver Notstandsmaßnahmen für denkbare und mögliche internationale Konflikte. Sie lebt in der Erwartung der schlimmsten aller Möglichkeiten. Dabei überlebt sie nur durch eine laufend neu zu schaffende Legitimierung. Ihre sozialpsychologische Rechtfertigung gewinnt sie durch die Propagierung von teilweise intensiven Feindbildern, die ihrerseits wiederum, direkt oder indirekt, das Spektrum möglicher Konflikterwartungen bestimmen. Der „Anti-imperialismus“ in der Sowjetunion und der mehr oder weniger latente oder manifeste „Antikommunismus“ im Westen haben hier spiegelbildliche Funktionen. Auf der Basis von Feindbildern, die in ihren Intensitätsgraden durchaus wellenförmig variabel sein können (wenn Perioden intensiver Feindbilder abgelöst werden von Perioden entspannter Feindbilder), läßt sich jegliche Verteidigungsmaßnahme potentiell rechtfertigen²⁵⁾. Darüber hinaus erzwingt die Existenz ungeheurerlicher Zerstörungspotentiale zumindest punktuell äußerst intensive Feindbilder. Denn soll die eigene Androhung solcher ungeheurerlichen Gewalt nicht unmenschlich und amoralisch sein, muß der Gegner — wenn nötig — wie ein Krimineller erscheinen. Totale Zerstörungspotentiale erfordern tendenziell den totalen Feind, sollen sie nicht total unmenschlich sein. Es ist eine wenig artikulierte, doch insgeheim äußerst wirksame Dialektik, die hier zum Tragen kommt, und die Verteidiger von Abschreckungspolitik neigen dazu, immer dann furchterregende Feindbilder neu zu propagieren, sobald die Rationalität ihrer Politik in Frage gestellt wird oder eine neue mögliche Stufe des Rüstungswettlaufes abzusehen ist.

Nr. 1, 1970, S. 19—29; George Rathjens, The Dynamics of the Arms Race, in Scientific American, Bd. 220, Nr. 4, 1969, S. 15—25; Abram Chayes und Jerome Wiesner (Hrsg.), ABM, New York 1969, sowie auch Pierre Gallois, De la dissuasion naturelle à l'insécurité artificielle, in Politique étrangère, Bd. 34, 1969, S. 548—79; Alain Joxe, Fin de la prépondérance stratégique américaine, in Politique étrangère, Bd. 34, 1969, Teil I: S. 451—470, Teil II: S. 581—614.

Unkritisch erscheint das Problem diskutiert in Brent Scowcroft, Deterrence and Strategic Superiority, in Orbis, Bd. 13, 1969, S. 435—454.

²⁵⁾ Siehe hierzu Milton Rosenberg, Attitüdenveränderung und Außenpolitik in der Ära des Kalten Krieges, in Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15, sowie die wichtigen Studien von David Finlay, Ole Holsti und Richard Fagan, Enemies in Politics, Chicago 1967. Siehe jetzt auch die Studie von Michael Parenti, The Anticommunist Impulse, New York 1969.

5. Früh in der Geschichte der Abschreckungspolitik haben politische Analytiker die Bedeutsamkeit der psychologischen und moralischen Unterstützung dieser Politik durch weite Teile der Bevölkerung erkannt. Es wurde sehr schnell klar, daß die Wirksamkeit von Abschreckung weniger in den technischen Apparaten als in der Bereitschaft, gegebenenfalls die äußersten Mittel einzusetzen, besteht. Da Abschreckungspolitik eine *Psychostrategie* ist, sind Waffensysteme ohne den deklarierten Willen zu ihrem eventuellen Einsatz unglaubwürdig. Diese Hintergrundbedingung glaubwürdiger Abschreckungspolitik erzwingt nun aber tendenziell die psychologische Militarisierung der Abschreckungsgesellschaften²⁶⁾.

Abschreckungspolitik erscheint auf dieser Grundlage als eine seltsame Mobilisierung und gleichzeitige Eindämmung gesellschaftlicher Aggressivität, als eine Symbiose von Angst und Gewalt. Die durch sie produzierte Angst und Gewaltbereitschaft ist nicht ein ärgerliches Nebenprodukt, sondern hat im Rahmen dieser Politik funktionalen Wert. Ohne die Mobilisierung von Angst, Furcht, Gewaltbereitschaft und Aggressivität würde Abschreckungspolitik leicht ihre Plausibilität verlieren. Indem Abschreckungspolitik in der Tendenz einsatzfähige und einsatzbereite Gesellschaften erfordert, gleicht sie jedoch in ihrer Konsequenz einer *Erziehung zum Unfrieden*. Die Folgen für die Entwicklung von rigiden Feindschaftsstrukturen liegen bei diesem Merkmal auf der Hand.

6. Doch nicht nur diese Folgeerscheinung gehört zu den großen Fragwürdigkeiten dieser Politik. Die ihr eigentümlichen Schwächen bilden zum Teil auch die Grundlage für ihre laufende Fortentwicklung; sie lassen sich von einer anderen Beobachtung her erläutern. Abschreckungspolitik soll die militärische Umwelt stabilisieren, das heißt, den Ausbruch von tatsächlichen Gewalthandlungen verhindern helfen. Sie soll darüber hinaus stabilisierende Rückwirkungen auf das politische Verhalten ihrer Verfechter und Gegner haben²⁷⁾.

Nun ist Abschreckungspolitik Drohpolitik. Mit Drohpolitik ist aber niemals langfristig Stabi-

lität zu erreichen. Jede konsequent verfolgte Drohpolitik hat Stabilität untergrabende Wirkungen auf jeder einmal erreichten Ebene wechselseitiger Abschreckung, da die jeder Abschreckungspolitik zugrunde liegenden Feindbilder und die sie charakterisierenden Motivationen wie Furcht, Mißtrauen, Feindschaft sowie mobilisierte und gleichzeitig eingedämmte Aggressivität jede erreichte Entwicklungshöhe von Waffensystemen immer schon als veraltet erscheinen lassen und überdies einer an möglichen Konflikterwartungen orientierten Politik Weiterentwicklung und anhaltendes Wachstum garantieren. Darüber hinaus ist Drohpolitik elementaren psychologischen Gesetzen unterworfen. Sie verliert, wie jede Drohung, an Glaubwürdigkeit, wenn nicht gelegentlich angedrohtes Verhalten auch praktiziert wird, um Drohpolitik als solche wieder zu bestätigen. Man muß, wenn man Abschreckungspolitik analysiert, in diesem Zusammenhang auch die Krisen- und Kriegsaktivitäten der Großmächte in der Dritten Welt sehen. Die in der Nordhälfte der Erde im Rahmen des Abschreckungssystems nur latent pulsierende Gewalt zeigt offen ihre Brutalität in der Beziehung der Großmächte, vor allem auch Amerikas, zur Dritten Welt²⁸⁾. Der Vietnam-Krieg, so irrsinnig und mörderisch er ist, stellt nur ein Beispiel von vielen Möglichkeiten offener interventionistischer Politik dar, die ihrerseits auf das Wachstum von Abschreckungspolitik positiv und verstärkend zurückwirkt und, obgleich in einem anderen Bezugsrahmen sich abspielend, zur Rationalisierung von Abschreckungspolitik beiträgt.

Verstärkend wirkt auf diese Eigendynamik von Drohpolitik auch die ununterbrochene, systematisch geplante und organisierte Innovation von Militärtechnologie, die gerade auch unter entspannten politischen Bedingungen einmal erreichte „Stabilitätsniveaus“ in Frage zu stellen tendiert²⁹⁾.

²⁸⁾ Vgl. u. a. Richard Barnet, *Intervention and Revolutions. America's Confrontation with Insurgent Movements around the World*, New York 1968 sowie Gabriel Kolko, *The Roots of American Foreign Policy*, Boston 1969. Siehe jetzt auch Ekkehart Krippendorff, *Die amerikanische Strategie*, Frankfurt 1970.

²⁹⁾ Vgl. Jerome Wiesner und Herbert York, *Keine Verteidigung möglich*, in Krippendorff (Hrsg.), a. a. O., Anm. 16, S. 199—216 sowie Herbert York, *Military Technology and National Security*, in *Scientific American*, Bd. 221, Nr. 2, 1969, S. 17—29. Yorks Artikel gehört zum Besten, was zu diesem Thema geschrieben worden ist.

²⁶⁾ Wie konterproduktiv eine solche Militarisierung werden kann, das zeigt die wachsende kritische Rüstungsdiskussion in den USA seit Frühjahr 1969. Siehe hierzu meine Einleitung zu dem in Anm. 15 erwähnten Buch „Die Pathologie des Rüstungswettlaufes“.

²⁷⁾ Dies war eine der prominenten strategischen Thesen der frühen sechziger Jahre.

7. Die Tragweite von Abschreckungspolitik läßt sich erkennen, wenn man bedenkt, wie wenig in dieser Politik Zweck und Mittel unterschieden werden können. Dies hängt damit zusammen, daß Abschreckungspolitik eine spezifische stereotype politische Intelligenz fördert, die die Wirklichkeit unter Drohperspektiven erfaßt und auf die laufende Neustrukturierung dieser Wirklichkeit im Sinne der Drohpolitik einwirkt. Die politische Definition der Realität ist in dieser Politik verklammert mit Mitteln und Strategien, die die Bestimmung dessen, was wirklich ist, gleichermaßen produzieren, wie sie diese widerspiegeln.

In diesen zirkulären Rückkoppelungsprozessen zwischen sich wechselseitig unterstützenden stereotypen Wahrnehmungen und einer politischen Praxis, die im wesentlichen sich immer nur selbst bestätigt (da eine negative Politik wie Abschreckungspolitik eine unzweideutige Erfolgskontrolle nicht erlaubt), ist der Kern einer enormen, die Abschreckungspolitik kennzeichnenden Lernpathologie³⁰⁾ zu suchen. Nun ist ein *lernoffener Realitätsbezug* und eine echte *praktische Erfolgskontrolle* die Basis jeder rationalen Politik. Das gefährliche an der Abschreckungspolitik ist also darin zu sehen, daß nicht nur die Fähigkeit zu angemessener Realitätsprüfung im Rahmen dieser Politik untergraben wird, und damit politische Selbsttäuschung, Verblendung und Blindheit mit möglicherweise katastrophalen Folgen gefördert wird³¹⁾, sondern daß eine durch fiktive Konflikterwartungen und paranoide Feindbilder gehemmte und eingeschränkte Wirklichkeitserfassung Hand in Hand geht mit riesigen Zerstörungspotentialen und einer im Grunde genommen unkritisch affektorientierten, kollektive psychologische Aggressionsreservoirs manipulierenden politischen Strategie.

Wenn wir eines hinsichtlich des Ausbruchs von tatsächlicher Aggression jedoch wissen, dann dies, daß die Wahrscheinlichkeit von Gewalthandlungen immer dann sich erhöht, wenn eine *reduzierte kritische Realitätsprüfung* aufgestauten Aggressionen blind freien Lauf läßt und eine wachsende Selbstbezogenheit zu einem Verlust von Selbstkontrolle und

zur Mißachtung umfassender Realitätsbezüge führt. Die Geschichte ist voll von Beispielen, in denen politische Eliten und Völker sich geistig und emotional in einem Maße über sich selbst und ihre Umwelt täuschten und, wie Süchtige, Gefangene ihrer selbst wurden, daß nur noch katastrophale Niederlagen einen realitätsangemessenen Bezug zur Wirklichkeit wieder herzustellen vermochten. Ich werde auf diese Probleme später eingehender zurückkommen.

8. Die bisher erwähnten Merkmale der Abschreckungspolitik lassen sich mit dem soziologischen oder psychologischen Begriff des *Autismus* zusammenfassen. Autistisch oder extrem selbstbezogen nennen wir dabei in einem latenten oder manifesten Konfliktfeld, gerade auch in der internationalen Politik ein Kommunikationsmuster, in welchem die Umweltbilder, wie sie im Innensystem eines Akteurs entstehen, die tatsächlichen realitätsadäquaten Informationen aus der Umwelt selbst überwiegen. Je mehr sich, aus welchen Gründen auch immer, diese Selbstbezogenheit weiterentwickelt, um so blinder und tauber wird ein Akteur gegenüber seiner Umwelt. Er begibt sich dabei, je länger um so mehr, in einen Teufelskreis, der eine Selbstkorrektur dieses Handelns und damit eine Korrektur der eigenen frühen Wahrnehmungen der Absichten des sogenannten Gegners immer schwieriger, wenn nicht unwahrscheinlicher macht. Die aus anderen Quellen in einem Akteur aufgestauten Aggressionen, beispielsweise jene, die aus der Art und Weise der Erziehung, der Arbeitsgestaltung und der Familienstruktur sich ergeben, können dann leicht auf den sogenannten Gegner projiziert werden. Der Konflikt in einem autistischen Kommunikationssystem nimmt dann eine Schärfe an, die durch die Absichten und das wirkliche Verhalten der jeweiligen Gegenspieler in der internationalen Politik nicht mehr zu erklären ist. Mit wachsender Selbstbezogenheit werden Konflikte dann nicht nur fiktiver, sondern auch potentiell virulenter, und ihre Dynamik läßt sich immer weniger aus dem interaktiven Zusammenspiel der Gegner verstehen. Sie wird in wachsendem Maße dann nur noch begreifbar aus der im jeweiligen Akteur entwickelten, in autistischer Abgeschlossenheit produzierten, potentiell aggressiven Eigendynamik.

Abschreckungspolitik, wie sie zwischen den beiden Großmächten praktiziert wird, läßt sich heute nur noch als autistisch kennzeichnen.

³⁰⁾ Zum Begriff der Lernpathologie siehe Karl W. Deutsch, *Politische Kybernetik*, Freiburg 1969, passim.

³¹⁾ Über die langfristigen Folgen von Rüstungskosten siehe jetzt Bruce Russett, *Who Pays for Defense?*, in *American Political Science Review*, Bd. 63, 1969, S. 412—426, sowie dessen demnächst erscheinendes Buch „*The Offense of Defense*“.

Die Rüstungskomplexe in Ost und West sind zwar lose aufeinander bezogen, doch ihr wirkliches Wachstum wird heute hier und dort *autonom* in den jeweiligen Abschreckungsgesellschaften bestimmt. Das mag zu Beginn der Geschichte des Kalten Krieges in der Tat anders gewesen sein. Doch heute würden wir die politische Realität verkennen, wenn wir das Abschreckungssystem als ein System mit hoher Interaktionshäufigkeit zwischen der Sowjetunion und den USA interpretieren würden. Was sich heute im Abschreckungssystem bemerkbar macht, könnte man viel eher als *Schumpeter-Effekt* bezeichnen.

Joseph Schumpeter hat in einer berühmten soziologischen Abhandlung 1919 die These vertreten, daß in der Geschichte der Menschheit Neigungen zur *gegenstandslosen* Expansion ohne bestimmte utilitaristische Ziele, daß heißt also nicht-rationale oder rein irrationale Neigungen zu Krieg und Eroberung eine große Rolle spielten³²⁾. Es scheint paradox, so schrieb er, daß zahllose Kriege, vielleicht die Mehrzahl aller Kriege, ohne zureichenden Grund geführt worden sind, nicht so sehr von einem moralischen Gesichtspunkt her gesehen als aus dem Blickwinkel eines überlegten und vernünftigen Selbstinteresses. Seine Erklärung dieser objektlosen Aggressivität suchte er in psychologischen Dispositionen und sozialen Strukturen, die vielleicht auf einer frühen Phase der Geschichte eines Staates einmal nötig waren, um auf eine tatsächlich existierende auswärtige Bedrohung zu antworten; die sich jedoch am Leben erhalten würden, lange nachdem sie ihre objektive Bedeutung und ihre lebensbewahrenden Funktionen verloren hätten.

Das zentrale Argument Schumpeters war eine Theorie sozialen Lernens: um Herausforderung angemessen zu beantworten, entwickeln Nationen und Eliten oft organisationsintensive Strategien, die es ihnen später wiederum schwer machen, sich neuen Aufgaben zuzuwenden. Sie verschreiben sich noch zu einem Zeitpunkt einer Strategie, zu dem diese schon längst gegenstandslos und überholt ist. Ihre riesigen, objektiv funktionslosen Rüstungskomplexe entwickeln dann eine eigene Wachstumsdynamik, deren Richtung und Geschwindigkeit in keinem Zusammenhang mehr steht mit der ursprünglichen, vielleicht realen Bedrohung. Was Schumpeter 1919 beobachtete,

ist gewissermaßen das soziologische Substrat der erwähnten autistischen Selbstbezogenheit von Abschreckungspolitik.

Gerade die jüngste Rüstungsdiskussion über neue Defensiv- und Offensivsysteme in Ost und West hat gezeigt, wie sehr die jeweilige Eigendynamik der Rüstungskomplexe den trotz Koexistenzparolen immer noch äußerst intensiven Rüstungswettkampf bestimmen. Sie haben ein weiteres demonstriert: nämlich in welche Lernpathologie die Abschreckungspolitik sich selbst hineinmanövriert hat. Wir nennen dabei lernpathologisch in diesem Zusammenhang jene politischen Prioritäten, strategischen Orientierungen, institutionellen und organisatorischen Gebilde und Systeme internationaler Beziehungen, die durch weitere Investitionen nicht zur Auflockerung in internationalen Konfliktfronten oder zur Überwindung alter Konflikte führen, sondern zur Verhärtung und Verschärfung überkommener, und die darüber hinaus dazu neigen, neue gefährliche Konflikte in fast systematischer Regelmäßigkeit zu produzieren. Abschreckungspolitik ist in dem Sinne pathologisch, daß — einmal begonnen — sie sich ständig in einem Zirkel sich selbst erweiternder Abschreckungspolitik bewegt.

Ehe ich mich noch einmal ausführlicher mit der für meine Überlegungen zentralen Konzeption des Autismus beschäftige, möchte ich zunächst noch ein weiteres Merkmal von Abschreckungspolitik umreißen:

9. Für das Verständnis der diesseits und jenseits der Fronten autonom sich entwickelnden Trägheitsmomente von Abschreckungspolitik und der Zählebigkeit des „Schumpeter-Effekts“ ist die Verschränkung der Existenz einer Machtelite und einer inkrementalistischen politischen Willensbildung entsprechender, an Abschreckungspolitik beteiligter, Gruppen von zentraler Bedeutung. Diese Verschränkung gilt vor allem für die USA, wo sie sich relativ einfach nachweisen läßt.

Es ist zu vermuten, daß — wenn auch im Detail verschieden — ähnliche Vorgänge in der Sowjetunion sich feststellen lassen; die Forschung darüber ist jedoch äußerst unbefriedigend. Das entscheidende Merkmal der soziologischen Basis von Abschreckungspolitik — und wahrscheinlich jeder ausgedehnten Rüstungspolitik — ist ihr pluralistischer, das heißt auf der Mitwirkung vieler Gruppen beruhender Entscheidungsprozeß, dessen Beteiligte jedoch, trotz aller Gruppenvielfalt, eine

³²⁾ Joseph Schumpeter, Zur Soziologie der Imperialismen, in Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 72—146.

Machtelite bilden³³), deren Kohärenz sich durch den engen inhaltlichen Toleranzspielraum in substantiellen strategischen Grundorientierungen (beispielsweise Abschreckungspolitik vs. Abrüstungspolitik) konstituiert.

Die Zählebigkeit von Abschreckungspolitik erklärt sich eben genau nicht aus einem wie immer gearteten „Verschwörungszusammenhang“, sondern aus dem verflochtenen Zusammenspiel vielfältiger einflußreicher Gruppen in der Politik, Wirtschaft, der Arbeiterbewegung, dem Militär, der Wissenschaft und vor allem auch den Massenmedien. Ja es läßt sich in der Geschichte der Abschreckungspolitik geradezu beobachten, wie aus kompetitiven Auseinandersetzungen über die Modalitäten dieser Politik ihre innenpolitische (soziologische) Basis sich aufgliederte und erweiterte, so daß heute eine größere Zahl von Gruppen und mehr Menschen von einer Veränderung dieser Politik betroffen wären als zu Beginn ihrer Geschichte oder noch vor zehn Jahren, (was übrigens einen einfachen operationalen Test über die Existenz oder Nichtexistenz eines Rüstungskomplexes darstellt.) Wollte man neben dieser allgemeinen soziologischen Basis, die sich allein schon durch die Größe der durch Abschreckungspolitik mobilisierten menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen ergibt, spezifische Interessen umschreiben, die ein ganz besonders partikulares Interesse an

der Perpetuierung von Abschreckungspolitik haben, dann wäre auf das Militär, auf die Rüstungsindustrie und die von ihr abhängigen Menschen in Industrie, Wissenschaft und Massenmedien, auf Teile des politischen Establishments und der Administration hinzuweisen, vor allem jedoch auf den Trend, daß eine Privatwirtschaft heute in den fortgeschrittensten Bereichen der Technologie Forschungs- und Entwicklungskosten nicht mehr aus eigenen Kräften aufbringen kann, diese im Grunde genommen sozialisiert sind, während die Profite weiterhin privatisiert bleiben (was Galbraith konsequenterweise jüngst zu der Forderung nach Verstaatlichung dieser Rüstungsindustrie veranlaßt hat). Diese Aspekte der politischen Ökonomie von Abschreckungspolitik sind jedoch an anderer Stelle ausführlich diskutiert worden³⁴).

Ehe ich versuche, die genannten Elemente einer Analyse von Abschreckungspolitik modellartig zusammenzufassen, möchte ich jedoch auf die kurz gestreifte Konzeption des *Autismus* und insbesondere autistischer Feindschaft näher eingehen, da in dieser Konzeption der analytische Schlüssel zum Verständnis einiger wesentlicher Aspekte internationaler Beziehungen, vor allem unter den Bedingungen von Drohpolitik und von Spannung, Feindschaft, Krisen und Konflikten zu sehen ist.

IV. Autismus und gesellschaftliche Wirklichkeit

Da die Konzeption der autistischen Feindschaft und des Autismus im allgemeinen bisher —

³³) Siehe hierzu Marc Pilisuk und Thomas Hayden, Rüstungskomplex, gesellschaftlicher Pluralismus und Frieden, sowie John Gurley, Rüstungsgesellschaft und Friedenswirtschaft, in Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15; sowie Jack Raymond, Growing Threat of Our Military—Industrial Complex, in Harvard Business Review, Bd. 46, Nr. 3, Mai—Juni 1968, S. 53—68; Walter Adams, The Military—Industrial Complex and the New Industrial State, in: American Economic Review, Bd. 58, Nr. 2, Mai 1968, S. 652—665; Murray Weidenbaum, Arms and the American Economy. A Domestic Convergence Hypothesis, in American Economic Review, Bd. 58, 1968, S. 428—437 und Adam Yarmolinski, The Problem of Momentum, in Chayes und Wiesner (Hrsg.), a. a. O., Anm. 24, S. 144—149.

³⁴) Siehe Richard Barnet, The Economy of Death, New York 1969; Ralph Lapp, Kultur auf Waffen gebaut, Köln 1969; John K. Galbraith, How to

soweit ich sehe — weder in der allgemeinen Theorie internationaler Politik noch in der Friedensforschung diskutiert worden ist, und um Mißverständnisse nicht aufkommen zu lassen, möchte ich auf die schrittweise Einführung des Begriffs, zunächst in die psychologische Terminologie und später in die Sozialpsychologie und Soziologie hinweisen³⁵). Bleuler, von dem der Begriff stammt³⁶), verstand un-

Control the Military, New York 1969; sowie Harry Magdoff, The Age of Imperialism, New York 1969; Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1969⁴, sowie meine eigenen Arbeiten, Anm. 1 und 16.

³⁵) Meine eigene erste Diskussion findet sich in „Abschreckung und Frieden“, a. a. O., Anm. 1, S. 187 ff.

³⁶) E. Bleuler, Das autistisch-undisziplinierte Denken in der Medizin und seine Überwindung, Berlin 1927, (Folgt. Zitate S. 1—7).

ter autistischem Denken ein Denken, „das keine Rücksicht nimmt auf die Erfahrung und das auf eine Kontrolle der Resultate an der Wirklichkeit und eine logische Kritik verzichtet, d. h. das also analog und in gewissem Grade geradezu identisch ist mit dem Denken im Traume und dem des autistischen Schizophrenen, der, sich um die Wirklichkeit möglichst wenig kümmernd, im Größenwahn seine Wünsche erfüllt und im Verfolgungswahn seine eigene Unfähigkeit in die Umgebung projiziert. . . . Dieses Denken hat seine besonderen von der (realistischen) Logik abweichenden Gesetze; es sucht nicht Wahrheit, sondern Erfüllung von Wünschen; zufällige Ideenverbindungen, vage Analogien, vor allem aber affektive Bedürfnisse ersetzen ihm an vielen Orten die im strengen realistisch-logischen Denken zu verwendenden Erfahrungsassoziationen, und wo diese zugezogen werden, geschieht es doch in ungenügender, nachlässiger Weise.“

Dieses autistische Denken beobachtete Bleuler nicht nur bei akut autistisch-pathologischen Individuen; autistisches, also mehr Affekten als Erfahrung folgendes Denken, fand er auch in den zeitgenössischen Wissenschaften, vor allem der Medizin. Für ihn waren Scheinerklärungen und wenig begründete oder wenig begründbare Anleitungen zur medizinischen Therapie Ausdruck einer nicht ausreichend realitätsbezogenen Theorie. Mit dem Fortschritt der Wissenschaft sah er dieses Denken im Rückzug. „Je mehr sich unsere Erkenntnisse erweitern, um so kleiner wird beim Gesunden ganz von selbst das Gebiet des autistischen Denkens; unsere heutigen Vorstellungen vom Weltall, seiner Geschichte und seiner Einrichtungen sind, wenn auch noch vielfach hypothetisch, so doch nicht mehr autistisch: wir ziehen aus dem, was wir sehen, in logischer Weise Schlüsse, und sind uns bewußt, welcher Teil dieser Schlüsse nur Wahrscheinlichkeitswert hat.“ Wo die Kompliziertheit und Unübersehbarkeit mancher Probleme so groß ist, daß ihnen das realistische Denken unmöglich gerecht werden kann, sah Bleuler — auch bei richtigen Fragestellungen — die Gefahr, daß die Grenzen zwischen unbegründeter Hypothese und autistischer Scheinerklärung verschwinden.

Soviel zur Einführung des Begriffs durch Bleuler in die Psychologie. Obgleich ich auf einige

Aspekte dieser Charakterisierung von autistischem Denken später zurückkommen werde, so ist doch der zweite, über die Individualpsychologie hinausgehende Versuch, die Konzeption des Autismus in die Sozialwissenschaften einzuführen, für uns hier von größerer Bedeutung.

Dieser Versuch stammt von Theodore M. Newcomb aus dem Jahre 1947, dessen Anregungen weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, als ihnen eigentlich gebührt³⁷). Newcomb interessierte sich vor allem für die psychologischen und sozialen Bedingungen, unter denen feindschaftliche Impulse und Motive sich in dauerhafte, ja hartnäckige Attitüden verfestigen. Die zentrale These des von ihm entwickelten Theorems, das er gleichermaßen auf Individuen und Gruppen bezog, lautete: „Die Wahrscheinlichkeit, daß sich zählebige feindschaftliche Attitüden entwickeln werden, variiert in dem Maße, in dem die wahrgenommene zwischenpersönliche Beziehung autistisch bleibt, in dem also ihre Abgeschlossenheit durch irgendwelche Formen von Kommunikationsschranken sich aufrechterhält.“

Newcombs Überlegungen beruhen also auf einem relativ einfachen Sachverhalt: Attitüden sind ihm zufolge der Ausfluß von Wahrnehmungen und Bewertungen, die in einem bestimmten sinnträchtigen Bezugsrahmen sich einstellen und entwickeln. Sollte die Kommunikation im Falle sich entwickelnder feindschaftlicher Beziehungen (gleichviel aus welchem Grund) abbrechen oder abgeschnitten werden, so ist eine Modifizierung des ursprünglichen Bezugsrahmens, innerhalb dessen die feindschaftlichen Impulse entstanden, weniger wahrscheinlich, als wenn ein offener Austausch zwischen den verfeindeten Individuen oder Gruppierungen weiterhin stattfinden würde. Der in Newcombs Bestimmung autistischer Feindschaft wesentliche Hinweis auf die wachsende Selbstbezogenheit der verfeindeten Parteien bei sich entwickelnden feindschaftlichen Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen ist eine wichtige Einsicht, die ich später in dem zu entwickelnden systemanalytischen Autismus-Modell von Drohpolitik wieder aufgreifen möchte.

³⁷) Theodore Newcomb, *Autistic Hostility and Social Reality*, in: *Human Relations*, Bd. 1, 1947, S. 69—86 (demnächst in Martin Irle (Hrsg.) *Texte aus der experimentellen Sozialpsychologie*, Neuwied 1970).

In der psychologischen Literatur bis 1947 entdeckte Newcomb nur wenige Hinweise auf „Autismen“, wohl aber glaubte er zu Recht, daß viele psychotherapeutischen Handlungsanleitungen implizit auf der Diagnose von autistischen Prozessen beruhen, allein schon durch ihre Betonung einer für jede erfolgsversprechende Therapie *unerläßlichen Überwindung von Kommunikationsschranken* zwischen Patient und Therapeut und der *Beseitigung von falschen Realitätsbildern*, die ihrerseits, wie im Falle von Psychosen und Neurosen, als Ergebnis von lernpathologischen Realitätsbezügen zu verstehen sind. Was sich am einzelnen Individuum schon feststellen läßt, ist noch deutlicher im Falle verfeindeter Gruppen zu beobachten, weil hier die bekannten kulturellen und sozialen Verstärkungsmechanismen anfängliche feindschaftliche Impulse steigern und überziehen helfen und die wachsende kommunikative Selbstabkapselung oft von der Gruppe mit positiven Sanktionen belegt wird.

Newcomb unterschied zwei Formen von Kommunikationsschranken: einmal die *offene*, in welchem Falle einfach der Informationsaustausch aussetzt oder Kommunikation allmählich versiegt; zum zweiten die mehr *insgeheimen* Kommunikationsschranken in einem Kommunikationsprozeß, in welchem ein mit spezifischen Sinngehalten psychologisch besetzter Bezugsrahmen die Erfassung der Bedeutung bestimmter, oft rege aus der Umwelt übermittelter Informationen nicht erlaubt.

Wenn einem Individuum oder einer Gruppe nun bestimmte Bedeutungsgehalte von Informationen, obgleich übermittelt, sinngemäß unzugänglich sind, so sind beide zum Teil in einer Weise von Kommunikation abgeschnitten, wie wenn es eine Kommunikation selbst gar nicht geben würde. Von Kommunikationsprozessen und den an sie gehefteten Bedeutungsgehalten her gesehen, käme demgegenüber die Entwicklung eines weltoffenen, sinnerfüllten Bezugsrahmens der Überwindung engstirniger, extrem gruppenspezifischer Bedeutungsgehalte und damit autistischer Kommunikationsstruk-

turen gleich. Bedeutungsgehalte würden, wo sie unzugänglich waren, kommunikabel.

Während nun im Individuum autistische Feindschaft sich oft in der Auseinandersetzung mit konkreten individuellen oder sozialen Widerparts einstellt, scheint sich gruppenspezifische autistische Feindschaft oft ohne den direkten oder wenigstens anfänglich realitätsbezogenen Kontakt zu anderen Gruppen zu ergeben. Die Mitglieder einer Gruppe definieren ihr Verhältnis zu einer als feindlich perzipierten Gruppe nicht zuallererst als feindlich, weil sie mit dieser in unmittelbare Berührung kommen, sondern weil ihr Kontakt zu dieser Gruppe vor allem ein Kontakt mit den Vorurteilen über diese Gruppe ist, mit Vorurteilen, die oft institutionell — wie im Falle der rassistischen Segregation — verankert sind.

Nach Newcomb hat Erich Lindemann noch einmal den zentralen Gedanken der Konzeption autistischer Feindschaft angesprochen³⁸⁾, als er diese als einen Teufelskreis bezeichnete, durch den eine, auf feindliche Reaktionen angelegte, Gruppe allmählich die Kommunikationskanäle mit dem potentiellen Feind abbaut und somit eine Korrektur der ursprünglichen feindschaftlichen Wahrnehmungen und eine Kehrtwendung durch freundlich gemeinte Handlungen verhindert. Aufgestaute Feindschaft von anderen Quellen wird dann gegen den Feind gerichtet, und jeder Versuch, den Feind als Zielobjekt solcher Feindschaft ungeeignet zu machen, wird nur erneute und verstärkte Feindschaft auslösen. In Lindemanns Darstellung erscheint Autismus nicht nur als wenig realitätsgerechtes Denken (wie in der ursprünglichen Bleulerschen Fassung), auch nicht nur als Abbau von Kommunikation (wie im Falle der Newcombschen Definition), sondern ergänzt durch eine „Sündenbocktheorie“ (scape goat theory), die sich bekanntlich sehr häufig auch in Beiträgen zur Analyse internationaler Politik wiederfindet.

³⁸⁾ Erich Lindemann, Individual Hostility and Group Integration, in Zawodny (Hrsg.), a. a. O., Anm. 7, Bd. 1, S. 62—75, Zitat S. 64.

V. Abschreckungspolitik und autistische Feindschaft

Ich habe diese wenigen alten Ansätze der Diskussion autistischer Feindschaft hier breiter dargelegt, um zu zeigen, aus welchen Erfahrungsbereichen sie stammen. Ich glaube nun, daß sich die Konzeption des Autismus und autistischer Feindschaft *systemanalytisch* und *kommunikationstheoretisch* verallgemeinern läßt und daß sie sich besonders dazu eignet, die Struktur und Eigendynamik von Abschreckungspolitik zu erhellen. Ich möchte in Umrissen meine Überlegungen mit Hilfe einer Modellanalyse entwickeln. Tafel 2 (s. S. 37) soll zur Veranschaulichung der hier zu entfaltenden Argumente dienen³⁹⁾.

Der Kern der Struktur einer Abschreckungsbeziehung, wie sie sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten zwischen den beiden Großmächten herausgebildet hat, setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

1. Einem minimalen Anteil von realen Austauschbeziehungen im Sinne der eingangs erwähnten Größen wie Handel, Tourismus und dergleichen. Für die Selbsterhaltung der beiden beteiligten Mächte sind diese Beziehungen von völlig untergeordneter Bedeutung. In bestimmten Sektoren wie den strategisch wichtigen Wirtschaftsgütern wurde dieser Austausch lange Zeit geradezu peinlich genau obstruiert⁴⁰⁾.

2. Einem beschränkten Anteil von Drohungen, die von jeweils einer Elite ausgesprochen werden und tatsächlich auch von der Gegenelite wahrgenommen und von den Eliten in das jeweilige eigene Massenpublikum weitergeleitet werden. Auf diesen Droh-Transaktionsbahnen werden auch jene Informationen ausgetauscht, die schließlich zu einer hohen Kovarianz des Verhaltens in für entscheidend gehaltenen Bereichen wie dem militärisch-technologischen Wettlauf, der wirtschaftlichen Rivalität, dem Verhalten gegenüber Dritten, den weltpolitischen Prestigeunternehmungen und dergleichen führen. Oft führen Versuche, dem Gegner mit dessen ideologischen, ökonomi-

schen und militärischen Waffen zu begegnen, zu Strukturangleichungen als Basis effizienter feindorientierter Politik.

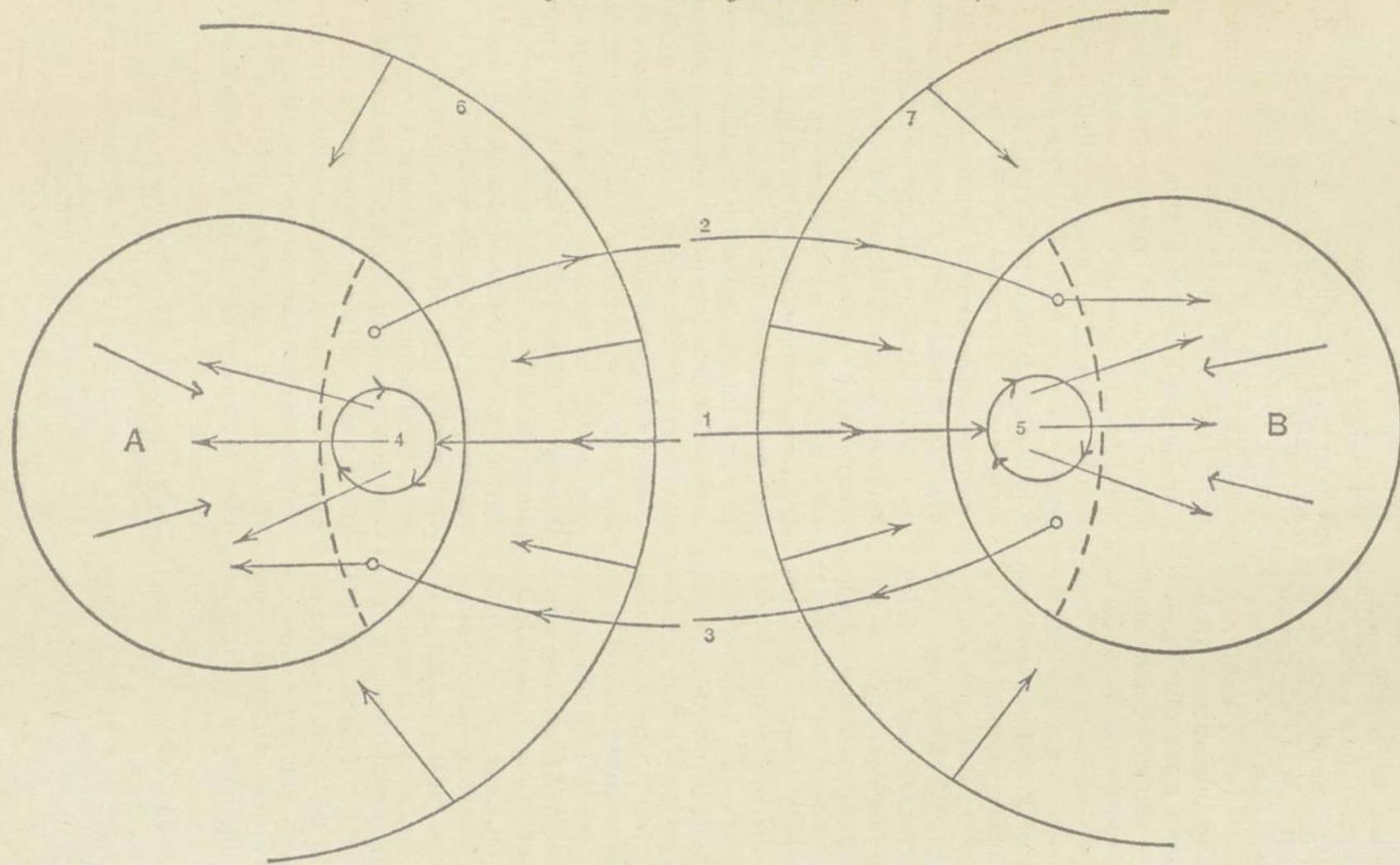
3. Die entscheidende dritte Komponente von Abschreckungsbeziehungen ist jedoch das Überwiegen innengerichteter gegenüber außenorientierten Prozessen und, als Folge von Drohpolitik, die Entwicklung eines autistischen Milieus, in dem sich diese Politik schließlich reproduziert. Dabei zeigt sich, daß die „feindorientierten“ Prozesse innerhalb der jeweiligen Elite und dem ihr zugeordneten Massenpublikum anteilmäßig realer sind als die scheinbar direkten, oft nur über selbsterzeugte fiktive Konflikterwartungen und eine entsprechende Drohpolitik vermittelten „Außenbeziehungen“ zum Feind. Indem der ferne Feind im Willensbildungsprozeß internalisiert wird, ist er immer in der einen oder anderen Form „präsent“. Während Konflikterwartungen und Droh-Rhetorik sich auf ihn richten und gleichzeitig reale Austauschbeziehungen auf ein Minimum zusammenschrumpfen, reflektieren solche projektiven Beziehungen in der Wirklichkeit unvermeidbar auf die Motivationen und Handlungen der jeweiligen Elite und des jeweiligen Massenpublikums zurück und wirken bestätigend und verstärkend auf deren Selbstverständnis. Die Außenorientierung in einer Abschreckungsbeziehung ist also so real wie sie gleichzeitig fiktiv ist: real, weil es den Gegner gibt, und fiktiv, weil die Konflikte, die man mit diesem Gegner erwartet, in einem großen Ausmaße diesseits der Frontlinien formuliert werden. Obgleich das Abschreckungssystem den Schein höchster Interdependenz und Außenorientiertheit verbreitet, ist es doch hinsichtlich wesentlicher Komponenten Ausdruck unvergleichlicher Abkapselung und Isolierung.

Das Zusammenspiel der drei genannten Komponenten: minimale reale Austauschprozesse, gelegentliche Drohübermittlungen, die tatsächlich beim Gegner ankommen, und vor allem eine nicht zuletzt in projektiven Außenbeziehungen sich niederschlagende Selbstabkapselung der Hauptantagonisten, ist der Hintergrund, der es erlaubt, Abschreckungspolitik als ein Phänomen autistischer Feindschaft zu bezeichnen. Dabei ist die Erkenntnis, daß Abschreckungspolitik zur Entwicklung von autistischer Feindschaft beiträgt und daß das System wechselseitiger Abschreckung Feindschaft in einer autistischen Struktur fixiert,

³⁹⁾ Sie ist „Abschreckung und Frieden“, a. a. O., Anm. 1 entnommen und wenig ergänzt.

⁴⁰⁾ Vgl. die grundlegende Studie von Johan Galtung, East—West Interaction Patterns, in Louis Kriesberg (Hrsg.), a. a. O., Anm. 11, S. 272—307, in der Galtung nachweist, daß die „topdogs“ hohe Beziehungen in der einen oder anderen Hinsicht haben: seien sie nun positiv (wie im Handel) oder negativ (wie in der wechselseitigen Abschreckung).

Tafel 2: Das Autismus-Modell der Abschreckungspolitik
 (entnommen D. Senghaas: Abschreckung und Frieden, S. 198–199)



Anmerkung:

A und B sind die beiden Abschreckungsgesellschaften.
 Auf der Transaktionsbahn 1 finden die tatsächlichen meßbaren Austauschprozesse statt wie wechselseitiger Handel, Tourismus und dgl.
 Auf den Transaktionsbahnen 2 und 3 werden von den jeweiligen Eliten jene Drohungen übermittelt, die die andere Elite treffen und die dann in das Massenpublikum weitergeleitet werden.

Die Mehrzahl der Abschreckungsprozesse findet in den jeweiligen Eliten statt (4 und 5). Die dort erzeugten Drohungen beeindrucken vor allem das eigene Massenpublikum und kreisen schwerpunktmäßig in der Elite. Die auf den Gegner gerichteten Drohungen reflektieren also auf die eigene Gesellschaft mehr zurück (6 und 7), als daß sie die gegnerische treffen.

heute — nach einer zwanzigjährigen Geschichte und mehreren Entwicklungsphasen dieser Politik — sicher einfacher zu gewinnen, als das beispielsweise anfangs der Fall gewesen war, obgleich es manche Warnungen in dieser Hinsicht gab. Die hartnäckigen Widerstände heute gegen eine zunächst vielleicht nur intellektuelle Revision dieser Politik zeigen jedoch, wie stark ihre Ausstrahlungskraft war und wie zählebig die von ihr ausgehende Verblendung offensichtlich immer noch ist.

Für die Herausbildung autistischer Feindschaftsstrukturen in der Abschreckungspolitik sind neben den schon früher erwähnten Merkmalen der Abschreckungspolitik eine Reihe von unter allgemeinen Gesichtspunkten analysierbaren Mechanismen verantwortlich gewesen. Anatol Rapoport hat sie in anderem Zusammenhang als „Lock-in“-Effekte beschrieben⁴¹⁾; J. David Singer hat jüngst die Bedeutung von positiven Rückkoppelungsprozessen in internationalen Krisen und Konflikten, die zur Verschärfung eines Konfliktes und zur Verhärtung beiderseitiger Positionen führen, diskutiert⁴²⁾. Vor allem die von Singer analysierten Mechanismen tragen dazu bei, daß aus Gründen der innenpolitisch motivierten Verhärtung von Positionen die oft zu Beginn eines Konflikts noch beobachtbaren realen Kommunikationschancen zwischen den Antagonisten Schritt für Schritt unmöglich werden, bis schließlich Kommunikation und Kompromißbereitschaft in der Eskalation gegenseitiger propagandistischer Anfeindung untergehen. Ist dieser Punkt in einer Konfliktspirale erreicht — und im Falle der Abschreckungspolitik muß das relativ früh in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren gewesen sein —, dann beginnen innenpolitisch propagandistisch hochgespielte Umweltbilder entscheidend realistische Kommunikationsströme mit verlässlichen Informationen aus der Umwelt zu übertrumpfen, und neue Informationen und ihre Auswertung verlieren immer mehr an Objektivität, die ohnehin in der inter-

nationalen Politik nur schwierig zu erreichen ist⁴³⁾. Das gezeichnete Modell wechselseitiger Abschreckungspolitik bezieht sich also mehr auf eine Phase von Abschreckungspolitik, in der der „Lock-in“-Effekt schon wirksam geworden ist, beide Antagonisten sich also in ihre Positionen schon „eingeschlossen“ haben, als auf eine Anfangsphase in der Entwicklung wechselseitiger Abschreckung, in der die zirkuläre Verursachung von Drohung und Gegendrohung mit den für sie charakteristischen kumulativen Effekten erst einsetzt.

Für die Analyse des Rüstungswetlaufes zwischen Ost und West bedeutet der hier entwickelte Ansatz, die Analyse der Abschreckungspolitik als eine Erscheinung autistischer Feindschaft, eine wichtige teilweise Korrektur⁴⁴⁾. Rüstungswetlaufmodelle neigen dazu, eng aufeinander bezogene Aktion-Reaktionsphänomene zwischen den Perzeptionen und/oder den Handlungen der Antagonisten anzunehmen. Noch bis in die jüngste kritische amerikanische Rüstungsdiskussion hinein läßt sich diese Annahme beobachten. Das ist insgesamt um so erstaunlicher, als erstens einmal die *selbsterzeugten einseitigen* Trägheitsmomente und die autonom entwickelten Drohverzeptionen und ihre organisatorischen Folgen auf jeder der beiden Seiten des Rüstungswetlaufes zumindest in den vergangenen zehn Jahren viel eindrucksvoller waren als die gewissermaßen fremdgesteuerten, von außen oktroyierten. Mit letzter Deutlichkeit sind die *unilateralen, eigengewichtigen* Beiträge zur Fortsetzung des augenblicklichen Rüstungswetlaufes in der Diskussion der ABM- und MIRV-Systeme offenkundig geworden. Doch schon die in den frühen sechziger Jahren stattfindende Auseinandersetzung um die „Counter-force“-Strategie und die „Minimum-deterrence“-Strategie haben das politisch vorherrschende Bild des engen Zusammenhangs von Aktion und Reaktion der beiden Gegner obsolet erscheinen lassen. Und bei genauerer Analyse wäre nicht überraschend, wenn sich die sogenannten Ri-

41) Anatol Rapoport und Albert Chammah, Prisoner's Dilemma, Ann Arbor 1965.

42) David Singer, Rückkoppelungsprozesse in internationalen Konflikten, in Politische Vierteljahresschrift, Bd. 20, 1969, S. 2—20; zur Konzeption siehe auch Karl Deutsch, a. a. O., Anm. 30; Raymond Bauer (Hrsg.), Social Indicators, Cambridge 1966, passim, sowie Mogoroh Maruyama, The Second Cybernetics: Deviation—Amplifying Mutual Causal Systems, in Walter Buckley (Hrsg.), Modern Systems Research for the Behavioral Scientist, Chicago 1968; vgl. auch J. H. Milsum (Hrsg.), Positive Feedback, New York 1968.

43) Zur detaillierten Darstellung solcher Prozesse siehe jetzt Morton Deutsch, Conflicts: Productive and Destructive, in Journal of Social Issues, Bd. 25, 1969, S. 7—42; Dean Pruitt, Definition of the Situation as a Determinant of International Action, in Herbert Kelman (Hrsg.), a. a. O., Anm. 7, S. 393—432.

44) Klaus Jürgen Gantzel, Rüstungswetläufe und politische Entscheidungsbedingungen, in Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), a. a. O., Anm. 8, S. 110—137. Dieser Artikel enthält eine ausgezeichnete Zusammenstellung und Weiterführung der bisherigen Diskussion.

chardson-Prozesse, sieht man von der aggregativen Entwicklung von Budgetdaten ab, überhaupt nicht feststellen ließen. Das würde aber bedeuten, daß die Asymmetrien in einem gleichgewichtig und gleichläufig erscheinenden Rüstungswettlauf immer schon so groß sind, daß eine von anderen inhaltlichen Prämissen ausgehende Theorie in der Tendenz sich als falsch erweist⁴⁵). Nun sind allgemeine Rüstungswettlauf-Theorien, wie sie heute die Diskussion bestimmen, durchaus einer neuen Interpretation zugänglich. Es bleibt jedoch erstaunlich, wenn auch politisch verständlich, daß die aus einsichtigen Gründen propagierten politischen Vorstellungen, denen zufolge die eigenen Aktionen immer als eindeutige Reaktionen auf spezifische Handlungen der Gegenseite erscheinen, auch die theoretische Diskussion maßgeblich geprägt haben.

Wenn ich in diesem Zusammenhang auf die erwähnten Überlegungen Rapoports und Singers zurückgreifen würde, also auf „Lock-in“-Effekte und die Wirkung positiver Rückkopplung, so würde sich zunächst eine Zweiphasenmodell eines Rüstungswettlaufes anbieten: Anfangs wären ihm zufolge realistische Konfliktstoffe und Interessenauseinandersetzungen durchaus noch die bestimmenden Triebkräfte der gegenseitigen Auseinandersetzung, während mit wachsender Auseinandersetzung und sich intensivierenden Feindbildern die Rüstungskomplexe — sollten tödliche Fehlentscheidungen sich vermeiden lassen — zu sich selbst erweiternden Organisationen sich entwickeln würden. Dabei könnte es sich durchaus ergeben, daß intensive Feindbilder zur Perpetuierung der Rüstungskomplexe nur zeitweilig propagiert würden und nicht so sehr eine ständige Begleitmusik der Rüstungspolitik wären, weil die Rüstungsapparate sich einigermaßen schon konsolidiert hätten. Aber dies ist eine Vermutung, die genauso einer näheren Analyse bedürfte wie die in Tafel 3 (s. S. 40) angedeutete Stufenfolge der Entwicklung von Rüstungskomplexen. In dieser würden schwache oder intensive Feindbilder mit organisatorisch wenig oder übermäßig entwickelten Rüstungskomplexen zusammentreffen.

In einem ersten Typ von Rüstungskomplex würden schwache Feindbilder mit einem wenig

⁴⁵ An Untersuchungen in dieser Richtung arbeitet William Caspary, *Formal Theories of Reaction Processes in International Relations*, American Political Science Association: 1969 Konferenz (unv. Ms.).

ausgebildeten organisatorischen Komplex zusammenwirken; und im allgemeinen würden keine besonderen Neigungen zur Überreaktion auf feindliche Wahrnehmungen existieren. In einem zweiten Typ würden intensive Feindbilder die Sensibilität gegenüber Drohungen und feindlichen Wahrnehmungen aus der Umwelt wesentlich erhöhen; das Wachstum des anfänglich immer noch kleinen Rüstungskomplexes würde enorm gesteigert werden, bis schließlich dieser zweite Typ in den dritten hinübergleiten würde, in dem sich allmählich eine wachsende Selbstbestimmtheit der Rüstungskomplexe zeigen würde. Der vierte Typ wäre schließlich mehr durch die autonomen Eigenbedürfnisse bestimmt als durch interaktive Prozesse zwischen den Antagonisten⁴⁶). Immer noch wäre auch hier der Schein von hohen Aktions-Reaktionsprozessen zur Legitimierung der übersteigerten Apparate erforderlich, während in Wirklichkeit auf dieser Höhe der Entwicklung die nicht mehr aus symmetrischen Handlungsfolgen erklärbaren Triebkräfte schon längst die Dynamik des Rüstungswettlaufes bestimmen würden⁴⁷).

Das gezeichnete Autismus-Modell der Abschreckungspolitik, das vor allem die dritte und vierte Stufenfolge umfaßt, verdeutlicht nun eine Reihe von Merkmalen dieser Politik, die ich hier kurz andeuten möchte:

1. Das Autismus-Modell erfaßt die Struktur der Umwelt, in der eine lernpathologische *Erzeugung von Konflikterwartungen*, die nicht an tatsächlichen und wahrscheinlichen, sondern

⁴⁶ Wodurch automatisch die Relevanz bürokratischer und organisatorischer Prozesse bei der Analyse von Rüstungswettläufen und internationalen Krisen wächst. Siehe hierzu jetzt die vorzüglichen modellanalytischen Studien von Graham Allison, *Conceptual Models and the Cuban Missile Crisis*, in *American Political Science Review*, Bd. 53, 1969, S. 689—718. Andeutungen auch in Uwe Nerlich, *Abschreckung*, in: *Staatslexikon*, Ergänzungsband, Freiburg 1969, S. 14—23.

⁴⁷ Historisches Material, aus dem ähnliche Abfolgen ersichtlich werden, findet sich u. a. in Eckart Kehr, *Der Primat der Innenpolitik*, Berlin 1965 (vor allem in seinen Abhandlungen über die wilhelminische Rüstungspolitik); Robert Butow, *Tojo and the Coming of the War*, Stanford 1961; Masao Maruyama, *Thought and Behavior in Modern Japanese Politics*, London 1962², bes. Teil 1—5; und zur augenblicklichen Situation in Amerika General David Shoup, *Der neue amerikanische Militarismus*, in Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15; zur allgemeinen Diskussion siehe J. David Singer, *The Outcome of Arms Races*, unv. Ms., und ders., *Modern International War*, unv. Ms.

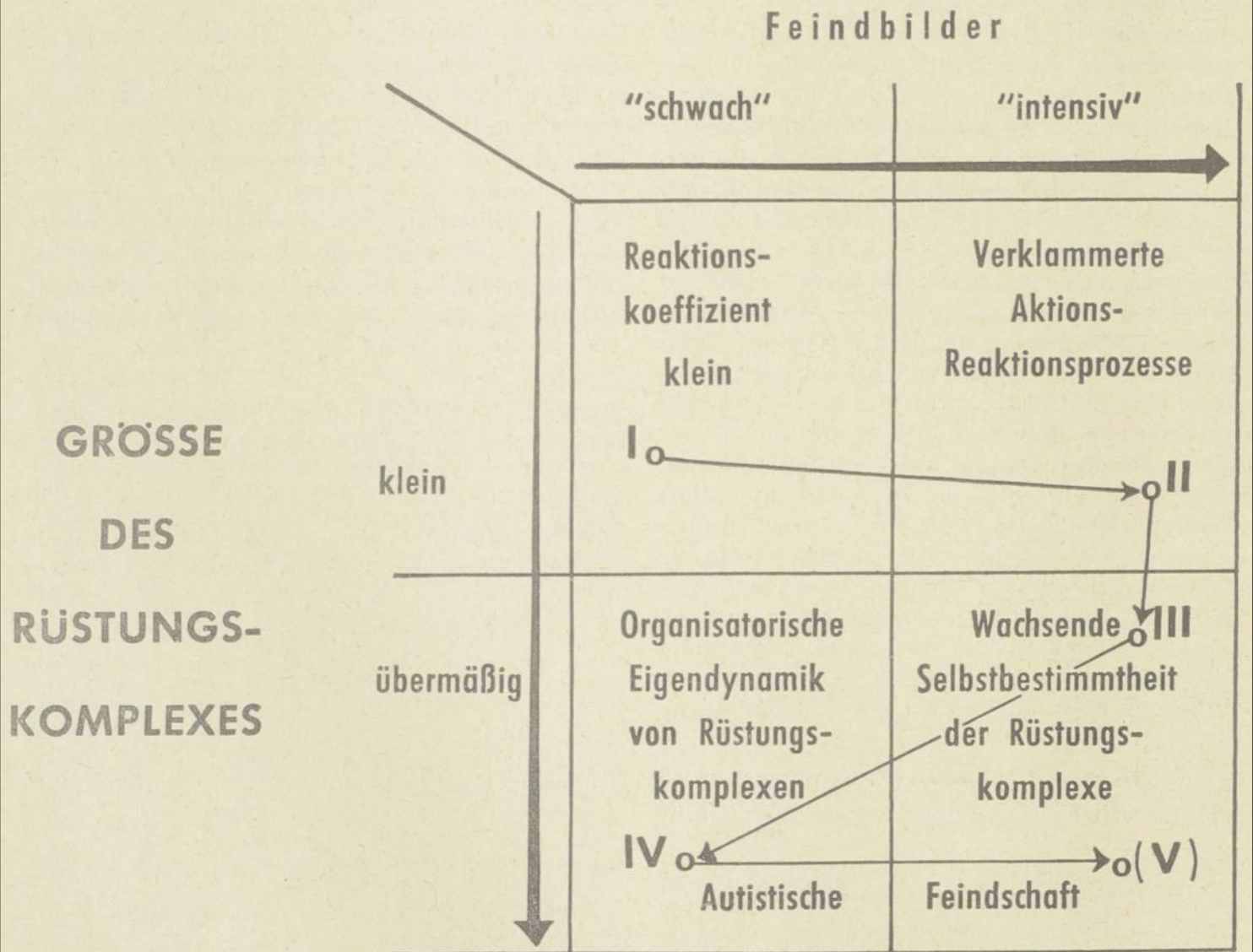
an denkbaren Konflikten orientiert sind, ermöglicht wird. Es erfaßt die Hintergrundbedingungen, auf denen die Doktrin der „katastrophalen Lücken“ wirksam wird und eine auf immer differenziertere Konfliktspektren hinarbeitende Praxis von den Verfechtern der Abschreckungspolitik verfolgt wird.

2. Das Autismus-Modell erläutert weiterhin die Bedingungen des im Abschreckungssystem ständig drohenden *Realitätsverlusts* der Beteiligten. Es verdeutlicht die von der Struktur des Abschreckungssystems immer ausgehende und drohende Schwächung der Fähigkeiten

und organisatorischen Kapazitäten angemessener Realitätsprüfung. Der Zirkel von beeinträchtigter politischer Intelligenz und mangelnder adäquater Realitätsprüfung erscheint somit als Ursache und Folge autistischer Politik.

3. Das Autismus-Modell von Abschreckungspolitik verdeutlicht weiterhin folgenschwere *Zirkelprozesse in der Erfolgskontrolle* dieser Politik. Die Erfolgskontrolle gleicht einer Selbstbestätigung: bestätigt wird die vermeintlich positive Wirkung einer negativen Politik, deren Erfolg jedoch weder verifizierbar noch

Tafel 3: Vier mögliche Entwicklungsstufen eines Rüstungswettlaufes



falsifizierbar ist, weil durch eine negative Politik — wie selbst Kissinger einmal zurecht schreibt — nicht bewiesen werden kann, warum etwas nicht eintrat, was eigentlich erwartet wurde. „Man kann niemals beweisen, ob der Frieden erhalten wurde, weil eine strategische Doktrin die bestmögliche ist oder ob sie nur am Rande effektiv war. In der Tat läßt sich nicht einmal schlüssig beweisen, ob es, zuallererst einmal, überhaupt die Gefahr eines Angriffs in der Wirklichkeit gegeben hat.“⁴⁸⁾

4. Das Autismus-Modell von Abschreckungspolitik macht die relativ leichte *Austauschbarkeit von Abschreckungsachsen* einsichtig. Je autistischer ein Abschreckungssystem, um so größer die Feindfixierung und um so austauschbarer der konkrete Feind⁴⁹⁾. Man könnte behaupten, daß diese Austauschbarkeit nur durch die geringe Zahl von Nationen beschränkt wird, die sich glaubwürdig zu potentiellen Feinden hochstilisieren lassen.

5. Das Abschreckungssystem erlaubt auch Entspannung, vor allem, sobald sich die Rüstungskomplexe mehr oder weniger verselbständigt

haben (beispielsweise Typ IV in Tafel 3). Die progagierten Konflikterwartungen können dann — unter Beibehaltung der Abschreckungsapparate — durchaus zeitweilig an Intensität verlieren; punktuelle Kooperation kann sich zeitweilig steigern; aber während solche dünnen Kommunikationsfäden zwischen den Antagonisten gesponnen werden, ohne daß die innenpolitischen Produktionsstätten der Abschreckungspolitik tangiert werden, bleibt *die Gefahr einer Revitalisierung innenpolitisch erzeugbarer Konflikterwartung und die Reaktivierung von Feindschaftsbezeugungen* immer groß⁵⁰⁾. In diesem Sinne legt das Autismusmodell der Abschreckungspolitik die These nahe, daß entscheidende Schwellen zu einer Veränderung von Abschreckungspolitik nicht so sehr während der durchaus denkbaren Verhandlungen zwischen den beiden Antagonisten überschritten werden, sondern viel eher durch den in der jeweiligen Innenpolitik durchzusetzenden Abbau der Rüstungskomplexe und ihrer verzweigten Organisationen und Apparate in Politik, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft.

VI. Autismus, Realitätsprüfung und internationale Beziehungen

Nach diesen Überlegungen zur Abschreckungspolitik möchte ich nunmehr auf einige Zusammenhänge von Autismus, Realitätsprüfung und internationalen Beziehungen eingehen. Diese beziehen sich immer noch auf die Analyse von Abschreckungspolitik, andererseits wird mit ihnen eine allgemeine Dimension internationaler Beziehungen angesprochen. Dabei muß ich zunächst einmal etwas ausführlicher die *Konzeption der Realitätsprüfung* er-

läutern. Die Konzeption der Realitätsprüfung taucht gelegentlich im Rahmen der Individualpsychologie als analytische Größe auf. Erst in allerjüngster Zeit wurde sie in Ansätzen auf die Analyse internationaler Politik übertragen. In einem Essay hat Kenneth Boulding auf die extrem unterentwickelten Realitätsprüfungsprozesse im internationalen System verwiesen⁵¹⁾.

Boulding unterstellt dabei in seiner Abhandlung, daß verzerrte Umweltsbilder, vor allem Bilder über die internationale Politik, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer der internationalen Politik endemischen Lernpathologie führen. Die Bedeutung seiner Beobachtung liegt vor allem in der Feststellung, daß das internationale System in einem organisatorischen Sinne pathologisch ist; das heißt, daß die Lernpathologie systembedingt ist, solange die vorherrschende Struktur internationaler Beziehungen unverändert bleibt. Man kann dann diese Anfälligkeit zur Lernpathologie etwas variieren, jedoch sind die Chancen, sie zu überwinden, ohne bewußt verfolgte struk-

⁴⁸⁾ Kissinger im Vorwort zu Urs Schwarz, *American Strategy*, New York 1966, S. XII.

⁴⁹⁾ Das hat sich exemplarisch gezeigt in der amerikanischen ABM-Diskussion seit 1968, in der China und die Sowjetunion abwechselnd, je nach Zweckdienlichkeit, die Rolle des Gegners übernahm.

⁵⁰⁾ Eine gute Zusammenfassung solcher „Kooperation“ findet sich in Eberhard Menzel, *Die Bemühungen um die Abrüstung seit 1945: Mißerfolge und Teilerfolge*, in Georg Picht und Heinz Eduard Tödt (Hrsg.), *Studien zur Friedensforschung*, Bd. 1, Stuttgart 1969, S. 73—97. Caspary hat im übrigen festgestellt, daß Krisen und eklatante Ereignisse in der internationalen Politik eine „Halbwertszeit“ von ca. sechs Monaten haben, d. h. nach sechs Monaten ist die Aufmerksamkeit für eine vergangene Krise um 50 % geschwunden. Zitiert in Newcomb, a. a. O., Anm. 17, S. 20.

⁵¹⁾ Kenneth Boulding, *Beyond Economics*, Ann Arbor 1968, S. 288—302.

turelle Eingriffe gering. In einem ähnlichen, allgemein gehaltenen Versuch hat Morton Kaplan die internationale Politik als Quelle dysfunktionaler Spannung beschrieben⁵²⁾. Ihm zufolge führen diese zu einer ungenauen Orientierung an der Realität; sie können für die Erreichung von gesetzten Zielen hinderlich sein, oder sie erlauben, diese gegebenenfalls nur bei sehr hohen Kosten anzustreben. Obgleich sie manchmal von Regierungen als Instrument der Politik verstanden und benutzt werden, können sie nichtsdestoweniger schließlich zu einem Zusammenbruch der Kapazitäten der Realitätsprüfung führen.

Es ist nun sicher richtig, daß ein Teil dieser und ähnlicher Ideen seit langem zum Bestand der psychologischen Beiträge zur Analyse internationaler Politik gehört. Doch haben Psychologen bis heute eigentlich kaum einen durchgängigen systematischen Ansatz zur Analyse der Realitätsprüfung auf verschiedenen sozialen Ebenen, vom Individuum bis zu den internationalen Beziehungen, formuliert. Immer wieder wurde deshalb von Kritikern zu Recht festgestellt, daß das Problem der Ebene oder Einheit der Analyse von seiten derjenigen Psychologen, welche den Ausbruch internationaler Feindschaft und Gewalt als das Ergebnis einer Summierung individueller psychologischer Prozesse angesehen haben, nicht zureichend erfaßt worden ist. So wurden vor allem in der „maximalistischen“ Position individuelle Bedürfnisse und Mechanismen der individuellen Psyche direkt mit Handlungen höherer gesellschaftlicher Einheiten, gerade auch von Staaten, in Zusammenhang gebracht. Diese Art von Kritik hat häufig zur Formulierung von „minimalistischen“ Positionen geführt, in denen angenommen wird, daß vor allem nichtpsychologische Faktoren zu den Determinanten internationaler Gewalt und des Ausbruchs von Feindschaften gehören würden.

Ein angemessener Ansatz müßte nun ausführlich strukturelle und psychologische Variablen, die die Prozesse der Realitätsprüfung auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen jeweils bestimmen, kombinieren. Jede Ebene könnte ja ihre eigenen Charakteristika haben, und es ist wichtig, daß diese dann nicht miteinander vermengt werden.

Die Voraussetzung angemessener Realitätsprüfung läßt sich nun vielleicht am besten am Beispiel von Individuen aufzeigen. Die Annahmen der Ich-Psychologie sind dabei von größter Relevanz, weil in ihr, implizit oder explizit, die Informations- und Kontrollprozesse, die individueller Realitätsprüfung zugrunde liegen, beleuchtet werden. Allgemein gesprochen läßt sich sagen, daß das Individuum — im Durchschnitt — optimale Voraussetzungen für eine angemessene Realitätsprüfung besitzt. Es besitzt eine große Kapazität für die Verarbeitung von Informationen jeglicher Art: Informationen aus der Umwelt, Informationen aus dem Gedächtnis und Informationen über Informationen. Abgesehen von dieser organisatorischen Fähigkeit zur Informationsverarbeitung hat das Individuum eine hohe Selbststeuerungskapazität, die eine Anpassung an sich verändernde Umwelten und die eine interne Neuausrichtung als Folge kritischer Realitätsprüfung ermöglicht. Individuen können sich bis zu einem gewissen Grade gegen Informationen jeglicher Art abkapseln, ohne ihre Selbstkontrolle zu verlieren. Solche „Verhärtung“ ist ja gerade typisch für die Strukturierung dessen, was wir Persönlichkeit nennen.

Da Individuen immer Teil größerer Einheiten sind (wie Familien oder Arbeitsgruppen), so findet ein Großteil der Realitätsprüfung allein schon durch die Interaktion mit der unmittelbaren Umgebung statt. Es lassen sich also durchaus Individuen vorstellen, die einen Teil der genannten Fähigkeiten, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten, verloren haben und die dennoch fähig sind zu einer nicht-pathologischen Interaktion mit ihrer Umwelt, da die Interaktion selbst als Medium der Realitätsprüfung dienen kann. Man kann sich auch Individuen vorstellen, die sich Offenheit gegenüber ihrer Umwelt bewahrt haben, die aber einen Teil ihrer Fähigkeit zur Selbstkontrolle verloren haben und die dennoch eine Art von Realitätsprüfung während ihrer meist hoch strukturierten Interaktion mit der äußeren Umwelt erfahren würden. In beiden Fällen würde einer verminderten Fähigkeit zur Informationsverarbeitung und Selbstkontrolle durch die unausweichliche Begegnung mit der Natur und gesellschaftlichen Realitäten entgegengewirkt. Solche Interaktion erscheint also zunächst als Basis und weiterhin möglicherweise auch als Ersatz für individuelle Realitätsprüfung. Doch müssen wir betonen, daß diese Beziehung nur gültig ist, solange die Umwelt nicht selbst schon auf die individuel-

⁵²⁾ Morton Kaplan, *Macropolitics*, Chicago 1969, S. 129 ff., und John Burton, *Systems, States, Diplomacy and Rules*, Cambridge (Engl.) 1968, passim, und ders., *Conflict and Communication*, London 1969, passim.

len Fähigkeiten zur Realitätsprüfung schwächend einwirkt.

Die Voraussetzung für eine angemessene Realitätsprüfung auf der Ebene von sozialen Gruppen kann man nur als ambivalent bezeichnen. Soziale Gruppen können in sich abgeschlossen sein, jedoch auch einen umfassenderen „Horizont“ als ihre Mitglieder haben. Ihre größte Fähigkeit besteht in der Speicherung von Informationen, die das Lebensalter von Individuen übersteigen. Auch haben sie gegenüber Individuen ein größeres Handlungspotential. Da aber Gruppen selbst schon einen beachtlichen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausmachen, ist ihre Realitätsprüfung weniger interaktiv als bei Individuen. Doch selbst große Gruppen werden immer noch relevanten sozialen Realitäten begegnen, die sie nicht selbst repräsentieren und schon gar nicht kontrollieren. Ihre Fähigkeit, sich neuen Umwelten anzupassen, sich mit ihren internen strukturellen Problemen und vor allem einer sich wandelnden Mitgliedschaft auseinanderzusetzen, ist meist groß genug, um vor einer soziologisch begründeten Lernpathologie zu schützen⁵³).

Es ist schwierig, die präzisen Ausmaße der Fähigkeit zur Realitätsprüfung ganzer Staaten allgemein abzuschätzen. Wie im Falle von Individuen und sozialen Gruppen werden diese äußerst variieren; geographische Lage, Geschichte und soziologische Grundstruktur werden in einzelnen Nationen sicher eine beachtliche Rolle bei der Ausprägung von Realitätsprüfungskapazitäten spielen; auch dürften diese je nach der Größe von Staaten sich unterscheiden. Weiterhin bestehen markante Unterschiede solcher Kapazitäten für die Innen- und die Außenpolitik. Im allgemeinen dürften Nationen — gemessen an ihrer Größe und Machtfülle — keine zureichenden Informations- und Selbstkontrollkapazitäten besitzen, um zunächst einmal ihre eigene komplexe Innenwelt und schließlich die internationale Umwelt angemessen zu erfassen. Dabei sind die Chancen zur Realitätsprüfung und zur Erfolgskontrolle politischen und gesellschaftlichen Handelns in der Innengesellschaft noch auf solidere Basis gestellt als in der internationalen Politik. Innenpolitisch verfolgte Strategien — beispielsweise in der Sozialver-

sicherung oder Konjunkturpolitik — lassen sich in ihren Auswirkungen früher oder später tatsächlich einigermaßen erfassen. Die Rückkoppelungsprozesse mögen träge und langsam sein, doch sie existieren; und bei bewußter Planung können sie einigermaßen verlässlich werden⁵⁴).

Dasselbe gilt für die internationale Politik nur bedingt, und wenn überhaupt, dann vor allem für Wirtschaftsbeziehungen und am wenigsten für politische und militärische Handlungsfolgen. Gerade im Hinblick auf letztere liegt der entscheidende Unterschied zur Innenpolitik in den beispiellos großen *zirkulären* im Gegensatz zu den geringfügigen interaktiven Realitätsprüfungsprozessen.

Verglichen mit den innerhalb von Nationen sich abspielenden äußerst komplexen, äußerst dichten und äußerst realitätserfüllten Interaktionsprozessen erscheint — übertrieben formuliert — das, was in internationalen Beziehungen im Durchschnitt sich abspielt, wie eine Handlungsfolge in „Leerräumen“, was noch näher zu umschreibende Auswirkungen auf Entscheidungsprozesse in der internationalen Politik hat.

Auch wirken die tatsächlich zwischen Staaten sich abspielenden Austauschprozesse — aufgrund des sehr selektiven Charakters von Transaktionen — in einem viel geringeren Maße als selbstregulative Korrektive, und vor allem vermögen sie unterentwickelte soziale Intelligenz und Kontrollkapazitäten nur bedingt zu kompensieren. Die soziale Wirklichkeit, welche kognitive Umweltbilder und oft das Verhalten von Nationen bestimmt, ist in der internationalen Politik meist — vor allem bei gleichgewichtigen Beziehungen — mit der Größe der jeweiligen Innengesellschaft und den aus ihr sich ergebenden Handlungsdeterminanten deckungsgleich.

Wenn wir uns nun auf der nächst höheren analytischen Ebene dem internationalen System selbst zuwenden, so zeigt sich, daß die organisatorisch verankerten Kapazitäten zur Realitätsprüfung nur marginal ausgebildet sind, obgleich sie in Teilsektoren — wie man beispielsweise an der Arbeit von internationalen Organisationen und an den Produkten der Statistischen Abteilung der UNO ablesen kann — äußerst umfassend sein können, den Horizont des einzelnen Nationalstaates wie bei-

⁵³) Eine brillante Studie über das Versagen kollektiver Realitätsprüfung in dieser Hinsicht bringt Eugene Genovese, *The Political Economy of Slavery*, New York 1961; ders., *The World the Slaveholders Made*, New York 1969.

⁵⁴) Vgl. Amitai Etzioni, *The Active Society*, New York 1968, und Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie*, Stuttgart 1969.

spielsweise in den Fragen internationaler Sicherheit durchaus übersteigen. Das Handlungs- und Kontrollpotential ist demgegenüber, wenn überhaupt, äußerst dürftig entwickelt. Realitätsprüfung auf dieser Ebene scheint in der Tat eher eine Hilfsfunktion für einzelne Nationalstaaten darzustellen, als daß sie einen integrativen Teil eines Systems mit eigener sozialer Realität bilden würde, wenn auch diese Realität zum Teil im Entstehen und Wachsen ist.

Die hier gezeichneten Grundlinien der Realitätsprüfungsprozesse von Staaten hinsichtlich ihrer Außenbeziehungen decken sich nun insbesondere mit der Wirklichkeit des Abschreckungssystems und einer Umwelt, in der Drohpolitik systematisch verfolgt wird. In ihnen trifft in der Tat der Versuch der Minimierung von realen Austauschprozessen (man denke an die Dulles-Ära!) zusammen mit Drohhaltungen, die — aus den früher erwähnten Gründen — zur lernpathologischen Selbsterweiterung neigen und zur Auffächerung und Ausweitung der Interessenbasis von Drohpolitik führen, ohne daß diese Entwicklung maßgeblich durch eine kritische Realitätsprüfung oder die Steigerung der Voraussetzungen zur kritischen Realitätsprüfung korrigiert würde. Ein solcher Mangel ist jedoch um so problematischer, je größer die Machtfülle und Zerstörungspotentiale werden, über die Regierungen verfügen.

Doch was im Abschreckungssystem und in Abschreckungspolitik sich geradewegs idealtypisch zeigt, deutet auf eine generelle Neigung internationaler Politik hin. Während im Abschreckungssystem, auf der Basis der früher diskutierten autistischen Feindschaftsstrukturen, die Realitätsprüfung unvergleichlich selbstbezogen ist und geradewegs die kognitive Grundlage seiner Dynamik abgibt, sind autistische Komponenten in der Realitätsprüfung und Ansätze zu autistisch bestimmtem Verhalten in der internationalen Politik in Fülle zu beobachten. Die Grundlage dafür ist in der bis heute vorherrschenden Struktur internationaler Beziehungen zu suchen, die —

sicher mit Ausnahmen — die Neigung zur Selbstbezogenheit auch in jenen Fällen noch stärkt, in denen Staaten in ihrem Überleben klar auf die Interaktion mit anderen angewiesen sind, und in der — im allgemeinen — die realen Komponenten internationaler Beziehungen weniger breit, weniger vielfältig und weniger dicht entwickelt sind, als daß sie ein klares und maßgebliches Gegengewicht gegen projektive Scheinbeziehungen zur weiteren Umwelt bilden würden oder bilden könnten.

Die in der Tafel 1 zwischen den Extremfällen *Abschreckung* und *Kooperation* liegenden sechs Typen internationaler Beziehung haben mindestens in fünf Fällen eine mehr oder weniger pointierte Neigung zu autistisch bestimmter Perzeption und darauf beruhendem Verhalten. Nehmen wir einmal an, daß diese Typen nicht nur klassifikatorische Artefakte sind, sondern daß die ihnen zugeordneten Fälle in der Wirklichkeit auffindbar sind (woraan kaum zu zweifeln ist), dann würde man — bei einem hier einmal unterstellten gleichmäßigen Verteilungsmuster — für *einen* „nicht-autistischen Fall“ vier bis eventuell sechs „autistische“ oder „zu Autismus neigende“ Fälle beobachten können. Wenn man bedenkt, daß die Beziehungen zwischen „Topdogs“ (also beispielsweise England und Deutschland in der Vergangenheit) keineswegs friedfertig sein müssen, ja daß sie meist dem Typ der *konfliktintensiven Vertflechtung* entsprechen, wenn man weiter bedenkt, daß Abhängigkeitsverhältnisse, auch wenn sie lebensnotwendig sind, zu auf breiter Basis anzutreffenden Ressentiments oder Frustrationen führen können, dann dürfte diese Einschätzung der Verteilungsmuster der Typen internationaler Beziehung wahrscheinlich gar nicht unrealistisch sein ⁵⁵⁾.

⁵⁵⁾ Mit Hilfe eines Projekts ließen sich diese Daten durchaus ermitteln. Es müßte ja keineswegs auf die etwa 15 000 gegenwärtig denkmöglichen Beziehungen zwischen allen Staaten der Erde bezogen sein.

VII. Aggressivität und Realitätsverlust

Meine Überlegungen bis hierher erlauben nun auch eine vorläufige Antwort auf eine der wichtigsten Fragen in der Analyse internationaler Politik, die mit den eben diskutierten Problemen eng zusammenhängen: Warum bricht eine kritische Realitätsprüfung im Verhalten von Nationen — vor allem in Eskalationsprozessen — unvergleichlich schneller und widerstandsloser zusammen, als wir das gewöhnlich bei Individuen und sozialen Gruppen und in innenpolitischen Problembereichen beobachten können? Und wie ist hinsichtlich dieser Frage Drohpolitik zu bewerten? Auch hier möchte ich mit einigen Hinweisen auf Überlegungen der Ego-Psychologie beginnen, ohne „individualistische Trugschlüsse“⁵⁶⁾ zu begehen. Nach verschiedenen psychologischen Theorien ist eine angemessene Realitätsprüfung durch Individuen von den Leistungen des Ichs abhängig, das — wie in der psychoanalytischen Theorie — zwischen den Ansprüchen des Es und den Erfordernissen der externen Realität zu vermitteln hat. Das Ich funktioniert dabei wie ein kybernetisches Kontrollzentrum, dessen primäres Ziel gewöhnlich in der Selbsterhaltung und der unverminderten Lebensfähigkeit des Individuums besteht.

Ein Verlust an Ich-Leistungen kann nun zu einem Verlust an Selbstkontrolle und zu einer allmählichen Entfremdung von der Realität führen. Diese wird dann unangemessen und unpräzise wahrgenommen; und mit einer Freisetzung affektiver Impulse steigert sich schließlich noch die Intelligenzschwächung des Ichs. Das Verhalten wird dann mehr durch blinde Impulse als durch kritische Realitätsprüfung bestimmt. Mit einer Erhöhung der Suggestibilität geht dann eine Freisetzung latenter, potentiell aggressiver Impulse einher.

In der Sprache der Kybernetik könnte man argumentieren, daß die selbst-korrektiven oder negativen Rückkoppelungsprozesse mit dem Verlust an Ich-Leistung allmählich zurückgedrängt werden, während positive, selbsterweiternde oder verstärkende Rückkoppelungsprozesse zunehmen. Mit der Überhandnahme eines primär affektorientierten Verhaltens — unterstützt durch positive Rückkoppelungsmechanismen — wird die Neigung zu kognitiver Regression überwältigend — und die Wahrscheinlichkeit einer Selbstkorrektur verringert.

⁵⁶⁾ Das heißt, ohne leichtfertig von Individuen auf aggregative kollektive Gebilde zu schließen.

Der enge Zusammenhang zwischen Ich-Leistung und der Entwicklung und Freisetzung von Aggressivität ist besonders im Zusammenhang der Gruppen- und Massenpsychologie behandelt worden⁵⁷⁾. Wenn Individuen in bestimmten Gruppen ihre eigene Autonomie zum Teil aufgeben, wenn Kenntnis und Erfahrung der Realität und die Realitätsbewertung in ihrem Ich ersetzt werden durch Realitätsbezüge, die nicht mehr unmittelbar erfahren werden und nicht mehr Teil und Ergebnis der eigenen selbständigen Realitätsprüfung sind, wächst Suggestibilität. Emotionalität überwiegt dann kritische Vernunft, und das Individuum neigt leicht zu einer libidinös besetzten unkritischen Identifikation mit Führern und sozialen Bewegungen. Auf der Grundlage dieser Analyse ist es dann nicht so sehr ein primärer, unaufschiebbarer und dem Individuum inhärenter Trieb oder Impuls, sondern eher Apathie, welche Individuen zu Aggressivität geneigt macht⁵⁸⁾.

Nun sind Staaten — wie dargelegt — viel weniger zureichend mit Fähigkeiten zur Realitätsprüfung ausgerüstet, obgleich sie meist eine beispiellose Machtfülle besitzen und in einer Umwelt sich bewegen müssen, in der leicht Spannungen, Feindschaft und potentielle Aggression entstehen. Die Gefahr, die dabei für Nationen besteht, liegt nicht nur, was die Erfassung der Außenwelt angeht, in der Anfälligkeit für Informationsverzerrung und Perzeptionsstörungen, sondern gerade auch in der immer drohenden Unterminierung einer angemessenen Selbstwahrnehmung und Selbstkritik — und damit zusammenhängend in der Schwächung ihrer Fähigkeit zur Selbstkontrolle⁵⁹⁾. Die vielen Autoren unerklärliche Neigung von Nationen zu Drohpolitik und eskalierendem Verhalten, an dessen Ende oft Gewalthandlungen stehen, wird einigermaßen einsichtig, wenn man Aggressivität und tat-

⁵⁷⁾ Vgl. Theodor W. Adorno, *Freudian Theory and the Pattern of Fascist Propaganda*, in Geza Roheim (Hrsg.), *Psychoanalysis in Social Sciences*, Bd. 2, 1951, S. 279—300.

⁵⁸⁾ Vgl. hierzu auch Klaus Horn, *Politische Psychologie*, in: Gisela Kress und Dieter Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft*, Frankfurt 1969, S. 215—268 und die dort zitierte Literatur.

⁵⁹⁾ Vgl. u. a. Franz Alexander, *On the Psychodynamics of Regressive Phenomena in Panic States*, in: Roheim (Hrsg.), a. a. O., Anm. 57, Bd. 3, 1952, S. 104—110 und Edith Weigert, *Conditions of Organized and Regressive Responses to Danger*, in Roheim (Hrsg.), a. a. O., Bd. 4, 1955, S. 121—126.

sächliche Aggression in der internationalen Politik als das Ergebnis eines sowohl nach außen wie nach innen wirksam werdenden kognitiven Realitätsverlustes auf der Basis ohnehin schon unterentwickelter Fähigkeiten zur Realitätsprüfung und Selbstkontrolle interpretiert, wobei der Verlust an Selbstkontrolle durch das Anwachsen affektbedingten Handelns gesteigert wird ⁶⁰⁾.

Dies ist der allgemeine Hintergrund, warum Nationen, nachdem sie sich einmal anfänglich in Kollisionskurse verwickelt haben, Schwierigkeiten haben, ihr Engagement zu dämpfen oder sich von einmal verfolgten Strategien loszusagen. Von außen betrachtet erscheint ein solches Engagement oft selbstbewußt und stufenweise kalkuliert. Und die politische Propaganda versuchte, in der Vergangenheit nicht weniger als heute, in diesem Zusammenhang immer wieder das Bild einer überlegten, von einer detaillierten Konzeption getragenen Strategie, sei es der Drohung oder der Eskalation, zu vermitteln, während Staaten in Wirklichkeit in vielen solchen Fällen eher blind getrieben werden, als daß sie ihr eigenes Handeln selbst verstünden und überdies noch zu kontrollieren imstande wären ⁶¹⁾.

Der gefährliche Aspekt der Unterhöhnung von kritischen Intelligenzressourcen liegt im Falle von Nationen also nicht nur in der, wie später noch eingehender zu erläutern ist, Verzerrung der Informationen aus der Umwelt und dem allmählichen Aufbau von Feindbildern und entsprechenden Attitüden, sondern gerade auch in der graduellen Untergrabung eines realitätsangemessenen Selbstverständnisses und den darauf beruhenden Handlungsfolgen und ihrer kritischen Kontrolle.

Ich würde also die Neigung zur Eskalation und zum Griff zur Gewalt in der internationalen Politik als das Ergebnis des Zusammenspiels einer von engen Interessenfixierungen

vorgezeichneten verzerrten Umweltorientierung und einer parallel sich entwickelnden, politisch wirksam werdenden Selbsttäuschung im Innern, die bis zum kollektiven Selbstbetrug führen kann, interpretieren ⁶²⁾. Dieser doppelte Realitätsverlust bei sich aufbauenden Feindschaften wurde bisher in der Analyse der Zusammenhänge von Aggressivität und der Neigung zur Gewaltanwendung nur unzulänglich berücksichtigt. Die Brüchigkeit der politischen Vernunft von Staaten liegt aber nun gerade darin, daß im schlechtesten Falle weder aus der Innengesellschaft ausreichende kritische Kräfte gegen systematische Verdummungsprozesse, wie es eine Eskalationspolitik darstellt, sich mobilisieren lassen, und daß auch die weitere Umwelt bei wachsender Verfeindung nicht immer als verlässliches kritisches Korrektiv zu bewerten ist und somit die Irrtumsanfälligkeit im schlechtesten Falle von zwei Seiten gefördert wird. Verstärkend wirkt auf diese Prozesse, daß vor allem in konfliktorientierten Wechselbeziehungen das Scheitern des Versuchs, eine wenig vorhersehbare und kontrollierbare Umwelt kontrollierbarer und vorhersehbarer zu machen, irritierend wirkt; der Griff zur tatsächlichen Aggression erscheint dann oft als befreiende, von Ungewißheit lösende Handlung, mit der klare Verhältnisse geschaffen werden sollen ⁶³⁾.

Welchen Stellenwert hat nun eine systematisch verfolgte Drohpolitik in diesem Zusammenhang? Ihre problematische Bedeutung liegt darin, daß von ihr alle möglichen Impulse ausgehen, die die hier aufgezeigten Entwicklungstendenzen nachdrücklich verstärken. Indem Drohpolitik zu einer Unterbindung von offener Kommunikation und angemessener Realitätsprüfung führt, indem mit ihr der Boden für Feindschaften unablässig genährt wird

⁶⁰⁾ Ansätze zu solchen Überlegungen sind zu finden in Morris Ginsburg, *The Causes of War*, in *Sociological Review*, Bd. 31, 1939, S. 121—143, bes. S. 135.

⁶¹⁾ So sagte Verteidigungsminister Clifford einmal, kurz nach dem Ausscheiden aus dem Pentagon, die Amerikaner hätten hinsichtlich Vietnam ursprünglich einen Verdacht gehabt (suspicion), der sich zur Überzeugung (conviction) gesteigert habe, um schließlich in einer Besessenheit (obsession) zu enden, in: NBC-Interview, Kanal 4, Detroit, 19. 6. 1969. Hierzu auch jetzt Joseph Goulden, *Truth is the First Casualty — The Gulf of Tonkin Affair: Illusion and Reality*, Chicago 1969.

⁶²⁾ Siehe zum Beispiel paradigmatisch Fritz Stern, Bethmann Hollweg und der Krieg. Die Grenzen der Verantwortung, Tübingen 1968, und einige einschlägige statistische Angaben in Dieter Senghaas, Politische und militärische Dimensionen der gegenwärtigen Friedensproblematik, in Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 16, S. 20, sowie Karl Deutsch und Dieter Senghaas, *The Fragile Sanity of Nation—States*, unv. Ms. (erscheint 1971 in deutscher Sprache).

⁶³⁾ Siehe hierzu die Überlegungen von Durbin und Bowlby in Leon Bramson und George Goethals (Hrsg.): *War*, New York 1968², S. 100/101, wo Gewalt als eine Flucht aus beängstigender Komplexität interpretiert wird. Siehe auch Karl Deutsch, *The Analysis of International Relations*, Englewood Cliffs 1968, passim.

und autistische Strukturen entwickelt werden, fördert sie genau das Gegenteil dessen, was eine rationale, die strukturellen Schwächen der internationalen Politik in Rechnung stellende Politik berücksichtigen müßte. (Ich komme auf diesen Punkt am Ende zurück). Als gefährlich erscheint dabei diese Politik nicht nur in ihrer Außenbeziehung, sondern auch hinsichtlich ihrer chronischen Folgeerscheinungen im Innern. Neben vielen, früher schon erwähnten gesellschaftspolitischen Auswirkungen sei hier nur darauf verwiesen, daß durch sie die denkbaren Ansätze einer kritischen und kommunikationsoffenen Beziehung zur Außenwelt von seiten einzelner gesellschaftlicher Subsysteme eingedämmt, wenn nicht schlimmstenfalls verhindert werden, so daß schließlich eine kognitiv verarmte Infrastruktur hinsichtlich wesentlicher sicherheitspolitischer Fragen entsteht, die wiederum nur durch ganz besondere, bewußte politische Anstrengungen überwunden werden kann⁶⁴). Im Verlaufe der Herausbildung einer konsequent betriebenen Abschreckungspolitik droht überdies die Gefahr, daß diese übermäßig oder überdeterminiert⁶⁵) wird, das heißt daß ihre politischen, militärstrategischen, ökonomischen und sozialpsychologischen Komponenten je einzeln — und schon gar in Kombination — mit großer Wahrscheinlichkeit in ein und dieselbe Richtung die Neigung eines Staates zu Drohvermutungen und Überreaktion, die schließlich im Aufbau von Rüstungskomplexen münden, fördern. Die von Drohpolitik aus Effizienzgründen erwünschte Konformität in der Innenpolitik führt dann in der Konsequenz zu einer Erosion von einer sonst möglichen selbständigen, also nicht gleichgeschalteten Realitätsprüfung.

⁶⁴) Die Rolle der Selbsttäuschung der Amerikaner in Vietnam hat Robert Jay Lifton an Ort und Stelle analysiert: *Deception of War and Peace*, in: *History and Human Survival*, New York 1970, S. 210—254.

⁶⁵) Zur Konzeption siehe Karl Deutsch und Dieter Senhaas, *A Framework for a Theory of War and Peace*, in: Albert Lepawsky u. a. (Hrsg.), *Essays in Honor of Quincy Wright*, New York 1970 (erscheint in Kürze).

Die breite Literatur zur psychologischen Analyse von internationaler Politik läßt sich nun in die vorangehenden Überlegungen durchaus einreihen. In ihr wurde meist die — manchmal stark und manchmal kaum ausgebildete — Aggressionsneigung von einzelnen Zivilisationen und Kulturen betont; besonderer Nachdruck wurde überdies auf die Rolle potentiell aggressiver Persönlichkeitstypen gelegt. Dabei liegt die Stärke dieser seit mehr als 30 Jahren verfolgten Diskussion⁶⁶) in der Identifikation von Schlüsselvariablen einzelner Quellen (wie Individuen, Einflußgruppen, Politiker u.a.) möglicher Aggression. Dieser analytische Ansatz hat große Erkenntnisse zutage gefördert; man wird aber in den kommenden Jahren sich mehr darum bemühen müssen, die Prozesse der Bündelung einzelner Faktoren zu irrationalen Strategien und die Bedingungen des oft wider das Selbstinteresse gerichteten Verhaltens von gesellschaftlichen Aggregaten zu erklären.

Ich habe hier darzulegen versucht, warum die Prozesse der Realitätsprüfung in den Beziehungen der Staaten zu ihrer Umwelt problematisch sind und warum der potentiell autistische Charakter internationaler Politik und die vor allem für Individuen, aber auch manche sozialen Gruppen gegebene Realitätsferne der internationalen Beziehungen internationale Politik in wechselndem Ausmaße zu einem Gegenstand projektiver Scheinbeziehungen werden lassen⁶⁷). Ich habe dabei die in der Struktur von internationalen Beziehungen wie die in der gesellschaftlichen Binnenstruktur liegenden Bedingungen der Anfälligkeit zu irrationalen Verhalten zu charakterisieren versucht, die im Falle von Abschreckungspolitik beispiellos verstärkt werden.

⁶⁶) Vgl. die Literatur in Anm. 7.

⁶⁷) James Rosenau hat in dieser Hinsicht die Struktur und die Komponenten außenpolitischer Willensbildungsprozesse in ihrer Mischung von Informationsarmut und — im Konfliktfall — psychologischer Intensität treffend charakterisiert. Vgl. seinen Beitrag in dem von ihm edierten Band: *Domestic Sources of Foreign Policy*, New York 1967, S. 11—50.

VIII. Entscheidungsprozesse, Drohpolitik und Eskalation

Die diskutierten Erscheinungen implizieren nun wichtige Konsequenzen für die politische Verhaltensanalyse. Der wohl wichtigste Teil einer solchen Analyse betrifft das Konfliktverhalten von Nationen. Dabei wäre eine früher schon angeklungene Hypothese hier explizit zu formulieren: Ursprünglich realistische Konflikte tendieren dazu, im Verlaufe ihrer Eskalation von nicht-realistischen Komponenten überlagert zu werden⁶⁸). Unter realistischen Konflikten wären dabei jene zu verstehen, die zur Klärung von konfligierenden Zielen beitragen und die wenigstens prinzipiell auf Zeit lösbar sind. Solche Konflikte müssen keineswegs mit Feindschaft und Aggressivität durchsetzt sein. Mit wachsender Intensität drohen jedoch realistische Konflikte in nicht-realistische umzuschlagen, die dann weniger einer Konfliktaustragung zwischen den konfligierenden Parteien dienen, sondern vielmehr der Freisetzung von Spannung und aggressiven oder quasi-aggressiven Impulsen. Realistische Konflikte können als Mittel zur Erreichung angestrebter Ziele betrachtet werden, auf die man sich festlegt, solange es sinnvoll und zweckdienlich ist, während nicht-realistische Konflikte wie im Falle von ideologischen Auseinandersetzungen ein Engagement mit sich bringen, das eine vergleichbare Flexibilität kaum zuläßt, da im Grenzfall eine kompromißoffene Auseinandersetzung gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht, sondern Aggressivität selbst befriedigt werden soll. Vor allem in Eskalationsprozessen gibt es Schwellen, bei deren Überschreiten realistische in nicht-realistische Konflikte umschlagen. Die Rolle, die hier Entscheidungsträger maßgeblich spielen, ist dabei besonders zu betrachten⁶⁹).

Die gleitende Eskalation von Konflikten wird nun mit einer Reihe von kognitiven Verzerrungen und Verhaltensverhärtungen im Entscheidungsprozeß begleitet, die in den vergangenen Jahren in der Friedensforschung eingehend diskutiert wurden und die ich aus diesem Grunde nur kurz umreißen möchte⁷⁰). Zu solcher Verzerrung führen die bekannten Verteidigungsmechanismen des Ichs in der individuellen Psyche wie Repression, Verneinung, Projektion und Versetzung. Aber auch

die Abfolge von erfahrener Frustration und sich manifestierender Aggression zieht kognitive Verzerrungen nach sich.

Da in einem sich eskalierenden Konflikt der Wille zur Beherrschung der Umwelt wächst, während gleichzeitig diese meist unkontrollierbarer — weil feindlicher — wird, neigen Entscheidungsträger oft dazu, die von ihnen darin erlebte kognitive Dissonanz durch eine merkliche Verfestigung ihrer bisherigen Position zu überspielen⁷¹). Schlägt sich ein solches Verhalten in organisatorisch fundierten Strategien nieder, dann kann hierdurch ein ganzer Informationsapparat, was die Suche, Verarbeitung und Auswertung von Informationen angeht, geprägt werden.

Eine weitere Ursache kognitiver Verzerrung ist die Unfähigkeit, Zweideutigkeiten, Unsicherheiten und Ungeklärtheiten (intolerance of ambiguity) zu ertragen⁷²). Eine anhaltende offene Situation verleitet in feindlicher Umwelt sehr leicht dazu, daß durch massive Eingriffe abrupt klare Verhältnisse geschaffen werden sollen. Eine solche Unduldsamkeit gegenüber nicht erfaßbaren, intellektuell zweideutigen Situationen ist oft in kognitiv starren Denk- und Gefühlsstrukturen zu suchen: in der Neigung zu stereotypen Denkweisen, zur Übersimplifikation und zur Übergewißheit, die in ihrer Kombination gegenüber politischer Propaganda leicht willfährig machen.

Die Reduktion kognitiver Komplexität angesichts von perzipierter Spannung, erfahrener Furcht, wahrgenommener Feindschaft, wie auch unter Zeitdruck und erheblichem stress ist eine theoretisch wie empirisch wohl erforschte Dimension kognitiver Verzerrung⁷³).

Der Druck zur kognitiven Vereinfachung von Informationsprozessen und -inhalten bei in-

⁶⁸) Zur Differenzierung siehe Lewis Coser, *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied 1965.

⁶⁹) Vgl. jetzt Newcomb, a. a. O., Anm. 17.

⁷⁰) Charles Hermann, *Crises in Foreign Policy*, Indianapolis 1969, in der eine Simulationsanalyse mit Darstellungen realer Krisen verglichen wird. Ralph White, *Nobody Wanted War*, New York 1968; vor allem die in Anm. 43 zitierte Literatur. Als allgemeine Darstellung siehe Ross Stagner, *Psychological Aspects of International Conflict*, Belmont (Kal.) 1967.

⁷¹) Robert Abelson u. a. (Hrsg.), *Theories of Cognitive Consistency*, Chicago 1969.

⁷²) Else Frenkel-Brunswick, *Social Tensions and the Inhibition of Thought*, in *Social Problems*, Bd. 2, 1954, S. 75—81.

⁷³) Vgl. vor allem Pruitt, a. a. O., Anm. 43.

tensiv wahrgenommener Feindschaft wird überdies unter mannigfaltigen Umständen und gerade in Fragen nationalen Patriotismus und internationaler Politik durch positive Gruppensanktionen noch verstärkt.

Schließlich gibt es eine ganze Reihe von Konformismuszwängen in Kleingruppen, die nicht geeignet sind, den Intelligenzpegel einer Gruppe zu erhöhen; auch höchste Entscheidungsgremien, die über Krieg und Frieden entscheiden, sind vor ihnen nicht gefeit⁷⁴⁾.

Die genannten Erscheinungen lassen sich oft gebündelt in sogenannten „autoritären Persönlichkeiten“ wiederfinden. Die „authoritarian personality“ zeichnet sich ja gerade durch den Hang zu Dogmatismus, durch stereotypes Denken in Freund-Feindbildern, die Unduldsamkeit gegenüber Zweideutigkeiten, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, vor allem auch militärischer Gewalt in der internationalen Politik, die Neigung zu zwischen-ethnischem nicht-realistischem Konfliktverhalten und durch verwandte Attitüden und den aus ihnen ableitbaren Verhaltensweisen aus⁷⁵⁾. Darüber hinaus ist der Glaube an Macht und an Bestrafung als einem Mittel zur Kontrolle menschlichen Verhaltens und zur Lösung menschlicher und gesellschaftlicher Konflikte jenseits der engeren Analyse der „autoritären Persönlichkeit“ seit nunmehr fast 30 Jah-

⁷⁴⁾ Eine der erhellendsten Studien ist in dieser Hinsicht James Thompson, *How Could Vietnam Happen. An Autopsy*, in *The Atlantic*, Bd. 221, Nr. 4, April 1968, S. 47—53, in der der Autor — selbst Teil der Regierungsmaschinerie in Washington — das Hochschaukeln persönlichen Prestiges, übersteigerte und durch öffentliche Propaganda verstärkte Selbstbindungen u. a. als die Ursache der Verblendung „einer Gruppe von fähigen, engagierten Männern“ interpretiert, die „regulär und zu wiederholtem Maße“ sich geirrt hatten, und deren Status davon abhängt, daß sie im Endeffekt Recht behalten.

Vgl. auch den Bericht „The Stupidity of Intelligence“, in *The Washington Monthly*, Bd. 1, Nr. 8, 1969, S. 23—28, in der ein Angehöriger der amerikanischen Streitkräfte berichtet, welche Gruppenzwänge (aus Karrieregründen) es in Vietnam gibt, „Erfolgsinformationen“ bewußt aufzumachen und hochzuspielen, selbst wenn es keinerlei Anhalte für irgendeine Art von Erfolg gab. Die genannten Verzerrungsmechanismen haben wichtige Auswirkungen in ihrer Bedeutung für Kriegsausbruch-Theorien. Gekoppelt mit organisationssoziologischen Analysen der Entscheidungsinstitutionen dürfte sich das Bild „rationaler“ politischer Entscheidungsgremien und Einzelpersonen kaum aufrecht erhalten lassen.

⁷⁵⁾ Daniel Levinson, *Authoritarian Personality and Foreign Policy*, in *Bramson und Goethals* (Hrsg.), a. a. O., Anm. 63, S. 133—146.

ren in empirischen Studien als eine Dimension erkannt worden, die das Verhalten von Menschen in Krieg- und Friedensfragen maßgebend bestimmt⁷⁶⁾.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß Zwangsorientiertheit (compulsion) als eine Grundattitüde sich durch primäre ideologische Faktoren wie „Militarismus“, „Nationalismus“, „Konservatismus“, „religiöse Orthodoxie“ und „politischen Zynismus“ konstituiert, sowie durch Persönlichkeitsattribute wie „Extraversion“, „Misanthropie“, „Überdisziplin in der Kindererziehung“ und unter anderem durch die Anfälligkeit zu Neurosen. Die Versuchung, mit Gewalt zu drohen und — auf der manifesten Verhaltensebene — Abschreckungspolitik tatsächlich zu verfolgen, ist unbezweifelbar dieser Dimension zuzuordnen. Diese Neigung zu Strafe und Zwang ausübendem Verhalten (punitiveness und compulsion) durchzieht dann häufig die Einstellungen zur Innenpolitik, Außenpolitik, zu moralischen und religiösen Fragen mit einer einheitlichen Ausrichtung und gibt ihnen Kohärenz und einen durchgängigen Sinn. Eine ähnliche Kohärenz läßt sich in der gegenteiligen Grundattitüde, die in der wissenschaftlichen Literatur mit Duldsamkeit (compassion) umschrieben worden ist, beobachten. In ihr treffen sich beispielsweise Internationalismus als ideologischer Faktor und Empathie (also die Fähigkeit und der Wille, andere Menschen und Völker in ihrem Eigenwert zu verstehen und als wertvolle Partner zu behandeln) als Persönlichkeitsattribut zusammen.

Manche Kritiker des individualpsychologischen Ansatzes zur Analyse des Verhaltens von außenpolitischen Entscheidungsträgern und Meinungsbeeinflussern sind nun geneigt, die genannten ideologisch-affektiven und kognitiven Persönlichkeitsattribute und die von ihnen ausgehenden Zwänge zu Fehlwahrnehmungen und Fehlentscheidungen zu leugnen oder doch zu verniedlichen. Ihnen zufolge sind Staaten in sich ruhende Gebilde und politisch handelnde Personen nur Rollenträger, die sich in einem Höchstmaß an einem rational definierten und wohlverstandenen Eigeninteresse orientieren würden.

Die Problematik solcher Argumentation liegt nun aber darin, daß in ihr unberücksichtigt

⁷⁶⁾ Siehe jetzt vor allem William Eckhardt, *Ideology and Personality in Social Attitudes*, in *Peace Research Reviews*, Bd. 3, 1969, Heft 2, sowie Newcomb, a. a. O., Anm. 17 Teil 2. Zum folgenden siehe Eckhardt.

bleibt, wie sehr allein schon die Umwelt, in der Entscheidungsträger hinsichtlich internationaler Politik agieren — wie ich zeigte —, eine problematische strukturelle Voraussetzung zur Lernpathologie besitzt. In Zeiten internationaler Spannung, von Krisen und Eskalation kann dann das Zusammentreffen von individueller Lernpathologie und eine durch die Situation bedingte, erhöhte Irrtumsanfälligkeit des internationalen Systems (was die Aufnahme, Bearbeitung und Bewertung von Informationen in seinen Subsystemen angeht) katastrophale Folgen zeitigen. Ein Interaktionseffekt zwischen beiden Faktoren mit kumulativen Wirkungen ist dann wahrscheinlicher als kühle, bewußt angestrenzte politische Rationalität, die in vielen Theorien immer noch unterstellt wird⁷⁷⁾. Daß es auch letztere Reaktion geben kann, sei nicht bestritten, doch ihre Wahrscheinlichkeit ist gering.

Die Untersuchung von Fehlwahrnehmungen und Fehlkalkulationen in internationalen Krisen hat zu einigen Überlegungen geführt, die in diesen Zusammenhang passen. Es ist heute ziemlich unumstritten, daß diese Fehlleistungen zum Teil auf einer Informationssuche beruhen, die von falschen, wenn auch politisch einsichtigen Prämissen ausgeht, und daß sie in noch häufigeren Fällen nicht auf mangelnden Informationen, sondern auf der politisch motivierten irrigen Bewertung üppig vorhandener Informationen beruhen⁷⁸⁾. Was letzteren Fall angeht, so besitzen wir vor allem über Pearl Harbor und die Kuba-Krise genauere Untersuchungen hinsichtlich der Schwierigkeit, in der Fülle von Informationen (noise) die richtigen Zeichen (signals) zu lesen⁷⁹⁾.

Wenn nun Entscheidungsträger selbst noch willentlich eine Krisen- und Eskalationspolitik verfolgen, dann verringert sich mit dem Grad an Selbstverblendung auch die nüchterne Bewertung der Umwelt: Ihre Neigung,

77) Darin liegt auch der Mangel von Robert Jervis sonst sehr lesenswertem Artikel „Hypotheses on Misperception“, in *World Politics*, Bd. 20, 1968, S. 454—479.

78) Siehe zum Gesamtkomplex: Harold Wilensky, *Organizational Intelligence*, New York 1967, die wohl wichtigste Studie in diesem Bereich, sowie den frühen Artikel von Benno Wassermann, „The Failure of Intelligence Prediction“, in *Political Studies*, Bd. 8, 1960, S. 156—169, sowie das schon erwähnte Buch von Goulden über den Tonkin-Zwischenfall, a. a. O., Anm. 61.

79) Roberta Wohlstetter, *Cuba and Pearl Harbor. Hindsight and Foresight*, in *Foreign Affairs*, Juli 1965, S. 691—707.

auftauchende Informationen gemäß bestehenden Theorien und Umweltbilder aufzunehmen, erhöht sich und die Balance zwischen dem immer bestehenden Trend zur Selbstabkapselung und einer realistischen Außenorientierung verschiebt sich zuungunsten letzterer⁸⁰⁾. Die Gefahr, ein Minimum an Informationen als ausreichende Grundlage zur Selbstbestätigung zu begreifen, verstärkt sich, und der Trend, die Gegenseite feindlicher und in ihren Handlungen koordinierter, zentralisierter und disziplinierter zu sehen als sie tatsächlich ist, steigert sich. Kurzfristig sinnvoll erscheinende politische Strategien (wie eine verstärkte Drohhpolitik und Eskalation) werden dann unter Mißachtung von sozialen Kosten den langfristigen Kalkülen, die eine größere Vorsicht anraten, vorgezogen. Und die meist stillschweigende Annahme, die Gegenseite ließe sich durch Drohhpolitik beeindrucken und ihre Motivationen könnten dadurch verändert werden, führt zur ohnehin in der internationalen Politik beobachtbaren Mißachtung elementarer Klugheitsregeln menschlichen Verhaltens wie der Einsicht, daß Drohhungen ohne das Versprechen positiven Gewinns und ohne die verlässliche Aussicht auf irgendeine Art von Belohnung politische Motivationen und Positionen bei der sich bedroht fühlenden Gegenseite nur noch verstärken⁸¹⁾. Gerade die in Abschreckungsdiskussionen bis in diese Tage immer wieder bemühte Argumentation, durch diese Politik und ihre Waffenarsenale ließen sich vom Gegner Konzessionen erzwingen, gehört mehr in den Bereich der politischen und wissenschaftlichen Folklore, als daß die Wirklichkeit ihr entsprechen würde⁸²⁾. Eine solche Annahme kann sich aber in Krisenzeiten zur mörderischen Selbsttäuschung steigern.

80) Deshalb scheint mir Faupel in diesem Punkt unrecht zu haben. Er vertritt die These (Anm. 8), daß bei diesem tatsächlichen Konflikt sich die „Zweisinnigkeit“ der Beziehungen erhöht. Nach allem, was ich hier ausführte, scheint mir dies genau nicht zuzutreffen. Es liegt in der Eigenart von Eskalation, daß sich die „Einsinnigkeit“ der Zweierbeziehungen erhöht. Kommunikation wird — unter den Prämissen von Eskalation, von Feindschaft und von Krisen — Selbstgespräch.

81) Vgl. Thomas Eliot, *A Criminological Approach to the Social Control of International Aggressions*, in *American Journal of Sociology*, Bd. 58, 1952—53, S. 513—518.

82) Vgl. James Payne, *The American Threat. The Fear of War as an Instrument of Foreign Policy*, Chicago 1970, ein Buch, in dem die Absurditäten von Abschreckungspolitik exemplarisch versammelt sind.

In der Tat sind ja zentrale entscheidungstheoretische Aspekte gerade der Abschreckungsdoktrinen äußerst problematisch, ob es sich nun um den Bias für kurzfristig plausible „Sicherheitsvorkehrungen“ mit unglaublich langfristigen nachteiligen Folgen oder um die Annahme rationaler Selbstkontrolle, um die Mißachtung kumulativer Risiken, die Annahme von Erfolgsaussichten für politisch rücksichtslos und teilweise absichtsvoll irrational verfolgte Strategien, die Unterstellung unveränderter Motivationsinhalte auf der Gegenseite auch bei rücksichtsloser Drohpolitik der eigenen Seite handelt oder um andere mehr⁸³). Die Abschreckungsdoktrinen haben hier Annahmen propagiert, die zunächst sehr sugge-

stiv und plausibel erscheinen, die jedoch weder für die Zeit vor 1945 noch für die Jahre danach richtig sind, abgesehen davon, daß sie für die internationale Politik aus den früher erwähnten Gründen höchst problematisch sind. Auch der ständige Hinweis, daß mit den Nuklearwaffen die Determinanten der traditionellen Politik in der Praxis völlig obsolet geworden seien, ändert nichts. Dieser Tatbestand wird zwar in einer inzwischen verbreiteten Einsicht ausgesprochen; inwieweit jedoch die Wirklichkeit nach den überkommenen obsoleten Prinzipien gerade auch mit Hilfe nuklearer Waffenpotentialen organisiert bleibt, diese Frage bleibt in einer solchen Argumentation meist sorgsam ausgespart.

IX. Der Übergang von dissoziativer zu assoziativer Friedenspolitik

Ich habe mich aus eingangs angegebenen Gründen in den vorangehenden Überlegungen mit wenigen Ausnahmen vor allem auf die Analyse eines Typs der früher entwickelten neun Typen von internationalen Beziehungen konzentriert, nämlich auf das System wechselseitiger Abschreckung, weil in ihm die Gefahrenpotentiale internationaler Politik am folgenschwersten sind und weil diese sich in der Abschreckungspolitik besonders verdeutlichen lassen. Mein Kommentar über die restlichen Typen kann zunächst relativ kurz und summarisch sein. Wann immer die realen Beziehungen zwischen Staaten sich erhöhen und Feindbilder keine beachtliche Rolle spielen und wann immer gleichzeitig ausreichende Kapazitäten zur verlässlichen wechselseitigen Koordination von Handlungen bestehen, wächst die Chance, daß Staaten in dauerhafte kooperative oder doch aggressionsfreie, kompetitive Beziehungen zueinander treten oder daß sie wenigstens lernen, friedlich miteinander zu koexistieren. Wachsende Interdependenz ohne angemessene Koordinationskapa-

zitäten reichen nicht aus, denn sie könnten — bei der Struktur internationaler Beziehungen — leicht zu konfliktträchtigen Verflechtungen führen⁸⁴).

In diesem Zusammenhang wären nun alle Friedensprogramme und praktischen Strategien zu sehen, die die realistischen Anteile an den internationalen und transnationalen Beziehungen erhöhen und Steuerungskapazitäten — vor allem mit Hilfe ausgebauter internationaler Organisationen — verstärken wollen. Es ist hier nicht der Ort, auf diese Programme im Detail einzugehen, auch kann ich nicht die hier unmittelbar relevanten Probleme von Integration und transnationaler Assoziation im einzelnen behandeln⁸⁵). Nur dies wäre festzuhalten: Die Schwelle zwischen Abschreckung und Kooperation impliziert einen sozialen Wandel, der einer strukturellen Neuorganisation zwischenstaatlicher Beziehungen gleichkäme: dem Übergang von dissoziativer zu assoziativer Friedenspolitik⁸⁶).

Galtung hat die erstere als den Versuch gekennzeichnet, Frieden durch Minimierung von Kontakten und durch Trennung zu erreichen, während er assoziative Friedenspolitik durch Zusammenarbeit und organisatorisch

⁸³) Karl Deutsch, a. a. O., Anm. 63, S. 126—129; Senghaas, Abschreckung und Frieden, a. a. O., Anm. 1, S. 284—286; vgl. auch die Arbeiten in Pruitt und Snyder (Hrsg.), a. a. O., Anm. 2; vor allem auch Bruce Russett, Pearl Harbor: Deterrence Theory or Decision Theory, in *Journal of Peace Research*, Bd. 4, 1967, S. 89—106 sowie Chihiro Hosoya, Miscalculations in Deterrent Policy. Japanese-US Relations, 1938—1941, in *Journal of Peace Research*, Bd. 5, 1968, S. 97—115; sowie Philip Green, Abschreckungsrationalität und Ethik, in Dieter Senghaas (Hrsg.), a. a. O., Anm. 15.

⁸⁴) Karl Deutsch, a. a. O., Anm. 11, passim.

⁸⁵) Siehe hierzu Eva Senghaas-Knobloch, *Frieden durch Integration und Assoziation*, Stuttgart 1969.

⁸⁶) Vgl. Johan Galtung, Über die Zukunft des internationalen Systems, in: *Futurum*, Bd. 1, S. 73 bis 116.

abgesicherte Interdependenz charakterisiert. In dem assoziativen Friedenskonzept (und seiner Theorie) spielen „symbiotische“ und „symmetrische“ sowie in vieler Hinsicht sich überlappende und sich durchkreuzende Beziehungen eine besondere Rolle. Die Suche nach Verdichtung und Steigerung zwischenstaatlicher Realität und nach der Erhöhung der Chance und Wahrscheinlichkeit wirklichkeitsbezogener und adäquater Realitätsprüfung sowie die Bemühung, Strukturen, die autistische Feindschaft fördern, zurückzudrängen, ist unverkennbar in diesen Überlegungen. Dasselbe gilt für die in der allgemeinen politischen Integrationstheorie immer wieder diskutierten kritischen Größen, die integrationsfördernd sein sollen und die zur Herausbildung von solchen Gemeinschaften beitragen können, in denen Kriege nicht mehr denkbar sind: die Übereinstimmung von politisch-gesellschaftlichen Hauptwerten; die Erwartung eines Gewinnes politischer oder materieller Güter; die Fähigkeit, auf die Belange aller beteiligten Staaten einzugehen, vor allem auf die Nöte schwächerer Mitglieder (responsiveness); sowie eine wechselseitige Voraussagbarkeit der Motive

und Handlungen, was eine ununterbrochene Kommunikation zwischen Staaten, vor allem ihren Eliten, impliziert sowie weitverbreitete aufgeklärte Loyalitäten gegenüber neuen politischen Einheiten.

Dieses Konzept verbindet emanzipative Schritte mit organisatorischer Innovation. Inwieweit diesen Vorstellungen heute schon eine Wirklichkeit entspricht, ist eine offene, empirisch zu untersuchende Frage. Die Gefahr, daß Eliten, vor allem partikulare mächtige Einflußgruppen, sich auf Kosten der Bevölkerungen zusammenschließen, und die Gefahren — angesichts bleibender Asymmetrien zwischen Staaten —, durch Integrationsprozesse alte Abhängigkeitsverhältnisse zu zementieren und neue vielleicht zu schaffen, sind nicht klein und bedürfen einer kritischen Analyse. Die harten Realitäten des Nationalstaates und internationaler Schichtung werden auf lange Sicht noch zähe Widerstände gegen eine breit angelegte internationale Kooperation bilden, in der die Neigung zu autistischer Feindschaft und zu essenpolitischer Übervorteilung nicht mehr zu den entscheidenden Determinanten internationaler Politik gehörten.

X. Instrumentelle Drohpolitik in kooperativen Systemen

Wäre einmal die Entwicklungsstufe *kooperativer* Systeme jedoch erreicht, so würden sich auch noch auf ihr Elemente von Drohpolitik beobachten lassen⁸⁷⁾. Da Drohpolitik in einem solchen Zusammenhang einen ganz anderen Stellenwert als im Abschreckungssystem hat und da *kooperative* Systeme internationaler Politik gewissermaßen den zweiten Extremtyp internationaler Beziehungen darstellen, möchte ich im folgenden noch einige Merkmale dieser Art von Drohpolitik kurz diskutieren.

Kooperation oder *kooperative Systeme* internationaler Beziehungen sind gekennzeichnet durch relativ hohe Transaktionsströme realer Austauschprozesse, durch vorherrschende Bilder von wechselseitiger Kooperation und durch eine hohe positive Kovarianz der erwartbaren Gewinne und tatsächlichen Belohnungen. Das heißt, kooperative Systeme bauen nicht nur auf umfangreichen realen Austauschprozessen auf, die unter optimalen Bedingungen vielfältiger Natur sind, so daß das beste-

hende Netz wechselseitiger Verbindungen durch den Ausfall einer bestimmten Art von Transaktion — wie beispielsweise eines bestimmten Handelsgutes — nicht ernsthaft berührt wird. Kooperative Systeme werden auch nicht nur durch die psychische Neigung zu kooperativen Selbst- und Umweltbildern und die geringe Wahrscheinlichkeit von eskalierenden Feindperzeptionen geprägt, sondern durch eine Form von interdependenter, gewissermaßen symbiotischer Lebensgemeinschaft.

Erfolg und Mißerfolg des einen berühren unmittelbar auch den anderen, also den Partner. Diesen Tatbestand erfaßt der Begriff der Kovarianz. *Positiv* ist die Kovarianz von Erfolgs- und Gewinnerwartungen, wenn der Erfolg des einen nicht zwangsläufig zum Nachteil des andern gereicht (wäre dies der Fall, so würde man heute von *negativer* Kovarianz oder einem Nullsummenspiel der Interessen sprechen).

In der Theorie internationaler Beziehungen werden Beziehungsmuster, die durch hohe Transaktionen und die Existenz einer markanten Präferenz hinsichtlich der Zusammenarbeit

⁸⁷⁾ Vgl. Kenneth Boulding, Beitrag zu einer Friedenstheorie, in Krippendorff (Hrsg.), a. a. O., Anm. 16, S. 68—86.

mit einem Partner geprägt sind, als *integrierte* oder *integrative Systeme* bezeichnet. Die Theorie der internationalen Integration versucht dabei, notwendige und zureichende Hintergrundbedingungen von Integrationsprozessen und Schlüsselvariablen (sowie deren typische Beziehungen) von Integrationsbewegungen analytisch zu erfassen.

Es ist nun meine These, daß in einem kooperativen System (wie beispielsweise heute zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland) nicht nur Interessenkonflikte existieren, sondern auch spezifische Formen von Drohpolitik sich feststellen lassen. Drohpolitik ist in einem solchen Zusammenhang ein *Instrument* oder ein *Mittel* zur Durchsetzung eigener Interessen in einem nicht in Frage gestellten Rahmen kooperativer internationaler und transnationaler Beziehungen. Drohpolitik wird in einer solchen Umwelt meist punktuell verfolgt: Sie wird in wechselseitigen Auseinandersetzungen zeitweilig nach Maßgabe politischer Zweckdienlichkeit eingesetzt. Sie wirkt dabei als ein kurzfristig sinnvoll erscheinendes Regulativ, als ein Mittel zur Förderung neuer kooperativer Arrangements (was sich in den vergangenen Jahren sehr häufig in EWG-Verhandlungen beobachten ließ); wie manche Konflikte kann sie dann der Beschleunigung von wechselseitigen Anpassungsprozessen dienlich sein⁸⁸). Unter den Prämissen eines nicht in Frage gestellten Rahmens kooperativer Politik kann selbst ein überraschendes Ultimatum noch zur weiteren Integration beitragen und damit zur Überwindung von zwischenstaatlichen Beziehungen, in denen — wie ich zeigte — Drohpolitik gewöhnlich eskalations-, aggressions- und kriegsfördernd wirkt.

Solche kooperativen Systeme haben Seltenheitswert in den internationalen Beziehungen. Dennoch, sie existieren gelegentlich; und eine *instrumentell* verstandene und *instrumentell* verfolgte punktuelle Drohpolitik ist in ihnen genauso häufig zu beobachten wie in innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen und im innenpolitischen Alltag aller Staaten. Hier wie in zwischenstaatlichen kooperativen Systemen wird diese Form von Drohpolitik dadurch geprägt, daß sie eingesetzt und verfolgt wird, nicht primär um Drohungen einem Partner zu übermitteln, sondern um mit Hilfe von Drohungen inhaltlich andersartige Zielsetzungen erfolgreich zu erlangen. Was Drohpolitik in diesem Zusammenhang instrumentell macht,

ist die hohe Wahrscheinlichkeit, daß sie nicht zu einem Selbstzweck wird, also nicht um ihrer selbst willen verfolgt wird und also nicht chronisch wird.

Hier zeigen sich unmittelbar auch die Gefahren einer Drohpolitik, die eingesetzt wird, um den Entwicklungsgang und die Wachstumsprozesse eines kooperativen Systems einzudämmen oder zum Stehen zu bringen. Denn eine solche, auch nur für einen punktuellen Einsatz konzipierte Drohpolitik droht leicht in eine *Obstruktionsstrategie* umzuschlagen. Kooperative Systeme werden dann oft in Richtung auf jenen Typ internationaler Beziehungen getrieben, den ich als *konfliktträchtige Verflechtung* umschrieben habe, in dem also die tatsächlichen Transaktionen hoch und die Feindbilder ausgeprägt sind. (Man denke an das deutsch-englische Verhältnis vor 1914.) In einem kooperativen System, wie ich es zu zeichnen versucht habe, wird Drohpolitik als ein Mittel wechselseitiger Koordination nur vereinzelt, nur kurzfristig und nur mit spezifischen Zielsetzungen verfolgt, weil infolge der tatsächlichen realen Transaktionen und der positiven psychischen Prädispositionen wie auch offenen Kommunikationsprozesse eine dichte gesellschaftliche Wirklichkeit zwischen den kooperierenden Staaten entsteht, in der durch die ständige Interaktion *auch ohne Drohpolitik* eine wechselseitige Abstimmung von Zielsetzungen und eine gegenseitige Anpassung operativer Strategien sich abspielt. Was Realitätsprüfung, Selbstkontrolle und wechselseitige Beeinflussung angeht, so ist dieser eben umschriebene materielle wie psychische Sachverhalt die Grundlage der Mehrzahl der eher routinemäßig verfolgten als laufend strategisch neu konzipierten zwischenmenschlichen und innergesellschaftlichen Beziehungen. Daß wir für zwischenstaatliche Beziehungen eigens konzipierte Integrations- oder Assoziationstheorien entwickeln, deutet ja darauf hin, wie sehr die materiellen wie psychischen Voraussetzungen für die Herausbildung oder Existenz kooperativer Systeme in diesem Bereich zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Handelns gewöhnlich, das heißt statistisch in der Mehrzahl aller beobachtbaren Fälle, fehlen. Und es nimmt dann auch nicht wunder bzw. ist es eine völlig realistische Einschätzung der Lage, daß mit Drohpolitik in der internationalen Politik eher Eskalation, Feindschaft, Aggressivität und Aggression, wenn nicht gar kriegerisches Verhalten assoziiert werden.

⁸⁸) Vgl. Coser, a. a. O., Anm. 68.

XI. Chronische und instrumentelle Drohpolitik

Ich habe in dem vorliegenden Artikel mich bemüht, vor allem die beiden Extremtypen internationaler Beziehungen: *Abschreckung* und *Kooperation*, zu analysieren. Es bleibt zu betonen, daß in allen übrigen in Tafel 1 entwickelten Typen die Gefahr sehr groß ist, daß durch eine nicht nur punktuell und instrumentell, sondern systematisch, geplant und permanent verfolgte Drohpolitik — im Sinne von anhaltenden Bedrohungsvorstellungen und Drohstrategien — autistische Strukturen sich herausbilden und autistische Prozesse aktiviert werden. Dies gilt vor allem — wie schon erwähnt — für den Typ *konfliktträchtiger* Beziehungen. Er war in der Geschichte der wechselseitigen Beziehungen der führenden Staaten am häufigsten. Denn diese führenden Staaten haben — allein schon aufgrund ihrer Größe — immer miteinander am meisten Handel getrieben, rege wechselseitig investiert und diplomatischen Austausch und gouvernementale Kommunikation gepflegt. Selten haben sich in diesen Beziehungen zureichende Koordinationsinstrumente zur wechselseitigen Abstimmung von Interessensphären herausgebildet; selten wurden Interessenkonflikte rational verhandelt und beigelegt.

In der Mehrzahl der Fälle steigerte sich die Gefahr des Umschlags oder gar des gleitenden Übergangs von realistischen Konflikten in nicht-realistische. Chronische Feindfixierungen waren keine Seltenheit in der Geschichte Europas und der Welt. Wie dieser Typ von internationalen Beziehungen, so lassen sich auch die anderen in Tafel 1 markierten unschwer in Richtung auf intensivere Feindbilder als auf höhere *koordinierte* realistische Beziehungen aktivieren. Immer erscheinen dann die Kosten solcher Politik im Augenblick klein, vor allem mit den eigenen „Interessen“ übereinstimmend. Ihre langfristigen Folgen können jedoch äußerst kostspielig sein, vor allem wenn einmal fixierte Feindbeziehungen sich herausbilden und entsprechende organisatorische Folgen sich zeigen, also Rüstungspotentiale und Apparaturen nachfolgen. Dann ist die Gefahr in der Tat groß, daß wir uns jenen Erscheinungen nähern, die ich im vorliegenden Artikel eingehend zu analysieren versucht habe: der Herausbildung chronischer Neigungen zu Drohwahrnehmungen und Drohstrategien und der Eskalation von einer instrumentellen zu einer chronischen Drohpolitik.

XII. Vier Empfehlungen für eine Übergangsstrategie

Der Weg von abschreckungsbestimmten zu kooperativen Beziehungen in der internationalen Politik ist mühsam und lang und wird im Falle der Großmächte durch die Existenz von nuklearen und chemisch-bakteriologischen Waffenpotentialen nur noch komplizierter. Sollte er zu „friedlicher Koexistenz“ führen, so wäre dies fürs erste, nämlich das pure Überleben, schon ein Gewinn. In meinen Überlegungen zur Analyse von Abschreckungspolitik und internationalen Beziehungen sind eine Reihe von allgemeinen Hinweisen für eine *mittelfristige* Veränderungsstrategie implizit enthalten, vor allem die folgenden vier⁸⁹⁾, die ich zum Abschluß kurz umreißen möchte:

1) Der Hinweis auf die Bedeutung der Überwindung einer durch Drohpolitik sich verstärkenden Selbstbezogenheit mit Hilfe einer in

der Innenpolitik wirksam werdenden Selbstkritik, die sich in veränderten politischen Strategien, organisatorischen Arrangements — beispielsweise der Sicherheitspolitik — und einer politischen Aufklärungsarbeit niederschlägt, die bewußt auf die Gefahren von Droh- und Abschreckungspolitik aufmerksam macht und damit zu einer Überwindung der im Kalten Krieg hochgezüchteten regressiven Bewußtseinsstrukturen der Öffentlichkeit beiträgt. Mit einer solchen politischen Strategie könnte die Anfälligkeit einer Gesellschaft und eines Staates, kostspielige blinde Strategien zu verfolgen, merklich reduziert werden.

2) Der implizite Hinweis, daß eine solche innenpolitische Selbstkorrektur in der internationalen Politik sich in einer bewußten Unterreaktion gegenüber feindlich oder wenigstens nicht freundlich gesinnten Staaten niederschlagen müßte. Unilaterale Nicht-Eskalationsstrategien oder Deeskalationsstrategien müßten mit gezielter Anstrengung verfolgt werden, um drohende Konfliktspiralen zu verhindern

⁸⁹⁾ Über internationale „Auflockerungsstrategien“ und „rationale Verhaltensstrategien“ siehe Roger Fisher, *International Conflict for Beginners*, New York 1969.

Ob sich diese vier genannten Richtlinien als *bescheidene Ansatzpunkte einer Transformationsstrategie* erweisen können, hängt weitgehend vom Prozeß einer Selbstbewußtwerdung sozialer Träger und der Bereitschaft einer politischen Elite ab, sich um die Herausbildung einer neuen Friedensordnung zu bemühen. Solange die aufgezeigten politischen, militärstrategischen, wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Prämissen von Abschreckungspolitik jedoch nicht in Frage gestellt werden, halte ich den Erfolg einer alternativen Friedenspolitik für ziemlich unbestimmt. Man müßte ja wenigstens die intellektuelle Kritik dieser Prämissen einmal anvisieren!

Was die Beziehung zwischen den mitteleuropäischen Ländern angeht, vor allem jene zwischen der BRD und der DDR, so erscheint mir die Chance zur Selbstkorrektur größer, ganz einfach deshalb, weil sich bei unmittelbarer Nachbarschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen von Kommunikation und Technologie autistische Feindstrukturen über kurz oder lang ad absurdum führen — und ad absurdum geführt werden können, wenn die vier oben genannten Leitlinien einer neuen Politik in eine vielfältige innenpolitische und außenpolitische Praxis, die ich hier nicht im einzelnen erläutern kann, übersetzt würden. Ob dies gelingt und ob überhaupt etwas sich verändern wird, wird von vielen Anstrengungen und vom Stehvermögen progressiver politischer Führungsgruppen auf allen möglichen gesellschaftlichen Ebenen ⁹¹⁾ abhängen.

⁹¹⁾ Ich betone die Vielfalt der gesellschaftlichen Ebenen, weil sonst die Gefahr technokratischer Politik besteht. Über diese Probleme siehe jetzt vor allem Claus Offe, *Die politische Theorie der Technokratie*, in Claus Koch und Dieter Senghaas (Hrsg.): *Texte zur Technokratiediskussion*, Frankfurt 1970.

und auf mögliche anfängliche Aktions-Reaktionszirkel mäßigend und dämpfend einzuwirken. Die Konzeption der entschiedenen Unterreaktion (underreaction oder under-response) ⁹⁰⁾ entspricht einer Eskalationsdoktrin mit umgekehrten Vorzeichen: sie versucht, allen kognitiven und affektiv-emotionalen Fallen, in die internationale Politik und schon gar Drohpolitik leicht gerät, entgegenzuarbeiten.

3) Es gilt die realistischen Komponenten in den Beziehungen zwischen Antagonisten zu erhöhen und die Chancen einer institutionell und organisatorisch abgesicherten Koordination ihres Handelns zu schaffen und allmählich zu vergrößern. Für den konkreten Fall des gegenwärtigen Abschreckungssystems könnte dies zu einer Form der viel zitierten Komplizenschaft zwischen beiden Großmächten führen, wenn nicht auf beiden Seiten gleichzeitig innenpolitische Selbstkorrekturen (Punkt 1) eingeleitet würden und ein weitreichender sozialer Wandel gefördert würde.

4) Es bedarf positiver Rückkoppelungsprozesse zwischen neu aktivierten politischen Strategien der Innen- und der internationalen Politik. Solche positiven Rückkoppelungsprozesse haben in diesem Zusammenhang wachstumsfördernde Funktionen, die die embryonalen Ansätze zu alternativen Strategien zur Erweiterung drängen. Sie werden vor allem in einer kritischen Anfangsphase, in der jederzeit ein Scheitern droht, besonderer Beachtung bedürfen.

⁹⁰⁾ Karl Deutsch, a. a. O., Anm. 11 und Dean Pruitt, *Stability and Sudden Change in Interpersonal and International Affairs*, in *Journal of Conflict Resolution*, Bd. 13, 1969, S. 18—38. Pruitt hat die Theorie der „underretaliation“ explizit entwickelt.